

Nr. 1.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 22 d. 1855 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1855.

Verhandlungen



Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 11. Januar 1855.

Zu der heutigen Versammlung sind auf ergangene Einladung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari die Mitglieder des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung mit Ausnahme der Herren Stadträthe Meier und Bammel und der Herren Stadtverordneten Bieweg und Lohbecke erschienen.

Herr Oberbürgermeister Caspari eröffnet die Sitzung und dankt der Stadtverordneten-Versammlung bei deren Eintritte in die mit diesem Jahre beginnende neue Geschäftsperiode Namens des Stadt-Magistrats und in eigenem Namen nicht bloß für die einsichtsvolle Mitwirkung bei der Verwaltung der städtischen Angelegenheiten, sondern auch für die Förderung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden städtischen Verwaltungs-Organen. Seine Unterstützung in Verbindung mit diesem guten Einvernehmen habe es möglich gemacht und erleichtert, den Mängeln, welche bei der städtischen Verwaltung hervorgetreten wären, in mancher Beziehung Abhilfe zu verschaffen, und sichere einen gleich günstigen Erfolg dem fernern Bestreben, die noch vorhandenen Mängel thunlichst zu beseitigen, so daß das Ziel der gegenseitigen Bemühungen, die Begründung einer tüchtigen und zufriedenstellenden Stadtverwaltung, zu erreichen gehofft werden dürfe. Die Versammlung möge die Bitte geneigt aufnehmen, in der bisherigen Weise in der Verwaltung ihrer Geschäfte fortzufahren und die freundschaftlichen Verhältnisse zu dem Stadt-Magistrate zu erhalten.

Dankend auch dem zeitherigen Herrn Vorsitzenden Desterreich für den Eifer, die Umsicht und Unparteilichkeit, mit welcher derselbe die Geschäfte und Verhandlungen dieser Versammlung besorgt und geleitet habe, heißt Herr Oberbürgermeister Caspari die neu eingetretenen Mitglieder der Versammlung, die Herren Halle, Kah-

lert und Quenstedt willkommen, und ersucht die Versammlung, zur Wahl eines Vorsitzenden für das laufende Jahr zu schreiten.

Diese Wahl fällt, gegen zwei Stimmen, auf den zeitherigen Vorsitzenden

Herrn Desterreich,

welcher, dankend für das ehrenvolle Vertrauen, dem hierdurch ausgedrückten Wunsche der Versammlung entsprechend, das Amt eines Vorsitzenden anzunehmen sich bereit erklärt und an die Versammlung die Bitte richtet, ihm bei der fernern Verwaltung seines Amtes das kundgegebene Vertrauen zu erhalten und eine Unterstützung seines guten Willens zu Theil werden zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Caspari ersucht hierauf den Herrn Vorsitzenden Desterreich, sein Amt zur Leitung der weitem für heute bestimmten Verhandlungen sofort zu übernehmen.

Der Herr Vorsitzende Desterreich fordert die Versammlung zunächst auf, einen Stellvertreter für das Amt des Vorsitzenden zu wählen; aus dieser Wahl geht mit Stimmenmehrheit

Herr Wangelius

hervor, welcher für das ihm bewiesene Vertrauen dankt und eintretendenfalls das Amt eines Vorsitzenden, so gut es seine Kräfte gestatten würden, zu verwalten bereit ist.

Sodann wird das Protocoll über die letzte Sitzung vom 14. Decbr. v. J. von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Protocollführung im laufenden Jahre wird durch Beschluß der Versammlung dem Stadtsecretair Carstens belassen und für denselben durch Stimmenmehrheit in dem Herrn Häusler ein Stellvertreter bestimmt.

Die fernere Wahl der ständigen Commissionen und Deputationen der Versammlung gehen nach dem gebilligten Vorschlage des Herrn Vorsitzenden auf die Weise vor sich, daß die mehren Mitglieder einer Commission oder Deputation auf einen Zettel geschrieben werden; nach diesem Modus sind gewählt:

1. für Statute, Reglements und Rechtsachen:

die Herren: Aronheim, Häusler, Helfft, Lissebon, Desterreich, Warrentrapp und Viweg, welche früher schon Mitglieder dieser Commission gewesen sind und unter sich den Herrn Desterreich zu ihrem Vorsitzenden wählen;

2. für städtische Finanz- und Vermögenssachen.

die Herren: Grottrian, Helfft, Jüdel, Kahler und Wangelius, welche unter sich dem Herrn Grottrian den Vorsitz übertragen;

3. für Kirchen- und Schulsachen:

die Herren: Graß, Steinmeyer und Uhde; der Letztgenannte ist der Vorsitzende dieser Commission;

4. für Bausachen:

die Herren: Graß, Lissebon und Rischbieter, welche als ihren Vorsitzenden den Herrn Graß bezeichnen;

5. für Aufnahme-, Heiraths- und Gewerbebetriebs-Gesuche:

die Herren: Aronheim, Denecke, Graß, W. Kloss und Lissebon, unter welchen Herr Graß die Geschäfte eines Vorsitzenden übernehmen wird;

6. in die Pflegehaus-Verwaltungs-Deputation:

die Herren Grund und Kellner;

7. in das Gemeinde- (Kirchen-) Cassen-Collegium:
Herr Graß;
8. in den Gemeinde-Schul-Vorstand:
Herr Steinmeyer;
9. in die Armen-direction:
Herr Kellner.

Für das Armenwesen wird eine ständige Commission nicht wieder erwählt, da durch das betreffende neue Statut am 1. Juni 1853 die Organisation und Verwaltung der hiesigen Armenanstalt soweit geordnet worden, daß die Einsetzung einer solchen Commission nicht mehr erforderlich ist.

Die Schätzungs-Deputationen für die Veranlagungen zur Gemeinde und Armen-Steuer werden zusammengesetzt:

1. für den Wendenthor-District:
aus den Herren Wangelius als Vorsitzendem, G. Kloss, Lissebon und Nieß;
2. für den Steinthor-District:
aus den Herren Denecke, als Vorsitzendem, Halle, Helfft und Rischbieter;
3. für den Augustthor-District:
aus den Herren Kellner, als Vorsitzendem, Kronheim, Grund und Uhde;
4. für den Wilhelmthor-District:
aus den Herren Fudel, als Vorsitzendem, W. Kloss, Steinmeyer, Barrentrapp und Bieweg;
5. für den Hohethor-District:
aus den Herren Graß, als Vorsitzendem, Fabricius, Kahler und Lohbecke;
6. für den Petrihor-District:
aus den Herren Häusler, als Vorsitzendem, Grottrian, Lüdecke, Quensiedt und Röppke;

die Vorsitzenden dieser sechs Deputationen bilden unter dem Voritze des Herrn Wangelius die Central-Deputation, an deren Verhandlungen auch der Herr Vorsitzende Desterreich auf Erfordern Theil nehmen wird.

Schließlich erbitten sich und erhalten noch das Wort:

Herr Kronheim, welcher mit Rücksicht darauf, daß bei der sehr schlechten Beschaffenheit der Localitäten der hiesigen Speise-Anstalt der Ankauf eines Grundstücks für dieselbe wünschenswerth, ja nothwendig sei, und in Erwägung, daß die mit der Speiseanstalt verbundenen anderweiten beiden Anstalten, die Bildungsanstalt für weibliche Dienstboten und die Beschäftigungsanstalt, einer größeren Unterstützung der erstgenannten Anstalt aus städtischen Mitteln insbesondere auch in Beziehung auf den Ankauf eines Grundstücks für die Speise-Anstalt hindernd im Wege gestanden haben möchten, beantragt:

es möge die Statuten-Commission beauftragt werden, in Berathung zu nehmen, auf welche Weise der Speiseanstalt für ihre Zwecke am Besten würde geholfen werden können;

und Herr Nieß, welcher unter Hindeutung auf die jetzt zu einer öffentlichen Pflicht gewordene Armen-Unterstützung und auf die dennoch bisher üblich gebliebenen, bei den die hiesigen Messen besuchenden Fremden vorgenommenen Sammlungen von Almosen für die städtischen Armen den Antrag stellt:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen, die letztgedachten Sammlungen bei den Messfremden abzuschaffen;

beide Anträge werden von dem Herrn Vorsitzenden der Statuten-Commission zur Vorprüfung und Berichtserstattung überwiesen.

Hierauf wird unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung die heutige Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Des Oesterreich geschlossen.

N^o 2.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 74 de 1855 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1855.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 25. Januar 1855.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Oesterreich eröffnet.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 11. d. Mts. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Durch ein von dem Herrn Födel Namens der Finanz-Commission verlesenes Schreiben des Stadt-Magistrats vom 3. d. Mts. wird der Versammlung mitgetheilt, daß am 13. k. Mts. ein 50jähriger Zeitraum verflossen sei, seit welchem die hiesige Armen-Verwaltung in ihrer gegenwärtigen im Wesentlichen als Grundlage beibehaltenen Organisation bestehe. Dieser Zeitabschnitt habe die Armen-Direction auf Anregung sämmtlicher bei der Armen-Verwaltung theilhabender Bürger veranlaßt, eine außerordentliche Feier des Stiftungstages, des 13. k. Mts., zu empfehlen. Es sei insbesondere die Absicht, jenem Tage durch einen Gottesdienst in der Brüdernkirche und durch eine außerordentliche Geldverwilligung zum Besten der von der Armen-Anstalt unterstützten Personen eine höhere Weihe zu geben. Hierdurch und durch einige andere damit in Verbindung stehende Verwendungen würde eine in dem ordentlichen Etat der Armen-Verwaltung nicht vorgesehene Ausgabe nothwendig werden, welche sich wohl auf 250 fl belaufen könnte und aus der Stadtcasse bestritten werden müßte. Der Stadt-Magistrat gebe der Versammlung anheim, dem gewiß zu berücksichtigenden Wunsche der Armen-Direction zu entsprechen und eine Summe bis zu 250 fl zur Feier des vorgedachten Stiftungsfestes der hiesigen Armen-Verwaltung aus der Stadtcasse zu verwilligen, die Art der Verwendung aber den Mitgliedern der Armen-Verwaltung zu überlassen.

Die Commission erklärt sich mit dieser Proposition einverstanden und befürwortet deren Annahme.

Nachdem jedoch auf eine desfallige Anfrage des Herrn Häusler von den Herren Kellner und Oberbürgermeister Caspari mitgetheilt worden, daß von den zu verwilligenden Geldern einem jeden Mitgliede der zur Zeit von der Armenanstalt unterstützten Familien eine Gabe der über 60 Jahre alten Personen von 4 gge, den sonstigen Erwachsenen von 2 gge und den Kindern von 1 gge zugedacht sei, halten die Herren Eissebon und Nieß diese Gaben für zu gering und sind der Meinung, daß es bei dieser Gelegenheit auf ein etwas größeres Opfer wohl nicht angesehen werden dürfe.

Herr Kellner, welcher sich zwar gegen eine von dem Herrn Helfft vorgeschlagene Naturalbeföstigung der Armen am Stiftungstage ausspricht, nimmt daraus Veranlassung, der Versammlung anheimzugeben, die beantragte Ausgabe-Verwilligung aus der Stadtcasse zum Zwecke einer erhöhten Geldzuteilung an die Armen auf 350 \mathfrak{f} zu bestimmen und erhielt dieser Vorschlag auch die Unterstützung des Herrn Grass.

Von der Versammlung wird darauf eine Verwilligung von 350 \mathfrak{f} -beschlossen.

II. Der von dem Herrn Nieß in der letzten Sitzung gestellte Antrag auf Abschaffung der bei den die hiesigen Messen besuchenden Fremden vorgenommenen Sammlungen von Almosen für die städtischen Armen ist von der Statuten-Commission in nähere Berathung gezogen und äußert sich über denselben der Herr Vorsitzende in Folgendem:

Die Commission sei zu der Ansicht gelangt, daß die Sammlung von Beiträgen zur Befreiung der Kosten der Armenpflege bei Personen, die, um Handelsgeschäfte zu machen, hierher gekommen wären, mit den geltenden Grundsätzen, welche die Stadtgemeinde verpflichteten, ihre Armen zu erhalten, besonders in dem hier eintretenden Falle, da die Gemeinde die dazu erforderlichen Mittel aufzubringen im Stande sei, nicht harmonire. Wenn nun außerdem jene Sammlung sicherm Vernehmen nach sehr mangelhaft durchgeführt werde, weil die Hauswirthe im Allgemeinen so ungern auf die Einforderung solcher Gaben sich einließen und eben so ungern die Fremden zu dergleichen Gaben sich verständen, deshalb auch die Resultate dieser Maßregel, die in dem städtischen Etat nur mit 25 \mathfrak{f} aufgeführt seien, nicht wohl verlocken könnten, eine Einrichtung, die vielfach als ein Mißstand bezeichnet werde, beizubehalten, so würden auch in dieser Beziehung praktische Bedenken von Erheblichkeit der Aufhebung jener Almosen-Sammlung nicht entgegenstehen.

In Uebereinstimmung mit dem Antrage ihrer Commission beschließt die Versammlung:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen, die nöthigen Anordnungen zu treffen, daß die Almosen-Sammlung für die städtischen Armen bei den Messfremden aufhöre.

III. In einem Schreiben vom 18. November v. J. äußert sich der Stadt-Magistrat über die in der frühern Sitzung, am 16. October v. J., angeregte Frage, ob es nicht angehe, zum nächtlichen Schutze der Bewohner außerhalb der hiesigen Stadtthore öffentliche Nachtwächter anzustellen oder wenigstens den dortigen Bewohnern zur Löhnung der von denselben angenommenen Privatschutzwächter einen verhältnißmäßigen Beitrag aus der Stadtcasse zu gewähren.

Die Anstellung öffentlicher Nachtwächter für die städtischen Bezirke außerhalb der Stadtthore hält der Stadt-Magistrat nicht für thunlich, weil die Zahl der zu einer genügenden nächtlichen Bewachung anzustellenden Personen eine sehr große werde sein müssen und der hiesigen Gemeinde rücksichtlich der Besoldung eine zu große Last auf-

erlege, als daß der desfallige Aufwand zu den Vortheilen, welche von einer solchen Einrichtung erwartet werden könnten, in einem angemessenen Verhältnisse stehen würde, zumal es nicht wohl möglich sei, eine entsprechende polizeiliche Controle über jene Nachtwächter einzuführen und auszuüben.

Dagegen erachtet es der Stadt-Magistrat für zulässig und für billig, den Bewohnern außerhalb der Thore mit Rücksicht darauf, daß dieselben nach allgemeinen Grundsätzen zu der Gemeindesteuer beitragen müßten, dadurch zu Hülfe zu kommen, daß denselben zur Löhnung der von ihnen angenommenen Privatnachtsächter ein Zuschuß aus der Stadtcasse gewährt werde, und giebt insbesondere anheim, den Bewohnern vor dem Augustthore, welche allein zur Zeit eine solche Unterstützung gewünscht haben, einen jährlichen Zuschuß von 20 R zu bewilligen.

Die Statuten-Commission, welche sich mit der Vorprüfung dieser Angelegenheit beschäftigt hat, ist nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden zu folgenden Erwägungen gelangt:

Die Commission glaube gegen die Anstellung öffentlicher Nachtsächter vor den Thoren und zu dem Grundsatz sich bekennen zu müssen, daß bei den hier bestehenden Verhältnissen, da die eigentliche Stadt von dem Gebiete außerhalb der Stadthore getrennt und geschieden und die systematische Einrichtung eines Nachtsächter-Instituts nur für die Stadt thunlich sei, diejenigen Gemeindegensossen, welche ihre Wohnung auf dem Gebiete außerhalb der Stadthore nähmen, damit ihres Rechts auf eine Theilnahme an dieser Gemeinde-Einrichtung sich begäben. Könnte aber gleichwohl aus Gründen der Zweckmäßigkeit und Billigkeit, zur Einrichtung und Erhaltung nächtlicher Wachen vor den Thoren, aus der Stadtcasse eine Beihülfe gegeben werden, so sei dennoch eine solche Bewilligung auf Grundlage eines Gesuchs einiger Gartenbewohner, welche sich einen Wächter halten wollten, nicht zulässig, vielmehr müsse derselben die Vorlegung eines geordneten Plans vorhergehen, und zwar um dadurch die Gewißheit zu erhalten, theils, daß die auf ein mehrseitiges Ansuchen nach gleichen Grundsätzen der Billigkeit zu gewährenden Zuschüsse im Ganzen die zu diesem Zwecke möglicherweise aufzuwendende Summe nicht überstiegen, theils aber, daß die bewilligten Gelder dem Zwecke gemäß und nützlich verwendet würden.

Diesen Ansichten gemäß, gebe die Commission der Versammlung anheim: nicht bloß in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate gegen die Anstellung öffentlicher Nachtsächter vor den Thoren sich auszusprechen, sondern auch zur Zeit noch den vom Stadt-Magistrate beantragten Zuschuß aus der Stadtcasse zu der Annahme und Unterhaltung eines Privatnachtsächters vor dem Augustthore zu versagen.

Herr Graß theilt die Ansicht der Commission nicht: Der von derselben aufgestellte Grundsatz, daß diejenigen Gemeinde-Angehörigen, die ihre Wohnung auf dem Gebiete außerhalb der Stadthore aufschlugen, dadurch auf die Vortheile verzichteten, welche die Bewohner der innern Stadt durch die allgemeinen städtischen Einrichtungen genossen, könne schon nicht gegen die Personen geltend gemacht werden, welche bereits ihre Wohnung vor den Thoren hätten. Ueberhaupt aber sei jener Grundsatz nicht gerecht und billig, weil die vor den Thoren wohnenden Gemeindegensossen gleich allen übrigen zu allen Gemeindelaften, selbst z. B. zur Zahlung des Services, herangezogen würden und mit Recht fordern dürften, auch der Vortheile solcher städtischer Einrichtungen theilhaftig zu werden, welche vor Allem als nothwendig anerkannt seien, insbesondere daher

auch den nächtlichen Schutz Seitens der Gemeinde für sich in Anspruch nehmen könnten. Wie ein solcher Schutz zu organisiren sein werde, könne außerdem nicht den einzelnen Betheiligten überlassen werden, sondern sei Sache der Gemeindebehörde, welche in dieser Beziehung ganz von selbst ohne besondere Anregung von Seiten der Betheiligten vorschreiten müsse. Gleichwohl würden die Bewohner vor den Thoren, wenn auf diesem Wege eine zweckmäßige Ordnung in der nächtlichen Bewachung eingeführt wäre, gern zu einer etwas höhern Beisteuer sich verstehen, und es möchte schon genügen, wenn nur, wie der Stadt-Magistrat in seinem Schreiben angedeutet habe, für jeden Thorbezirk eine Verwilligung von etwa 20 fl aus der Stadtcasse ausgesprochen würde.

Herr Aronheim weist darauf hin, daß es sehr schwierig sei, bei dem weit ausgedehnten städtischen Gebiete vor den Thoren dort eine Einrichtung zu treffen, welche das für die innere Stadt berechnete Nachtwächter-Institut einigermaßen vertreten könnte. Die desfalligen Interessen der Bewohner vor den Thoren seien ohnehin mehr localer Natur, auf welche bei den allgemeinen städtischen Einrichtungen nicht in der Weise Rücksicht genommen werden könne, wie für den engern Stadtbezirk, und es gehe jedenfalls zu weit, für die Bewohner vor den Thoren, weil dieselben rücksichtlich der allgemeinen städtischen Lasten gleich den übrigen Gemeindegossen verpflichtet seien, auch die nämlichen Vortheile in Anspruch zu nehmen.

Aus dem erstern Grunde müsse von den Bewohnern vor den Thoren die Vorlegung eines gemeinschaftlichen ausführbaren Planes erwartet werden, und dies um so mehr, als die Gemeindebehörde nicht berufen erscheine, eine für die besondern Interessen Jener bestimmte Einrichtung zu treffen, die vorzugsweise durch Privatmittel erhalten werden müßte, wenn auch ungeachtet des letztern Grundes eine Beihilfe aus den allgemeinen städtischen Mitteln gewährt werden möchte.

Die Herren Kahlert und Steinmeyer halten es für wünschenswerth, daß den Bewohnern außerhalb der Thore ein ebenso wirksamer nächtlicher Schutz geschaffen werden könnte, wie solcher für den eigentlichen Stadtbezirk organisirt worden; allein um jenem Zwecke einigermaßen zu genügen, würde eine sehr große Anzahl Nachtwächter anzustellen sein und der dadurch für die Gemeinde entstehende Aufwand sei zu bedeutend, als daß im Interesse der im Verhältnisse zu der Anzahl der Bewohner des engern Stadtbezirks sehr geringen Zahl der Bewohner außerhalb der Stadthore ein so erhebliches Opfer gerechtfertigt erscheinen könnte.

Selbst im Innern der Stadt, bemerkt noch Herr Kahlert, würden neben den öffentlichen Nachtwächtern zum Theil noch Privatschwärmer auf alleinige Kosten gewisser Betheiligter gehalten, und es möchte den Bewohnern vor den Thoren nichts Anderes übrig bleiben, als entweder sich selbst zu schützen, oder einen wirksamern Schutz durch Privatschwärmer sich zu verschaffen und im letztern Falle selbst zu berathen und Vorschläge zu machen, wie über ihre eigenen Kräfte hinaus durch öffentliche Unterstützung ihnen zu einem noch bessern nächtlichen Schutze verholfen werden könne.

Herr Uhde ist mit der Commission und dem Herrn Aronheim der Ansicht, daß eine Gemeinde in Fällen, wie der vorliegende, in welchem es sich um die Interessen eines geringen Theils derselben handle, erst alsdann die weitere Berücksichtigung dieses besondern Interesses in die Hand zu nehmen habe, wenn die betheiligten Personen über eine ihnen nothwendige oder wünschenswerthe Einrichtung gemeinsame Vor-

schläge gemacht hätten, weil die Privatpersonen besser im Stande sein würden, die für sie geeigneten Maßregeln aufzusuchen und zu erlassen.

Von Herrn Kellner wird anerkannt, daß nach Lage der Sache den Bewohnern vor den Thoren überlassen bleiben müsse, gemeinsame Vorschläge zur Organisation eines thunlichst wirksamen nächtlichen Schutzes zu machen, daß es aber jedenfalls der Billigkeit entsprechend sei, denselben dabei durch einen Zuschuß aus öffentlichen Mitteln von vielleicht 20 bis 30 \mathfrak{R} für jeden Thorbezirk zu Hilfe zu kommen.

Schließlich kommt Herr Köpcke noch einmal auf den von Herrn Graß ange-deuteten Satz zurück, daß dergleichen Verpflichtung Aller zu Beiträgen für allgemeine städtische Einrichtungen auch eine gleichmäßige Gewährung der durch solche Beiträge ermöglichten Vortheile für jeden Verpflichteten entsprechen solle, und hält diesen Grundsatz für nicht durchführbar, weil solche städtische Einrichtungen, wie z. B. auch die Gasbeleuchtung, oder eine Wasserleitung zumeist an örtliche Gränzen, welche hier durch die Stadthore gebildet würden, gebunden seien und nach Zweck und Bestimmung nicht die unverhältnißmäßigen Kosten rechtfertigten, welche eine Ausdehnung derselben über jene Gränzen hinaus verursachen würde.

Durch die Abstimmung wird der Commissionsantrag mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen.

IV. Statt der an vierter Stelle für die heutige Sitzung bestimmten Berathung des Statut-Entwurfs, den Verkauf von Brennholz und Torf betreffend, geht die Versammlung sofort zum fünften Gegenstande der Tagesordnung, zu einigen noch aus dem vergangenen Jahre rückständig gebliebenen Reclamationen gegen die Gemeinde- und Armensteuer über, da die baldmöglichste Erledigung derselben vorzugsweise dringend erscheint.

In einer vorgängigen allgemeinen Debatte über die Behandlung und Prüfung derartiger Reclamationen wird insbesondere von mehreren Seiten auch des Auskunftsmittels gedacht, welches, nachdem sonstige Erkundigungen und Ermittlungen über das Einkommen eines Reclamanten erschöpft wären, allein übrig bleiben würde, um die Wahrheit oder Unwahrheit einer Reclamation festzustellen.

Dieses letzte Auskunftsmittel ist die Versicherung an Eidesstatt oder die förmliche eidliche Befräftigung über den Betrag des jährlichen Einkommens eines Reclamanten, zu welcher derselbe, um einer erhobenen Reclamation Erfolg zu verschaffen, sich verstehen, und eventuell zugelassen werden müßte, weil ihm der Beweis obliegt, daß eine Seitens der Stadtverordneten vorgenommene Abschätzung dem wirklichen Einkommen nicht entsprechend sei. Die hingegen von anderen Seiten geltend gemachten Bedenken laufen namentlich darauf hinaus, daß die Reclamanten sich selbst meistens nicht des Betrages ihres jährlichen Einkommens klar genug bewußt und, wenn auch durch eine ausführlichere Vernehmung versucht werden möchte, die Einkommens-Verhältnisse näher zu erforschen und ihnen übersichtlicher zu machen, dennoch leicht veranlaßt sein würden, ihr Einkommen geringer, als es in der That ist, zu veranschlagen, wie sich solches in mehreren frühern Fällen ungeachtet einer eidlichen Versicherung herausgestellt hat.

Die Debatte führt indessen zu keinen bestimmten Resultaten, und es giebt der Herr Vorsitzende schließlich der Central-Deputation anheim, unter Berücksichtigung der heutigen Verhandlungen die in Frage gekommenen Grundsätze einer nähern Erwägung zu unterziehen.

Die zur heutigen Berathung vorliegenden einzelnen Reclamationen sind der Central-Deputation zur Berichterstattung überwiesen und erfolgt die letztere in nicht öffentlicher Sitzung.

Herr Halle ist noch im Verlaufe der Sitzung erschienen und hat an den weiteren Verhandlungen Theil genommen.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls geschlossen.

N^o 3.

1855.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 1. März 1855.

Nach Beendigung vorausgegangener Verhandlungen in der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten treten die Letztern zu einer besondern Sitzung zusammen, welche von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet wird.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 25. Januar d. J. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Mit einem von dem Herrn Vorsitzenden der Versammlung bekannt gemachten Schreiben des Stadtmagistrats vom 10. v. M., die Anstellung öffentlicher Krankwärterinnen betreffend, ist ein gutachtlicher Bericht des Medicinalraths Stadtphysicus Dr. med. Franke über diese Angelegenheit überandt, von dessen Inhalte durch den Herrn Vorsitzenden der Versammlung ebenfalls Kenntniß gegeben wird. Zur weiteren Prüfung und demnächstigen Berichterstattung wird die Sache mit Zustimmung der Versammlung von dem Herrn Vorsitzenden der Statuten-Commission überwiesen.

Die zur weitem Berathung gelangten Gegenstände der Tagesordnung betreffen außerordentliche Geldverwilligungen an einzelne Privatpersonen.

Die Berathung des Statuts über den Holz- und Torfhandel in hiesiger Stadt bleibt bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt und wird die heutige unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

N^o 4.

Verhandlungen

1855.

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 29. März 1855.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Kahler, Lissebon, Bieweg, Fabricius, Helfft, Steinmeyer, Ludecke, Grotrian und Grund wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 1. d. M. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Vor dem Uebergange zur festgesetzten Tagesordnung macht der Herr Vorsitzende der Versammlung ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 24. d. M. bekannt. Nach demselben hat der Wollen-Baaren-Fabrikant Schorse hieselbst gebeten, ihm von dem Straßenraume den an dem nordöstlichen Ende des Nickelnkults belegenen Winkel, welcher auf beiden Seiten von dem Schorse'schen Grundstücke eingefaßt ist, zu überlassen, um denselben zu seinem Grundstücke zu ziehen. Das Terrain, um dessen Abtretung es sich handelt, nimmt nach der Mittheilung des Stadtmagistrats einen Flächenraum von nur $1\frac{1}{2}$ D.-Ruthen ein, ist ohne den geringsten Nutzen für die hiesige Stadt, bildet vielmehr einen unangenehmen Schmutzwinkel und giebt, da dasselbe nicht vollständig beleuchtet ist, zugleich einen Versteck für liederliche und gefährliche Personen ab, wenn nicht auf die Reinerhaltung und Beleuchtung besondere Kosten verwendet werden würden. Dem gegenüber ist dem Schorse wegen seines Fabrikbetriebes sehr daran gelegen, durch Vorrückung seiner Grenzen einen Theil des Straßenraums für sein Grundstück zu gewinnen und dadurch zugleich den Winkel zu beseitigen. Mit dem Stadt-Magistrate ist auf vorgängige Besichtigung die städtische Baudeputation darüber einverstanden:

daß dem Schorse der oben angedeutete Theil des Straßenraums und zwar unentgeltlich in der Weise überlassen werden möge, daß von der nordöstlichen Ecke des Hauses N^o 125 $\frac{2}{3}$ nach der südwestlichen Ecke des Hauses N^o 1254 eine gerade Linie gezogen werde, der neben dem letztgedachten Hause belegene Wassergang aber in der offenen Straße bleibe.

Der in dieser Form von dem Stadtmagistrate der Versammlung zur Annahme empfohlene Antrag erfährt durch Herrn Nieß Widerspruch, welcher insbesondere darauf gestützt ist, daß, abgesehen davon, daß die Vorrückung der Gränzen der Schorse'schen Grundstücke die bisherige Möglichkeit, mit einem Wagen an jener Stelle umzuwenden, aufhebe, auch den Nachbarn Aussicht und Licht genommen werden würde, wenn auf der neu zu bildenden Grenze von dem Schorse ein größeres Gebäude aufgeführt würde, was demselben, wenn einmal die Ueberlassung des Straßenraums gewährt sei, nicht zu wehren wäre. Um wenigstens derartige Nachtheile von den Nachbarn abzuwenden, beantragt Hr. Nieß: zu der Ueberlassung des fraglichen Straßenraums an Schorse nur unter der Bedingung die Zustimmung auszusprechen, daß demselben versagt bleibe, auf der neuen Gränze einen Hochbau aufzuführen.

Nachdem von dem Herrn Graß, als Mitglied der städtischen Baudeputation, eine Veranschaulichung der Dertlichkeit versucht worden, bemerkt Herr Oberbürgermei-

ster Caspari, daß es zur Zeit nicht die Absicht des Schorse sei, auf der neuen Gränze ein Gebäude aufzuführen, daß übrigens die Nachbarn eventuell eine solche Baulichkeit sich würden gefallen lassen müssen und daß es nicht wohl angemessen sei, dem Schorse eine dem Antrage des Herrn Nieß entsprechende und dem Ersten in der Verfügung über sein künftiges Eigenthum beschränkende Bedingung aufzuerlegen. Ebenso ist auch Herr Warrentropp der Ansicht, daß, wenn einmal der bezeichnete Theil des Straßenraums dem Schorse zu Eigenthum überlassen werden solle, eine solche Bedingung nicht an die Ueberlassung geknüpft werden möge, um nicht etwaigen wünschenswerthen oder z. B. für den Fabrikbetrieb nothwendigen baulichen Einrichtungen ein Hinderniß in den Weg zu stellen.

Für den Antrag des Herrn Nieß erklären sich bei der Abstimmung nur drei Stimmen, wogegen der Antrag des Stadtmagistrats durch Stimmenmehrheit angenommen wird.

Von der Tagesordnung wird noch insofern abgewichen, daß über deren zweiten Gegenstand an erster Stelle verhandelt wird:

Nach dem Berichte des Herrn Uhde, Namens der Commission für Kirchen- und Schulsachen, ist auf Anregung des Inspectors Sattler und des Schulvorstandes von dem Stadtmagistrate die zeitherige Remuneration der an den hiesigen Gemeindeschulen interimistisch beschäftigten Lehrer in Erwägung gezogen. Vier derselben sind für die Elementarclassen der beiden Freischulen und zwei zur Aushilfe in den sämtlichen Gemeindeschulen nothwendig geworden. Diese Lehrer sind von der Herzogl. Seminar-Direction in Wolfenbüttel zur Unterrichtsertheilung erbeten und erhalten eine jährliche Remuneration von je 100 \mathfrak{f} . In dem Seminare in Wolfenbüttel ist aber ein Mangel an Schulpräparanden fühlbar geworden, und es haben diejenigen derselben, welche das Tentamen bestanden haben, Aussicht, sofort entweder eine wirkliche Anstellung oder doch eine Beschäftigung als Aushilfslehrer auf dem Lande zu bekommen, wobei sie sich besser stehen würden, als hier mit jener jährlichen Remuneration. Die Folge davon würde sein, daß die gegenwärtig hier beschäftigten Lehrer nach gemachtem Tentamen schon zu Ostern d. J. ihre hiesige Stellung aufgeben werden, und es würde nicht ausbleiben, daß ein häufigerer Wechsel mit diesen Lehrern eintreten wird, als es im Interesse der hiesigen Gemeindeschulen wünschenswerth erscheinen könnte. Um daher die Thätigkeit dieser Lehrer den hiesigen Gemeindeschulen dauernd zu erhalten, giebt der Stadtmagistrat anheim, deren Remuneration um etwas zu erhöhen, und beantragt:

die bisher gewährte Remuneration von 100 \mathfrak{f} auf jährlich 120 \mathfrak{f} zu bestimmen.

Die Commission erkennt an, daß die hier dargelegten Verhältnisse richtig seien und glaubt, daß danach die Erhöhung der an jene Lehrer bisher gezahlten Remuneration gerechtfertigt und nothwendig erscheine, weshalb sie der Versammlung die Annahme obigen Antrags empfiehlt.

Durch Beschluß erklärt die Versammlung ihre Zustimmung zu dem obigen Antrage des Stadt-Magistrats.

Hierauf gelangen die vorliegenden Gesuche um Verleihung des Wohnrechts in hiesiger Stadt, welche von der betreffenden Commission einer Vorprüfung unterworfen sind, zur Verhandlung, die aber auf Antrag des Herrn Graß in nicht öffentlicher Sitzung vorzunehmen beschlossen wird.

Im Verlaufe der Sitzung ist noch Herr Lissebon in derselben erschienen.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 3. Mai 1855.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Barrentrapp, Grottrian und Bieweg wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Herr Ebbbecke ist ohne eine Entschuldigung abwesend.

Das Protokoll über die letzte Sitzung am 29. März d. J. wird von dem Protokollführer verlesen und von der Versammlung nach einer von dem Herrn Nieß gewünschten Aenderung genehmigt.

I. Ueber die zunächst auf der Tagesordnung stehende Verpachtung der städtischen Fischerei und der städtischen Fischhälter erstattet Namens der Finanz-Commission Herr Helfft der Versammlung Bericht.

Inhalts des von dem Herrn Referenten verlesenen Schreibens des Stadt-Magistrats vom 16. Januar d. J. ist der zwischen dem Stadt-Magistrate und dem Fischmeister Thies hieselbst, wegen des vorgedachten Gegenstandes unterm 23. December 1851 — 17. Februar 1852 abgeschlossene Pachtcontract, da in Folge der erst am 6. April v. J. in dieser Versammlung stattgehabten Verhandlung eine rechtzeitige Kündigung Seitens des Stadt-Magistrats nicht hat vorgenommen und eine sonstige Disposition über den Pachtgegenstand nicht hat getroffen werden können, eine contractsmäßige Kündigung aber auch von dem Fischmeister Thies nicht erfolgt ist, nach Maßgabe des §. 11 jenes Contracts auf ein Jahr, und zwar von Michaelis 1854 bis dahin 1855 als stillschweigend verlängert anzunehmen. Zu dem dem obigen Schreiben des Stadt-Magistrats beigelegten und von dem Herrn Referenten ebenfalls verlesenen Protokolle vom 16. Januar d. J. hat der Fischmeister Thies sich bereit erklärt, den bestehenden Contract unter den bisherigen Bedingungen fortzusetzen, jedoch gewünscht, daß die Pachtzeit auf die Dauer von sechs Jahren, also bis Michaelis 1861, bestimmt und festgesetzt werde, um für seinen Geschäftsbetrieb besser disponiren zu können, als solches eine einer kürzern Kündigungszeit unterworfenen Pachtdauer mög-

lich mache. Ferner ist aber auch dem Schreiben des Stadt-Magistrats ein von dem Herrn Referenten mit verlesenem Gesuch des Hofmaurermeisters Götter angeschlossen, in welchem dieser bittet, ihn von den am Bruchthore hieselbst belegenen sechs Fischhaltern den straßenwärts zunächst belegenen käuflich zu überlassen, eventuell die Grenze reguliren zu wollen. Unter Bezugnahme auf die frühern in seinem Schreiben vom 17. März v. J. und in der Rückäußerung der Stadtverordneten vom 6. April v. J. ausgedrückten Verhandlungen glaubt der Stadt-Magistrat das letztere Gesuch nicht weiter berücksichtigen zu können; Derselbe hält es dagegen für angemessen, auf das Anerbieten und den Wunsch des Fischmeisters Thies einzugehen.

Zu dem vorgedachten Schreiben vom 16. Januar d. J. ist nachträglich noch vom Stadt-Magistrate ein Protokoll vom 26. v. Mts. übersandt, in welchem auch der Fischmeister Thies auf eine Regulirung der Grenze zwischen dem städtischen, seiner Pachtung unterworfenen, und dem Götterschen Terrain anträgt und um Bescheidung auf die von ihm gewünschte anderweite Feststellung des nunmehr bis Michaelis 1856 stillschweigend prolongirten Pachtverhältnisses bittet.

Herr Helfft bringt bei seiner Berichtserstattung der Versammlung den Inhalt der frühern Verhandlungen, insbesondere in der Sitzung am 6. April v. J., in Erinnerung und legt die auf die Situation der hier in Frage kommenden beiden Grundstücke bezügliche Handzeichnung vor: die jetzt wiederum eingetretene stillschweigende Pachtverlängerung habe darin ihren Grund, daß nicht vor dem 29. März d. J. eines Jahres von dem einen oder dem andern Theile eine Kündigung erfolgt sei. Von städtischer Seite sei dieselbe aber unterblieben, weil eine anderweite Verfügung über das Terrain, auf welchem die Fischhalter sich befänden, bisher noch nicht festgestanden habe und doch die Möglichkeit, eine solche zu treffen und zur Ausführung zu bringen, nicht durch eine auf einen längern Zeitraum erstreckte Verpachtung abgeschnitten werden sollte, Gelegenheit und Veranlassung zu einer wenigstens das bestehende Pachtverhältnis modificirenden Verfügung über das Fischhalter-Terrain sei schon durch das frühere von dem Hofmaurermeister Götter und dem Zimmermeister Hermann eingegangene Gesuch um Abtretung eines Theils jenes Terrains in Aussicht gestellt und biete sich durch das jetzt im Wesentlichen erneuerte Gesuch des Götter wiederum dar. Wenn nun die Commission eine Abweichung von dem damaligen Beschlusse, das Eigenthum an dem vorgedachten Terrain der hiesigen Stadt zu erhalten, um eine eventuelle anderweite Verwerthung desselben, etwa durch Ueberlassung an die Besitzer der anstoßenden Grundstücke, zum Vortheile der Stadt möglich zu machen, auch zur Zeit nicht für angemessen und rathlich halte, so sei dem Wunsche des Götter doch vielleicht in anderer Weise, ohne Zurücksetzung des Interesses der hiesigen Stadt, zu entsprechen. Soweit dies geschehen könne, dürfe dem Götter die thunlichste Berücksichtigung seines Gesuchs wohl nicht versagt werden, da derselbe zu dem Baue seines Hauses insbesondere selbst von den städtischen Behörden direct oder indirect animirt sei. Wie aber ein Blick auf den Situationsplan ergebe, müsse es dem Götter dringend wünschenswerth sein, neben seinem Gebäude gerade nach den Fischhaltern zu, einen etwas größern Raum zu gewinnen. Die Commission glaube, daß dem Wunsche des Götter ohne Verletzung des Interesses der hiesigen Stadt, insbesondere ohne irgend erhebliche Beschränkung und Benachtheiligung des Pächters der städtischen Fischhalter die billige, aber auch genügende Berücksichtigung zu Theil werde, wenn die Versammlung folgendergestalt über diese Angelegenheit Beschluß fassen würde:

Der Verkauf irgend eines Theils der Fischhälter werde entschieden abgelehnt und bleibe die Grenze zwischen dem Eigenthume der Stadt und dem des Hofmaurermeisters Götter nach wie vor dieselbe; nämlich ganz so, wie dieselbe auf der bei den Acten befindlichen Handzeichnung angedeutet worden. Der erste Fischhälter erhalte aber etwa 8 Fuß hinter dem Götter'schen Hause eine gerade Wand, parallel mit der Straßenfronte; von dieser Wand werde eine andere im rechten Winkel auf den vorderen Grenzpunkt gezogen. Der so gebildete regelmäßige Raum werde dem Götter so lange, als die Fischhälter als solche benützt und verpachtet würden, unentgeltlich zur Garten-Anlage überlassen, ohne daß es ihm gestattet sei, je ein Gebäude auf diesem Raume aufzuführen. Die Kosten für die im Fischhälter nach Vorschrift Sachverständiger aufzuführende Wand, für die Verlängerung des verdeckten Canals bis dahin und für Herstellung einer angemessenen Befriedigung dieses Raumes habe Götter zu tragen und die betreffende Vorrichtung in einer vom Stadt-Magistrate zu bestimmenden Frist zu beschaffen. — Mit diesen Modificationen werde zu der Prolongation des Contracts mit dem Fischmeister Thies unter den bisherigen Bedingungen auf weitere sechs Jahre von Michaelis d. J. angerechnet, die Zustimmung ertheilt.

Nachdem die Sache von dem Herrn Vorstehenden zur weitem Berathung verstellt worden, bemerkt zunächst Herr Röpkke, daß es zur Zeit nicht angemessen sein dürfte, in dem Sinne, wie die Commission beantragt habe, einen definitiven Beschluß zu fassen, wenn gewünscht werden möchte, den Thies als Pächter der Fischhälter zu behalten, daß auf solchen Fall vielmehr der Letztere über die nach jenem Antrage eintretenden Veränderungen des Nachtgegenstandes zuvor gehört werden müsse.

Herr Aronheim giebt der Versammlung anheim, an den Stadt-Magistrat das Ersuchen zu richten, auf Grundlage des obigen Commissions-Antrages mit thunlichster Berücksichtigung des Götter'schen Gesuchs eine Einigung zwischen Thies und Götter zu versuchen.

Mit diesem Vorschlage sind auch die Herren Nieß und Steinmeyer einverstanden; nur daß der Letztere meint, es bedürfe doch der Commissions-Antrag zuvor der diesseitigen weitem Berathung und eventuellen Genehmigung, um als Basis für Vergleichs-Verhandlungen dienen zu können.

Herr Grass spricht seine Bedenken dagegen aus, dem Götter einen Theil von dem Terrain der Fischhälter in der von der Commission beantragten Weise zu überlassen, da es zu großen Widerwärtigkeiten führen werde, wenn demnächst einmal von Götter selbst oder dem spätern Besitzer des Götter'schen Hauses das städtische Terrain zurückgefordert werden würde.

Herr Aronheim theilt diese Bedenken und erklärt, den Commissions-Antrag in dem Sinne aufgefaßt zu haben, daß das dem Götter einmal überlassene städtische Terrain nicht zurückgenommen werden solle, zumal das Opfer, welches die Stadt auf solche Weise bringe, nicht groß sei und immerhin Veranlassung genug für die hiesige Stadt vorliege, dergleichen Speculationsbauten möglichst zu fördern.

Auch Herr Lüdecke hält die unwiderrufliche Ueberlassung des städtischen Terrains an Götter für um so weniger bedenklich, als gar keine Aussicht vorhanden sei, daß jemals die Fischhälter eingehen würden, da dieselben für die hiesige Stadt unentbehrlich wären, mithin auch nicht anzunehmen sei, daß das Terrain, auf welchem die Fischhälter sich befänden, zu anderen Zwecken verwendet werden könnte.

Herr Lissebon ist ebenfalls der Meinung, daß, wenn überhaupt dem Götter

von dem städtischen Grund und Boden ein Theil überlassen werden sollte und es nicht vorgezogen würde, jenes Terrain der hiesigen Stadt ungetheilt zu erhalten, der abzutretende Theil dem Götter zu unwiderrüflichem Eigenthume zugestanden werden müsse. Der nach dem Commissions-Antrage für die Ueberlassung an Götter bestimmte Raum sei zwar zu klein, um daraus eine entsprechende Gartenanlage zu machen, und komme also dem Götter in dieser Beziehung nicht sonderlich zu Nutzen; dagegen werde durch die Abtretung allerdings der Zweck erreicht, daß dem Götterschen Grundstücke gerade und feste, wo möglich durch Grundmauern zu markirende Grenzen gegen das städtische Terrain gegeben werden, wobei die Wünsche des Götter thunlichst berücksichtigt werden mögen, wenn der Letztere nicht schon, wie verlautet, eigenmächtige Uebergriffe in das städtische Terrain sich erlaubt haben werde. Wenn aber die Herstellung einer unverrückbaren, festen Grenze durch Götter beschafft werden solle und dieser dadurch zu einem nicht unerheblichen Kostenaufwande veranlaßt werden würde, so erscheine es mit einer derartigen Bestimmung und Feststellung der Grenze unverträglich und involvire eine Härte gegen Götter, von demselben demnächst einmal das überlassene Terrain zurückzufordern.

Hiermit übereinstimmend erklärt sich auch Herr Steinmeyer, davon ausgehend, daß die von Götter gewünschte Zulegung von städtischem Terrain zu seinem Grundstücke auch jedem künftigen Besitzer des Götterschen Grundstücks gleich erwünscht sein müsse und zur Zeit für den Ersten auch aus dem Grunde großen Werth haben werde, um gegen den Andrang des Wassers aus dem ersten Fischhälter in den Kellerraum seines Gebäudes eine bessere Vorkehrung treffen zu können.

Herr Helfft hebt zur Motivirung und Erläuterung des Antrages der Commission noch hervor, daß die Art und Weise der Herstellung einer Grenze von dem Gutachten Sachverständiger abhängig gemacht sei und die desfallsigen Kosten nicht zu hoch sich belaufen würden, um nicht eine eventuelle Zurücknahme des städtischen Terrains vorbehalten zu können, was für eine spätere anderweite Verfügung über das Terrain nützlich und angemessen sei und zu allseitiger Sicherung in dem Hypothekenbuche zu vermerken sein werde. Sollte es aber von der Versammlung vorgezogen werden, das dem Götter abzutretende Terrain demselben zu unwiderrüflichem Eigenthume zu überlassen, so werde die Commission ihre dagegen geltend gemachten Bedenken fallen lassen, um selbst in dieser Weise dem Götter förderlich zu sein. Für Diesen sei die Gewinnung eines Theils des städtischen Terrains, theils um seine Keller gegen den Wasserzudrang aus dem Fischhälter zu schützen, theils und vorzugsweise aber, um eine durch die jetzige Grenzlinie gehinderte Verbindung des hinter und neben dem Hause befindlichen Raums herzustellen, von wesentlichem Nutzen, und es möge immerhin berücksichtigt werden, daß, wenn Götter vor der Ausführung seines Baues um eine seinen jetzigen Wünschen entsprechende Grenzbestimmung gebeten hätte, demselben wahrscheinlich in ähnlicher Weise Willfährung zu Theil geworden wäre. Wie in solchem Falle rückfichtlich der Verpachtung der städtischen Fischhälter es nicht bedenklich gefunden sein möchte, dem Götter einen Theil des Terrains abzutreten, so werde auch jetzt der Fischmeister Thies daraus keine Veranlassung nehmen, seinerseits den Pachtcontract aufzuheben, und eventuell würde ein anderer Pächter für die Fischhälter gewonnen werden.

Schließlich meint Herr Kahler, daß von der Versammlung ein fester Beschluß und zwar dahin gefaßt werden möge, daß dem Götter der von der Commission bezeichnete Theil von dem städtischen Terrain unwiderrüflich überlassen werden solle; ein sol-

der Beschluß sei dem Thies bekannt zu machen und werde denselben voraussichtlich nicht veranlassen, aus seinem Pachtverhältnisse herauszutreten.

Nach geschlossener Berathung vereinigt sich die Versammlung auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden zu folgendem Beschlusse:

„den Antrag der Commission mit der Modification, daß das dem Götter abzutretende städtische Terrain demselben gegen die Verpflichtung, auf diesem Raume ein Gebäude nicht aufzuführen, zu unwiderrüflichem Eigenthume überlassen werde, als Grundlage für weitere Verhandlungen mit Thies und Götter anzunehmen und den Stadt-Magistrat zu ersuchen, nicht blos hiemit sich einverstanden zu erklären, sondern auch dahin zu wirken, daß auf jene Grundlage hin unter bestmöglicher Aufrechterhaltung des Pachtcontractes mit Thies und zugleich unter thunlichster Berücksichtigung des Interesses des Götter eine Einigung auch mit diesen Beiden erreicht werde.“

II. Als Referent der Finanz-Commission erstattet Herr Heß über das fernere Schreiben des Stadt-Magistrats vom 10. v. Mts. der Versammlung Bericht:

Der Knochenhauermeister Albert Brand, hieselbst, der jetzige Eigenthümer des Hauses N 466, an dem Plage gelegen, auf welchem früher das Gasthaus: „Stadt Hamburg“ gestanden hat, beabsichtigt dieses von ihm jüngst gekaufte Haus abbrechen und an dessen Stelle ein neues Gebäude aufzuführen zu lassen, will auch die Straßen-Fronte des neuen Hauses massiv herstellen lassen, sofern ihm zu diesem Zwecke eine entsprechende Geldverwilligung aus der Stadtcasse zu Theil werde. Behuf Geradelegung der Straßenlinie würde der Neubau um ein Weniges in der Frontlinie des jetzigen Hauses zu verändern und zwar von der Straße zurückzurücken sein, wofür dem Brand eine angemessene Entschädigung wegen der ihm verloren gehenden Grundfläche gebührt. Der Anspruch auf eine deraffige Entschädigung hat den Stadt-Magistrat auch den weiter gehenden Antrag des Brand auf Unterstützung für den Fall der Ausführung einer massiven Vorderfronte zu einer nähern Erwägung geeignet erscheinen lassen, da Brand ohne eine solche Beihilfe auf die Herrichtung einer Fachwerkswand sich beschränken will. Nach einem mit den auf einen massiven Bau berechneten Frontzeichnungen vorgelegten Kostenüberschläge beläuft sich die Differenz zwischen einem Massiv- und Fachwerks-Bau in der Vorderfronte auf 650 \mathfrak{f} . Um nun gerade an diesem öffentlichen Plage, dessen Umgebungen insbesondere auch durch das neue Bankgebäude gewinnen werden, einem ansehnlichen, zur Verschönerung dienenden Neubauvörderlich zu sein, glaubte der Stadt-Magistrat der Versammlung empfehlen zu dürfen, dem Brand unter Verzichtleistung auf eine Entschädigung für die zum Straßenraume abzugebende Grundfläche, sowie unter Berücksichtigung der etwaigen auf das Äußere bezüglichen Anordnungen des Stadtbaumeisters und einigen andern seinen Geschäftsbetrieb berührenden straßenpolizeilichen Bedingungen eine Summe von 300 \mathfrak{f} aus der Stadtcasse zuzusichern und dieselbe zu zahlen, sobald die Vorderfronte seines Hauses hergestellt sein wird.

Auf die Befürwortung dieses Antrages durch die Commission beschließt die Versammlung die Verwilligung der obigen 300 \mathfrak{f} zu dem vorliegenden Zwecke und unter den angedeuteten Bedingungen.

III. Mittelft Schreibens vom 6. v. Mts. wird der Versammlung von dem Stadt-Magistrate mitgetheilt, daß für das Amt eines Schuldirectors in hiesiger Stadt in der Person des von hier gebürtigen Pastors Hirsche, bisher zu Dsna-

brück, die Wahl getroffen und diese Wahl mittelst Höchsten Rescripts vom 20. März d. J. bestätigt sei, derselbe ist bereits in hiesiger Stadt eingetroffen und seit dem 1. d. Mts. in Function getreten. Dem Stadt-Magistrate erscheint es angemessen und billig, daß dem Schul-Director Hirsche auf die nothwendig gewordenen Umzugskosten eine entsprechende Vergütung aus der Stadtcasse gezahlt werde und giebt der Stadt-Magistrat der Versammlung anheim: als solche Vergütung die Summe von 100 \mathfrak{R} aus der Stadtcasse zu bewilligen.

Namens der Finanz-Commission empfiehlt Herr Wankelius diese Proposition der Versammlung zur Annahme.

Herr Lüddecke erblickt in der Summe von 100 \mathfrak{R} keine genügende Vergütung für die Umzugskosten, da sich dieselben viel höher belaufen sollen, setzt aber voraus, daß jene Vergütung noch von anderer Seite, namentlich von dem Waisenhaus-Directorium, bis zu dem wirklichen Kostenaufwande werde ergänzt werden, wozu der Herr Vorsitzende bemerkt, daß auch der Stadt-Magistrat bei seinem Vorschlage von einer gleichen Voraussetzung werde ausgegangen sein.

Durch Beschluß der Versammlung wird die Verwilligung der Summe von 100 \mathfrak{R} aus der Stadtcasse zu dem obigen Zwecke ausgesprochen.

IV. In einem von Herrn Wankelius, als Referenten der Finanz-Commission, verlesenen Schreiben des Stadt-Magistrats vom 10. v. Mts., wird ein Plan zur Herstellung einer bessern Fahrstraße nach dem Bahnhofe hin besprochen. Der lebhafteste Verkehr zwischen dem Bahnhofe und der Stadt rücksichtlich des Gütertransports hat es oft, insbesondere zur Winterszeit fühlbar werden lassen, daß die in der Nähe des Bahnhofes gelegenen Straßen, namentlich der westliche Theil der Südstraße und die Peterfilienstraße nicht breit genug sind, um zweien Fuhrwerken ohne große Unbequemlichkeit und selbst ohne Gefahr für Fuhrwerk und Fußgänger ein Ausweichen möglich zu machen. In neuerer Zeit ist mehr und mehr die Nothwendigkeit hervorgetreten, diesem Uebelstande abzuhefen, und es ist nach einer desfalligen Verhandlung mit Herzoglicher Eisenbahn- und Post-Direction vom Stadt-Magistrate der Plan gefaßt, dem westlichen Theil der Südstraße von der Gildenstraße bis zur Knochenhauerstraße durch Ankauf und Abbruch der Häuser an der nach Süden zugekehrten Seite dieses Theiles der Südstraße eine Erweiterung zu geben, wie solche schon durch das zurückgebaute Haus des Tischlermeisters Ahrens vorbedacht ist. Um diesen Plan zur Ausführung zu bringen ist von Herzogl. Eisenbahn- und Post-Direction die Uebnahme der Hälfte der dadurch entstehenden Kosten zugesichert. In der Ausführung des Plans ist vom Stadt-Magistrate im Einverständnisse jedoch insbesondere mit der städtischen Baudeputation, bereits insoweit vorgeschritten, daß die Verhandlungen zum Ankaufe der Häuser N. ass. 529, 528, 525 u. 524 B. unter der Hand bereits eingeleitet sind. Sollten die Eigenthümer dieser Häuser im Wege der gütlichen Vereinbarung zu einer Veräußerung sich nicht verstehen, so würden dieselben durch eine Expropriation zu einer Abtretung gezwungen zu veranlassen sein. Hiernach geht der Antrag des Stadt-Magistrats dahin:

die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß

1) die sub Nris. 525, 524 B., 528 u. 529 an der Südstraße belegenen Häuser unter Zuziehung der Mitglieder der städtischen Baudeputation, wo möglich durch gütlichen Ankauf, nöthigenfalls im Wege der Expropriation er-

vorben und die Kosten, nach Abzug des Beitrags aus Herzoglicher Eisenbahn- und Postcasse, auf die Stadt-Casse übernommen werden;

2) daß die fraglichen Gebäude behuf Erweiterung der Südstraße in der bezeichneten Weise demnächst auf den Abbruch verkauft, und

3) daß das nach Wegnahme des zur Erweiterung der Straße erforderlichen Terrains bleibende Areal zum Besten der Stadtcasse wieder veräußert werde,

4) daß im nächsten Jahre die Neupflasterung der Straße am Wilhelmthore, der Südstraße bis zur Knochenhauerstraße und dieser selbst vorgenommen werde.

Die Finanz-Commission ist zufolge des Referats des Herrn Wankelius, nach einer Augenscheins-Einnahme an Ort und Stelle und nach weiterer Prüfung des vorliegenden Plans zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine entsprechende Erweiterung der Passage für den Gütertransport zwischen der Stadt und dem Bahnhofe nur auf die vorgeschlagene Weise durch den Abbruch der bezeichneten Häuser an der Südstraße hergestellt werden können, da auch die Peterfilienstraße nicht die erforderliche Breite habe und überhaupt nicht so günstig gelegen sei als die Südstraße. Sei auch der Kostenaufwand Seitens der Stadt allerdings von Bedeutung, so werde sich doch wohl auf keine wohlfeilere Weise eine Verbesserung der Fahrstraße erzielen lassen und da anerkannt werden müsse, daß eine solche zur Förderung des Verkehrs und zum Schutze von Leben und Eigenthum nothwendig sei, so glaubt die Commission nicht umhin zu können, die Anträge des Stadt-Magistrats zu unterstützen und die Zustimmung zu den nöthigen Verwendungen aus der Stadtcasse der Versammlung anheim zu geben.

Nach einer weitem Befürwortung des Plans durch die Herren Lissebon, Kahlert und Graß, welche im allseitigen Interesse der hiesigen Stadt, auch aus Rücksichten auf die Verschönerung, den Plan bald zur Ausführung gebracht zu sehen wünschen, stellt Herr Kronheim, welchem sich auch die Herren Helfft und Häusler anschließen, den Antrag:

die Propositionen des Stadt-Magistrats anzunehmen und dem Letztern zur Ausführung des vorliegenden Plans die nöthige Summe aus der Stadt-Casse zur Verfügung zu stellen, mit der Erklärung, daß der Stadt-Magistrat die abzubrechenden Häuser im Wege der gütlichen Vereinbarung zu erwerben suchen möge, sofern die Preisforderungen nicht unverhältnißmäßig von dem ungefähr zu ermittelnden Expropriationswerthe abweichen würden, daß der Stadt-Magistrat aber eventuell keinen Anstand nehmen möge, das gesetzliche Expropriations-Verfahren gegen die betreffenden Hausbesitzer zur Anwendung zu bringen.

Dieser Antrag wird durch die Abstimmung zum Beschlusse der Versammlung erhoben.

V. Mittelfst Schreibens vom 7. März d. J. ist von dem Stadt-Magistrate die von dem Commandeur der vormaligen Bürgerwehr, Particulier Rädke, aufgestellte und weiter erläuterte Bürgerwehr-Schlusrechnung vom Jahre 1854 mit dem Anheimgaben übersandt, über die nicht völlig erledigten Punkte hinwegzugehen und sich damit einverstanden zu erklären, daß das Liberatorium ertheilt werde.

Die Finanz-Commission findet, nach dem Vortrage des Herrn Wankelius,

gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, da sich erhebliche Erinnerungen gegen die Rechnung nicht aufstellen lassen, und beschließt die Versammlung, die Rechnung für justificirt anzunehmen und in die Ertheilung des Liberatoriums einzuwilligen.

VI. Endlich trägt noch Herr Lissebon vor:

Nach Erbauung und Einrichtung der Neustadt-Mühle sei auf die Mehl-Mahl-Mühlen zu Delper und Eisenbüttel wenig Sorgfalt verwendet, so daß diese beiden Mühlen das Mehl nicht so gut zu liefern im Stande seien, wie die erstere Mühle, in welcher das Mehl sehr gut hergestellt werde. Die Folge davon sei, daß das Publikum gewissermaßen gezwungen sei, den Mehlbedarf in der Neustadtmühle bereiten zu lassen, und zwar nicht bloß gegen Zahlung eines etwas höhern Lohns, sondern auch verbunden mit dem Nachtheile, daß in der Regel nicht, und namentlich bei kleinern Kornquantitäten, das Mehl von dem Getreide zurückgegeben werde, welches zum Vermahlen nach der Mühle geschaffen worden. In diesen beiden Beziehungen entsprächen die Mühlen zu Delper und Eisenbüttel dem Interesse des Publikums mehr, als die Neustadt-Mühle, und insofern könne es nur wünschenswerth erscheinen, daß jene beiden Mühlen so restaurirt würden, daß in derselben, unbeschadet der sonstigen Verhältnisse, ein besseres Mehl hergestellt werden könne.

Durch diese Andeutungen hält Herr Lissebon den Antrag für gerechtfertigt: die Mitwirkung des Stadt-Magistrats dafür in Anspruch zu nehmen, daß die Mühlen zu Delper und Eisenbüttel zur Lieferung eines bessern Mahlwerks in Stand gesetzt würden.

Der Herr Vorsitzende verweist diesen Antrag zur Vorprüfung und Berichtserstattung an die Finanz-Commission, da derselbe zur sofortigen Berathung und Beschlußnahme nicht genügend vorbereitet sei, und giebt dem Herrn Antragsteller Lissebon anheim, durch Rücksprache mit dem Vorsitzenden jener Commission seine Betheiligung an den Vorberathungen zu vermitteln.

Nach Erledigung dieser Gegenstände wird die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des heutigen Protokolls in der nächsten Sitzung, von dem Herrn Vorsitzenden Deſterreich geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 24. Mai 1855.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 3. d. Mts. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung, in Erwartung des Nachtrags einiger Modificationen, genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Graß, Bieweg, Steinmeyer, Grund, Jüdel und W. Kloss wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Wiederum ohne Entschuldigung abwesend ist Herr Löbbbecke und erklärt die Versammlung denselben, wegen seiner unentschuldigten Abwesenheit sowohl in der letzten, als auch in der heutigen Sitzung, der durch den §. 1 des Statuts vom 26. Januar 1852 angedrohten Strafe für verfallen.

I. In den zunächst vorliegenden Mittheilungen ist von dem Stadt-Magistrate beantragt, einigen Personen aus hiesiger Stadt, welche nach Amerika resp. Australien auszuwandern beabsichtigen, zur Ausführung solches Vorhabens durch entsprechende Geldverwilligungen aus der Stadt-Casse zu Hilfe zu kommen.

II. Die Provisoren an der St. Catharinen Kirche haben bei Herzogl. Polizei-Direction den Antrag gestellt, es möge das Fahren mit Wagen und Karren über den Kirchhof und die Verunreinigung der Winkel an den Pfeilern der Kirche bei Strafe verboten und solches Verbot durch Warnungstafeln dem Publikum zur Kenntniß und Nachachtung gebracht werden. Die Herzogl. Polizei-Direction hat sich mit dem erstern Punkte einverstanden erklärt und die Androhung einer Strafe von einem Thaler vorgeschlagen; der Stadt-Magistrat hält es in seinem Schreiben vom 5. d. Mts. ebenfalls für angemessen und wünschenswerth, daß das Befahren des Kirchhofes, auf dessen Verschönerung in jüngster Zeit mehrfach Bedacht genommen sei, in der beantragten und vorgeschlagenen Weise verboten werde, und giebt der Versammlung anheim: zu einem derartigen Verbote die Zustimmung zu ertheilen.

Gegen die Verunreinigung der Winkel an den Pfeilern der Kirche würden, nach Ansicht des Stadt-Magistrats, zweckmäßiger die betreffenden allgemeinen Bestimmungen der in Aussicht stehenden neuen Straßen-Polizei-Ordnung zur Anwendung zu bringen sein.

Der Herr Vorsitzende, welcher über diese Angelegenheit, nach vorgängiger Berathung derselben in der Statuten-Commission, Vortrag macht, empfiehlt der Versammlung, zu dem Erlasse eines solchen Verbotes, das sich, wie sich von selbst verstehe, nicht auf den sogenannten Kirchenweg, welcher von dem Todtenwagen und dessen Gefolge eingeschlagen werde, aber auch, wie schon der Stadt-Magistrat in seinem Schreiben hervorgehoben habe, nicht auf dasjenige Fuhrwerk beziehen könne, welches zu den unmittelbar an dem Kirchhofe belegenen Häusern gelangen müsse, die Zustimmung zu erteilen, im Uebrigen aber wegen der beantragter Maßen einem speciellen Verbote mit zu unterstellenden Verunreinigung der Winkel an der Kirche der Ansicht des Stadt-Magistrats sich anzuschließen.

Die Versammlung erklärt durch Beschluß ihr Einverständniß mit diesem Commissions-Antrage und sonach mit dem, unter Androhung einer Strafe von einem Thaler, durch Warnungstafeln bekannt zu machenden Verbote des Befahrens des Catharinen-Kirchhofes mit Wagen oder Karren.

III. Namens der Baudeputation berichtet Herr Rischbieter über den Inhalt eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 12. d. Mts.

Nachdem die Restauration des großen Saales in dem Neustadt-Rathhause, in welchem insbesondere die Sitzungen der Stadt-Verordneten abgehalten werden, vollendet ist, handelt es sich um die Anschaffung eines der Localität entsprechenden Mobiliars und einiger sonstiger Einrichtungen. In dieser Beziehung sind von dem Stadtbau-meister Vorschläge gemacht und Zeichnungen vorgelegt und würde nach demselben ein weiterer Kostenaufwand von überhaupt 550 \mathfrak{P} erforderlich werden.

Der Antrag des Stadt-Magistrats:

die Versammlung wolle sich mit dem Plane des Stadtbaumeisters im Allgemeinen einverstanden erklären, die obige Kostensumme bewilligen und die Baudeputation beauftragen, gemeinschaftlich mit dem Stadtbaumeister das Specielle des auszuführenden Planes mit dem Stadtbaumeister zu verabreden und festzustellen, empfiehlt die Baudeputation der Versammlung zur Annahme.

Von Herrn Lissebon wird dieser Antrag dringend befürwortet, da für den jetzt sehr schön hergestellten Saal auch noch eine weitere, mit dem Ganzen übereinstimmende, innere Einrichtung zur wirklichen Benutzung dieser Localitäten nothwendig sei, und nachdem auf eine desfallsige Anfrage des Herrn Röpcke von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari und dem Herrn Vorsitzenden bemerkt worden, daß der Saal auch noch bei anderen Veranlassungen, so zu den Versammlungen des Gewerberaths und in ähnlichen Gemeindeangelegenheiten, wie bisher, werde benutzt werden, spricht die Versammlung durch Beschluß:

ihre Zustimmung zu dem Antrage des Stadt-Magistrats in allen Punkten unter Bewilligung des angeforderten Kostenbetrages von 550 \mathfrak{P} aus.

IV. Der Herr Vorsitzende erstattet Namens der Statuten-Commission, auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 14. d. Mts., der Versammlung

Bericht über den Verlauf des gegen die Pichardt'schen Erben in Göttingen begonnenen Processess:

Wie aus der Vorverhandlung in der Sitzung der Stadtverordneten vom 9. Novbr. v. J. noch erinnerlich sein werde, sei außer andern Wohlthätigkeits-Anstalten in den Städten Holzminden, Helmstedt und Göttingen auch die hiesige Armen-Anstalt in einem Testamente des zu Göttingen verstorbenen Dr. med. Pichardt bedacht und da die Pichardt'schen Erben diese Bestimmungen ihres Erblassers zu umgehen gesucht hätten, eine Processführung beschlossen. Nach eingeleitetem Rechtsstreite sei von den Pichardt'schen Erben ein Vergleichs-Vorschlag gemacht, dem gemäß diese sich erböten, den im Testamente bedachten Anstalten eine Summe von je 650 fl zu zahlen und die bisher erwachsenen Processkosten zu übernehmen. Dieser Vergleich sei von dem Vertreter der Anstalten in dem obschwebenden Process zur Annahme empfohlen und auch von den städtischen Behörden in Holzminden und Göttingen bereits angenommen. Gleichwie der Stadt-Magistrat für die Annahme des Vergleichs sich ausgesprochen, so glaube auch die Commission, da der Ausgang des Rechtsstreits immerhin doch zweifelhaft bleibe, im günstigsten Falle eine Summe von etwa 1000—1100 fl zu gewinnen sein würde, und eine etwaige Kostencompensation den erstrittenen Gewinn noch schmälern könnte, der Versammlung anheim geben zu dürfen:

zu der Annahme des proponirten Vergleichs die Zustimmung zu ertheilen. Durch Beschluß der Versammlung wird die Zustimmung erklärt.

V. In einem Schreiben vom 12. d. Mts., hat der Stadt-Magistrat unter Bezugnahme auf die früheren Verhandlungen in dieser Versammlung, insbesondere in der Sitzung am 15. Juni v. J., über die beabsichtigte neue Bezeichnung der Straßen und Häuser in hiesiger Stadt seine Ansichten und Vorschläge vorgelegt. Diese Angelegenheit ist von der Statuten-Commission in weitere Verabhandlung genommen und theilt das Resultat derselben der Herr Vorsitzende der Versammlung mit.

Nach Inhalt des vorgedachten Schreibens hat die Herzogl. Polizei-Direction mit einer neuen Bezeichnung der Häuser und Straßen sich einverstanden erklärt und auch das Herzogl. Finanz-Collegium, rücksichtlich der Landes-Brandversicherungs-Anstalt, nichts gegen eine solche Maßregel erinnert, wogegen Herzogl. Stadtgericht gewünscht hat, es möge dieses Vorhaben bis zu einer anderweiten Einrichtung der Hypothekenbücher für die hiesige Stadt verschoben bleiben. Da sich aber die neue Ordnung des Hypothekenwesens noch lange verzögern könnte und durch einstweilige Beibehaltung der Brandversicherungs- und Hypotheken-Nummern, neben den neuen Häuser-Nummern, die vom Herzogl. Stadtgerichte erhobenen Bedenken erledigt werden, da ferner die Herzogl. Polizei-Direction mit Grund auf ein weiteres Vorgehen in dieser Angelegenheit drängt, indem viele Straßenschilder fehlen oder einer Erneuerung bedürfen, so stimmt die Commission mit dem Stadt-Magistrate darin überein, daß schon jetzt die Grundsätze festgestellt wurden; nach welchen bei der neuen Bezeichnung der Straßen und Häuser zu verfahren sein werde.

Diese Ansicht wird auch von der Versammlung gebilligt und es werden, nach den weiteren durch den Commissionsbericht über die Propositionen des Stadt-Magistrats veranlaßten Verhandlungen, folgende allgemeine Grundsätze zum Beschlusse erhoben:

- 1) Mit der Anschaffung neuer Straßenschilder wird eine anderweite Nummeri-

rung der einzelnen Häuser verbunden, und zwar so, daß in einer jeden Straße und Zweite, auch an den Promenaden, sowie auf jedem öffentlichen Platze, die Nummerierung mit »eins« beginnt und mit der Zahl der dort befindlichen Häuser abschließt.

2) Die Zählung fängt an dem einen Ende der Straße *ic.* an, und wird in ununterbrochener Nummernfolge auf der einen Seite der Straße fortgeführt, am entgegengesetzten Ende auf die andere Seite übertragen und mit dem letzten, dem Anfangspunkte gegenüberliegenden Hause beendet.

3) An jeder Ecke einer Straße *ic.* wird, außer der Straßenbenennung, auch die Folge der Nummern bezeichnet, welche auf jeder Seite einer Straße sich befinden.

4) Die Schilder, auf welchen die Namen der Straßen, sowie die Nummern der Häuser verzeichnet sein sollen, werden von starkem Blech gemacht, gelblich-weiß lackirt und mit deutscher Schrift und deutschen Zahlen in schwarzer Farbe versehen.

5) Die an den Straßen- *ic.* Ecken anzubringenden Schilder werden auf Kosten der Stadtcasse angeschafft; die Nummerntafeln für jedes einzelne Haus werden, der Gleichmäßigkeit wegen, von dem Stadt-Magistrate in Bestellung gegeben und besorgt und den Hauseigenthümern zu dem Kostenpreise überlassen.

6) Mit einer solchen neuen Bezeichnung der Straßen *ic.* und Häuser soll begonnen werden, sobald der Plan festgestellt und die Ausführung desselben genehmigt sein wird.

Die statutarischen Bestimmungen, welche vom Stadt-Magistrate vorgelegt sind, sollen die strenge Durchführung dieser Grundsätze für alle Zeit regeln und sichern.

Vor der speciellen Berathung des Statut-Entwurfes wird es der Commission vorbehalten, wegen der endlichen Redaction des Statuts mit dem Stadt-Magistrate Vereinbarung zu treffen.

In der Einleitung ist ausdrücklich bemerkt worden, daß die Brandversicherungs-Nummern der Häuser beibehalten werden sollen neben den neuen Häusernummern; die Commission beantragt und die Versammlung beschließt, daß diese Bestimmung für den Fall, daß später etwa die neuen Häusernummern zugleich als Brandversicherungs-Nummern würden angenommen werden, dahin erläutert werde, daß die Beibehaltung der jetzigen Brandversicherungs-Nummern »bis auf Weiteres« für nothwendig gehalten werden müßte.

Der §. 1 bestimmt, daß die Bezeichnung der Straßen und Plätze der Stadt, so wie der einzelnen Theile der Wallpromenaden durch Anschläge an den Ecken der Straßen *ic.* auf Kosten der Stadtcasse geschehen solle.

Durch §. 2 wird ein jeder Hausbesitzer verpflichtet zu dulden, daß an seinem Hause ein Schild zur Bezeichnung der Straßen *ic.* befestigt werde; eine desfallige Weigerung soll mit einer Strafe von 3 fl belegt sein.

Gegen die letzere Bestimmung dieses Paragraphen wendet Herr Röpké ein, daß die Androhung einer solchen Strafe wohl überflüssig sein möchte, da das Anschlagen der Schilder an die Häuser auf Anordnung des Stadt-Magistrats, auch ungeachtet etwaiger Einreden und Weigerungen, sofort durchgesetzt werden könne und eigentliche Widersehligkeiten nach dem Criminalgesetzbuche ihre Bestrafung finden würden.

Herr Overbürgermeister Caspari hält gleichwohl jene Strafandrohung für angemessen, um die Ausführung der Anordnungen des Stadt-Magistrats von vorn herein ohne Umstände und Weitläufigkeiten zu sichern.

Die §§. 1 und 2 werden, dem Entwurfe entsprechend, durch Beschluß der Versammlung angenommen.

Der §. 3 legt den betreffenden Hauseigenthümern die Kosten der Bezeichnung ihrer Häuser nach Ordnungs- und Brandversicherungs-Nummern auf, im §. 4 ist verfügt, daß die desfalligen Nummerntafeln gegen den Kostenpreis auf dem Stadthause ausgegeben und von dort bezogen werden müssen; durch den §. 5 ist jeder Hauseigenthümer verpflichtet, sein Haus binnen einer zu bestimmenden Frist mit einer neuen Ordnungs- oder Brandversicherungs-Nummer zu versehen; die Versäumung dieser Frist soll eine Ordnungsstrafe von 1 R zur Folge haben und dem Stadt-Magistrate das Recht geben, den Anschlag jener Nummern auf Kosten der Hauseigenthümer zu bewirken, die gleich der Ordnungsstrafe executivisch einzuziehen sind.

Die Commission giebt anheim, ob nicht überhaupt die Befestigung der Nummerntafeln an den Häusern dem Stadt-Magistrate zur Besorgung in die Hand gegeben werden solle, zumal auf diesem Wege die Kosten nicht so hoch sich belaufen würden, als wenn jeder einzelne Hausbesitzer das Anschlagen für sich übernehmen müßte.

Die Herren Häusler und Helfft unterstützen diesen Antrag, indem sie meinen, daß nur dadurch und in der Art und Weise der Befestigung der Tafeln und in der zu wählenden Stelle, an welcher insbesondere die neuen Ordnungs-Nummern zu befestigen wären, eine wünschenswerthe, ja nothwendige Gleichmäßigkeit herbeigeführt werden könne.

Herr Aronheim will den statutarischen Bestimmungen noch die Ausdehnung gegeben wissen, daß die Befestigung der Nummerntafeln an den Häusern nicht bloß zur Zeit, wo es sich um die Einführung dieser neuen Einrichtung handle, sondern auch für die Zukunft im Falle der etwa erforderlichen Erneuerung der vorhandenen oder vorhanden gewesenenen Nummerntafeln unmittelbar durch den Stadt-Magistrat besorgt werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, daß die Anwendbarkeit und Wirksamkeit des vorgelegten Statut-Entwurfs nicht bloß für die nächste Folgezeit, sondern auch für die fernere Zukunft berechnet sei, daß übrigens auch der Stadt-Magistrat nichts dagegen zu erinnern haben werde, wenn demselben die Anbringung der Nummerntafeln bei der ersten Einrichtung und im Falle der spätern Erneuerung zur unmittelbaren Besorgung übertragen würde.

Von Seiten des Herrn Nieß wird bei dieser Gelegenheit noch vorgeschlagen, es möchten die neuen Ordnungs-Nummern und die Brandversicherungs-Nummern auf eine Tafel gesetzt werden, und zwar so, daß die ersteren in etwas größeren Zahlen den obern Raum, die zweiten in kleineren Zahlen, vielleicht durch einen Strich von jenen getrennt, den untern Raum einnehmen, weil es insbesondere Irrungen veranlassen könnte, wenn zwei verschiedene Nummerntafeln an einem Hause sich befänden.

Gegen diesen Vorschlag äußert sich Herr Oberbürgermeister Caspari, gestützt darauf, daß in Zukunft vielleicht die neue Ordnungsnummer auch zur Bezeichnung der Häuser in den Hypothekenbüchern und den Brandversicherungs-Catastern gebraucht, in solchem Falle die zweite, besondere Nummer ganz beseitigt werden könnte und mithin die Anschaffung oder Veränderung der Nummerntafeln vertheuert werden würde, wenn jetzt zwei Nummern auf eine Tafel gebracht und später wieder die zweite Nummer gelöscht werden müßte, während die zwei verschiedenen Nummerntafeln an verschiedenen Stellen am Hause angebracht werden könnten, ohne daß dem äußern Ansehen geschadet oder zu Irrungen Veranlassung gegeben würde.

Herr Fabricius endlich meint, daß die Anbringung der Hypotheken- und

Brandversicherungs-Nummern wohl den einzelnen Hauseigenthümern überlassen werden dürfe.

Von der Versammlung wird die Annahme der §§. 3 bis 5 des Entwurfs mit der Modification und nähern Erläuterung beschlossen:

daß nicht bloß bei der ersten Einführung der statutarisch bestimmten neuen Bezeichnung der Häuser, sondern auch bei jeder spätern Erneuerung der Nummerntafeln die Anbringung der letzteren der unmittelbaren Anordnung des Stadt-Magistrats übertragen sein und bleiben solle.

Der letzte Paragraph — §. 6 — setzt eine Strafe von 1—3 $\text{R} \text{d} \text{p} \text{d} \text{e}$ oder verhältnißmäßige Gefängnißstrafe, welche auch für die im §. 2 angedrohte Strafe eventuell eintreten soll, auf die Beschädigung der zur Bezeichnung einer Straße u. oder eines Hauses dienenden Tafeln.

Diese Bestimmung wird von der Versammlung mit der Beschränkung auf »absichtliche« Beschädigungen jener Art unter dem Vorbehalte angenommen, daß nicht schon in die nächstens erscheinende Straßenpolizei-Ordnung oder in das Polizeistrafgesetzbuch eine gleiche Bestimmung aufgenommen sein werde.

VI. Ein von dem Herrn Vorsitzenden mitgetheiltes Schreiben des Stadt-Magistrats bezieht sich auf die schon zur Berathung gestandene Feuerpolizei-Ordnung für die hiesige Stadt. Mit der Publication dieses Statuts ist von dem Stadt-Magistrate einstweilen Anstand genommen, weil inzwischen von der Herzogl. Landes-Regierung der Landesabgeordneten-Versammlung der Entwurf eines Polizei-Strafgesetzbuches vorgelegt worden, welcher manche Bestimmungen enthält, die in der neuen Feuerpolizei-Ordnung sich finden. Insoweit unter die Bestimmungen des bald erscheinenden Polizei-Strafgesetzbuches allgemeine für das ganze Land gültige feuerpolizeiliche Anordnungen und Verbote aufgenommen sind, ist es nach Ansicht des Stadt-Magistrats zweckmäßig und erforderlich, die ähnlichen Vorschriften aus der Feuerpolizei-Ordnung für die hiesige Stadt zu entfernen und in dieser Beziehung auf das Polizei-Strafgesetzbuch zu verweisen. Die hier einschlagenden Bestimmungen der Feuerpolizei-Ordnung sind von dem Stadt-Magistrate einzeln aufgeführt und ist dabei zugleich auf das Polizei-Strafgesetzbuch verwiesen. In Folge der Weglassung jener Bestimmungen würde in dem §. 61 der Feuerpolizei-Ordnung unter einer Rubrik: »allgemeine Vorschriften wegen unvorsichtigen Gebrauchs von Feuer und Licht« ausdrücklich hervorzuheben sein, daß in dieser Beziehung das Polizei-Strafgesetzbuch zur Anwendung komme. Nur die specielleren und umfassenderen Vorschriften in den §§. 58 und 59 der Polizei-Ordnung wegen des Reinigens der Schornsteine, die gerade für die hiesige Stadt besonders wünschenswerth und rathsam erscheinen, sollten nach dem Dafürhalten des Stadt-Magistrats in jener Ordnung unverändert beibehalten werden.

Namens der Statuten-Commission trägt der Herr Vorsitzende darauf an:

die Versammlung möge sich mit den von dem Stadt-Magistrate in seinem Schreiben proponirten Aenderungen der Feuerpolizei-Ordnung einverstanden erklären.

Ein gegen die Weglassung der betreffenden Strafbestimmungen aus der Feuerpolizei-Ordnung für die hiesige Stadt Seitens des Herrn Rö p d e erhobenes Bedenken, daß die Vollständigkeit des Statuts darunter leiden könnte, läßt Herr Rö p d e selbst fallen, nachdem von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari und dem Herrn Vor-

7
sitzenden näher erläutert worden, daß der Zweck der wegelassenen Bestimmungen, auch bei der jetzigen Fassung des Statuts vollständig gesichert bleibe.

Die Versammlung spricht das von ihrer Commission beantragte Einverständnis aus.

VII. Laut eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 12. d. Mts. hat das Directorium des Waisenhauses B. M. V. hieselbst bei Herzogl. Consistorium darauf angetragen, daß dem Garnisonsschul- und Seminar-Inspector Sattler, allhier, für die 2½ jährige Besorgung der Geschäfte eines Schul-Directors eine angemessene Remuneration zu Theil werde. Als Betrag ist eine Summe von jährlich 250 ₰ in Vorschlag gebracht, welche zu ⅔ auf die Waisenhaus-Casse, zu ⅔ auf die Stadt-Casse und zu ⅓ auf den Klosterfonds übernommen werden sollte. Das Herzogl. Consistorium hat diesem Antrage im Uebrigen seine Zustimmung nicht versagt, da der Sattler der Besorgung der Directorial-Geschäfte in anerkannter Weise genügt habe, jedoch die Verwilligung eines Beitrages aus dem Klosterfonds abgelehnt, weil demselben auf Kosten dieses Fonds während seiner Function als Director eine entsprechende Erleichterung in seinen sonstigen amtlichen Geschäften zugestanden sei. Die Berücksichtigung der Anforderung, welche von dem Directorium des Waisenhauses an die Stadt-Casse gemacht werde, hält der Stadt-Magistrat für gerecht und billig, da der Sattler eine nicht unbedeutende, mit seinem eigentlichen Dienste in keiner Verbindung stehende Geschäftslast getragen und dem städtischen Schulwesen, insbesondere den Freischulen eine fortgesetzte sorgfältige und segensreiche Aufmerksamkeit gewidmet habe. Die dem Sattler danach Seitens der Stadt zu zahlende Remuneration würde im Ganzen auf 250 ₰ sich belaufen und giebt der Stadt-Magistrat anheim:

diese Summe aus der Stadt-Casse zu dem angegebenen Zwecke zu verwilligen.

In Uebereinstimmung mit dem empfehlenden Antrage ihrer Commission durch den Referenten, Herrn Grottrian, verwilligt die Versammlung die vorgedachte Remuneration.

Nach Erledigung dieser Angelegenheiten wird unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung die heutige von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N^o 7.

Sitzung am 31. Mai 1855.

1855.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Bieweg, Uhde, Kahler, Denecke, Grottrian und Warrentropp wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Ohne Entschuldigung abwesend ist Herr Böbbeke.

Das Protokoll über die letzte Sitzung am 24. d. Mts. wird von dem Protokollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Zunächst auf der Tagesordnung steht die Berathung über mehrer vorliegende Gesuche, welche sich auf die Erlangung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt beziehen; die Berathung findet in nicht öffentlicher Sitzung statt.

Sodann berichtet, Namens der Bau-Deputation Herr Graß über ein von dem

Stadt-Magistrate mittelst Schreibens vom 29. d. M., mitgetheiltes Gesuch des Brauers Thies hieselbst, um Ueberlassung eines geringen Flächenraums von der Mauernstraße behuf des Neubaus des an dieser Straße belegenen Hauses *N* ass. 1749. Dem Thies'schen Gesuche ist eine Zeichnung beigelegt und auf derselben die Linie gezogen, bis zu welcher der Neubau in den Raum der Mauernstraße hineingerückt werden sollte. Durch diese Linie würde nun aber nach Ansicht des Stadt-Magistrats von dem Straßenraume mehr hinweggenommen werden, als nöthig und mit dem vor Allem zu berücksichtigenden Streben, der Mauernstraße die möglichste Breite zu erhalten und zu verschaffen, vereinbar wäre. Gleichwohl hält es der Stadt-Magistrat ohne Verminderung der Straßenbreite für zulässig und, um den Neubau in eine den nebenliegenden Häusern entsprechende Linie eintreten zu lassen, für angemessen, daß dem Wunsche des Thies in so weit nachgegeben werde, daß denselben gestattet würde:

von der nördlichen Ecke des Nachbarhauses sub *N* 1748 ab in gerader Linie zu bauen bis zu der südlichen Ecke des Nachbarhauses sub *N* 1750.

Der hierauf gestützte Antrag des Stadt-Magistrats:

dem Thies für den beabsichtigten Neubau den sehr unbedeutenden Theil von dem Straßenraume, welcher durch die letztgedachte Linie abgeschnitten würde, unentgeltlich zu überlassen,

wird von der Baudeputation der Versammlung zur Annahme empfohlen.

Herr Häusler wünscht, daß bei derartigen Bauten zum Zwecke der thunlichsten Geradelegung der Straßen nicht bloß auf die Linie, welche durch die anliegenden Häuser gebildet werde, sondern auf das Aligement der Straßen in ihrer ganzen Länge Rücksicht genommen und dieser Grundsatz auch bei dem Neubau des Thies'schen Hauses zur Anwendung gebracht werde.

Herr Steinmeyer ist der Meinung, daß eine solche Geradelegung der Straßen in hiesiger Stadt nicht durchführbar, aber auch nicht wünschenswerth sei, weil schnurgrade Straßen keinen angenehmen Eindruck machen würden.

Auf die Bemerkung des Herrn Overbürgermeisters Caspari, daß die von dem Herrn Häusler angeregte Frage bei der demnächstigen Berathung der Baupolizei-Ordnung ihre weitere Erörterung finden könne, im vorliegenden Falle aber von untergeordneter Bedeutung erscheine, behält sich Herr Häusler vor, seinen beabsichtigten Antrag bei der Berathung der Baupolizei-Ordnung wieder aufzunehmen und näher zu motiviren.

Schließlich vereinigt sich die Versammlung, auf Antrag der Herrn Häusler und Tüdel zu dem Beschlusse:

daß dem Thies zu seinem Neubau von dem Straßenraume so viel und in der Maße unentgeltlich überlassen werde, als nach dem auf das noch einzufordernde Gutachten des Stadt-Baumeisters gestützten Ermessen des Stadt-Magistrats zulässig erscheinen würde.

Nach Erledigung dieser Angelegenheiten wird die heutige Sitzung, unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 21. Juni 1855.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protokoll über die letzte Sitzung am 31. v. Mts. wird von dem Protokollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Jüdel, Fabricius, Denecke, Rischbieter, Nieß, Warentrapp, Kronheim, Köpcke und Bieweg wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

I. Unter Bezugnahme auf die früheren Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung, insbesondere in der Sitzung am 27. April v. J., die Regelung des Handels mit Brennholz und Torf in hiesiger Stadt betreffend, ist von dem Stadt-Magistrate mittelst Schreibens vom 23. Mai v. J. ein Statut-Entwurf über den Verkauf von Brennholz, Wafen und Torf in hiesiger Stadt unter Beifügung einer Instruction für den Holzmesser vorgelegt.

Nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden Desterreich, Namens der für den vorliegenden Zweck durch einige andere Mitglieder der Versammlung vergrößerten Statuten-Commission, sind inhalts des Schreibens des Stadt-Magistrats in den Statut-Entwurf die früheren in dieser Versammlung berathenen und festgestellten Grundsätze, mit nur wenigen Modificationen, aufgenommen. Zwar kommt der Stadt-Magistrat in seinem Schreiben auf die seinerseits früher ausgesprochenen Bedenken gegen die Durchführung einzelner Bestimmungen zurück, hat es aber nicht für angemessen gehalten, in dieser Angelegenheit der Ansicht so vieler, mit den Verhältnissen in der hiesigen Stadt genau bekannter, einsichtsvoller Männer zu widerstreben.

Unter Vorbehalt der weiteren Vereinbarung der Statuten-Commission mit dem Stadt-Magistrate über die definitive Fassung des Statuts erhalten die einzelnen Vorschriften desselben nach vorgängiger wiederholter Prüfung die Zustimmung der Versammlung.

Die Ueberschrift und der Eingang des Statuts geben zu weiteren Verhandlungen keine Veranlassung.

In dem §. 1 des Statuts sind zur Lösung von Holzzetteln, auf welchen die Menge des geladenen Holzes, nach der gesetzlichen Maltermasse von 80 Cubikfüßen, und die Holzsorten vermerkt sein sollen, auf diejenigen Personen beschränkt, welche Holz zum feilen Verkaufe in die hiesige Stadt einführen. Obwohl diese Beschränkung dem frühern, jedoch mit nur geringer Stimmenmehrheit gefassten Beschlusse dieser Versammlung nicht entspricht, so glaubt doch die Commission die also modificirte Bestimmung der Versammlung zur Annahme empfehlen zu müssen; die Annahme wird dadurch erklärt, daß von keiner Seite ein Widerspruch dagegen erhoben wird.

Zu dem §. 1 wird auf Anregung des Herrn Graß, der bestimmt zu sehen wünscht, in welcher Art die Holzmenge anzugeben sei, ob in Theilen der Maltermasse oder überhaupt nur nach Cubikfüßen, der Zusatz beschlossen, daß die Angabe der Brennholzquantitäten in ganzen, halben oder Viertel-Maltern zu machen sei.

Diese Holzzettel sind nach §. 2. auf Verlangen dem Käufer, den Marktmeistern und Polizei-Beamten vorzuzeigen; ist der Verkäufer dazu nicht im Stande, so verfällt er in eine Strafe von 12 ggr.

§. 3. Nur an dem Tage, an welchem die Holzzettel ausgestellt sind, haben dieselben Gültigkeit; die Vorzeigung eines Zettels von einem früheren Datum wird, wenn nicht nach den bestehenden Gesetzen eine härtere Strafe dadurch verwirkt ist, gleichfalls mit einer Strafe von 12 ggr. geahndet; — die eingeschaltete Bezugnahme auf andere Gesetze ist in Folge eines Antrages des Herrn Grotzian hinzugefügt.

Der Käufer bleibt nach §. 4 immer befugt, das Holz durch einen beeidigten Holzmesser nachmessen zu lassen und hat das Ergebniß dieser Nachmessung für beide Theile volle beweisende und verbindliche Kraft.

Für das Nachmessen — §. 5. — erhält der Holzmesser eine Vergütung von 4 ggr. bei einer Quantität von zwei Maltern und weniger und für jedes fernere Malter 2 ggr. mehr; diese Vergütung zahlt der Käufer, der dem Holzmesser überhaupt zunächst verhaftet ist, wenn es sich herausgestellt hat, daß der Verkäufer soviel Holz mit sich führt, wie auf dem Holzzettel angegeben ist, anderenfalls der Verkäufer.

Der Letztere, §. 6, muß sich in solchem Falle einen verhältnißmäßigen Abzug am Kaufpreise gefallen lassen, verfällt außerdem aber noch in eine Strafe von 1 \mathfrak{R} , wenn die Differenz bei einem Malter 10 Procent, d. h. 8 Cubikfüße, oder mehr beträgt.

Wegen einer Verschiedenheit in den Angaben und in dem Befunde der Holzarten oder der einzelnen Quantitäten der letzteren, §. 7., erleidet der Verkäufer eine Strafe von 12 ggr., wenn insbesondere in der Menge nur eine Differenz von 5 Procent, d. h. 4 Cubikfüßen, oder mehr sich ausweist, was schon durch die Angabe des beeidigten Holzmessers, des Marktmeisters oder eines Polizeibeamten festgestellt wird.

Nach §. 8 werden die zum feilen Verkaufe in die hiesige Stadt eingeführten Wasen nach der Stückzahl und der sonstigen augenscheinlichen Beschaffenheit verkauft.

Auf den an den Thoren zu lösenden Zetteln, §. 9, braucht deshalb nur die geladene Stückzahl der Wasen angegeben und bescheinigt zu werden.

Eine beim Nachzählen durch den Käufer sich ergebende Differenz soll nach §. 10 nicht bloß einen verhältnißmäßigen Abzug am Kaufgelde, sondern auch eine Strafe von 4 ggr. für jede Wase zur Folge haben.

Die Erinnerungen des Herrn Quenstedt gegen dieses im Vergleiche mit der zu

strafenden Differenz hinsichtlich des sonstigen Brennholzes für zu hoch gehaltene Strafmaß erledigen sich durch die Erläuterungen der Herren Graß, Lissebon und Oberbürgermeister Caspari, indem nämlich ein Irrthum auf Seiten des Verkäufers über die Zahl der von ihm geladenen Wasen nicht leicht möglich, eben so leicht jedenfalls zu vermeiden sei, während das Aufmaltern des Holzes, je nach der Art und Weise, wie solches geschehe, zu den verschiedenen Malen ein verschiedenes, abweichendes Resultat ergeben werde.

Torf soll in hiesige Stadt nach §. 11 nur eingeführt werden auf Wagen, welche 100, 200 oder 300 Cubikfuß Raum enthalten.

Die Wagen sollen in einer im §. 12 näher bestimmten Weise von dem hiesigen Aichamte geaicht sein, der Transport von Torf auf Wagen, die nicht solchergestalt geaicht sind, ist mit einer Strafe von 3 fl belegt.

Eine von dem Käufer verlangte Nachmessung, §. 13, erfolgt durch den beeidigten Holzmesser, der dafür eine Vergütung von 4 gg erhält, unter den im §. 5 angeführten Bedingungen.

Der Verkäufer von Torf, der seinen Wagen nicht gehörig voll geladen hat, muß sich nach §. 14 einen verhältnismäßigen Abzug vom Kaufgelde gefallen lassen und verfällt außerdem in eine Strafe von 1 fl ; die fehlende Menge wird eintretendenfalls von Herzogl. Polizei-Direction für beide Theile verbindlich festgestellt.

Für den Kleinverkauf von Torf sind im §. 15 geaichte Kiepen von $2\frac{1}{2}$ und 5 Cubikfuß Rauminhalt vorgeschrieben und der Gebrauch ungeaichter Kiepen ist, unter Vorbehalt der gesetzlich eintretenden Strafen, bei einer Ordnungsstrafe von 8 gg verboten.

Zum Abladen darf der Torfverkäufer, §. 16, seinerseits nur solche Personen zuziehen, welche von Herzogl. Polizei-Direction zu diesem Geschäfte zugelassen und mit einem Erlaubnißscheine dieser Behörde, auch einer sichtbar an der Kleidung zu tragenden Nummer versehen sind, für jede nicht auf solche Weise legitimirte Person verfällt der Verkäufer in eine Strafe von 8 gg , die nicht legitimirte Person selbst kann von dem Käufer, dem Marktmeister oder einem Polizeibeamten weggewiesen werden und hat keinen Anspruch auf Vergütung für ihre Dienstleistungen, sogar nicht dem Verkäufer gegenüber.

Mischt sich der Torfabträger, §. 17, in den Handel, so wird ihm seine Legitimation genommen und verfällt derselbe außerdem in eine Strafe von 8 gg .

In den §§. 18–22 sind allgemeine Bestimmungen über die Aufrechthaltung und Durchführung dieses Statuts, über die Sicherung der verbüßten Strafgebühren, über die Untersuchung der begangenen Contraventionen, über die executivische Einziehung der Vergütungen für den Holzmesser und über die fortdauernde Giltigkeit der ältern auf den Verkehr mit Holz und Wasen sich beziehenden Verordnungen gegeben.

In der Instruction für den Holzmesser ist diesem unter Andern aufgegeben, auf Verlangen baldmöglichst an Ort und Stelle zu erscheinen und zu diesem Zwecke jederzeit in seinem Hause Nachricht über seinen Aufenthalt zurückzulassen.

Herr Helfft ist der Meinung, daß der Holzmesser verpflichtet sein müsse, wenigstens während der Marktzeit auf dem Marktplatze anwesend zu sein, weil es doch eigentlicher zu weitausföhrig sei, denselben aus seiner Wohnung oder von anderswoher erst herbeizuholen.

Herr Oberbürgermeister Caspari wendet dagegen ein, daß eine solche Verpflichtung

tung eine förmliche Anstellung bedingen würde und dazu nicht zu rathen und zu schreiten nicht erforderlich sei, indem es stets zu ungewiß sei, wann einmal ein Holzmesser gebraucht werde, weshalb die Bestimmungen in der Instruction immerhin genügen möchten.

Nach einer fernern Vorschrift der Instruction soll der Holzmesser, wenn die Ladung aus verschiedenen Holzsorten besteht, diese auf Verlangen des Käufers sondern und jede für sich nach der Maltermasse feststellen.

Die Commission hält dafür, daß dies nicht nothwendig sei, wenn der Handel über »melirtes Holz« abgeschlossen worden.

Endlich wird noch auf eine Anfrage des Herrn Häusler die Bestimmung der Instruction, durch welche dem Holzmesser aufgegeben wird, die ihm übergebenen »Maßstäbe« in gutem Stande zu erhalten u., von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari dahin erläutert, daß diese Vorschrift sich auf das Geschirr zum Nachmessen sowohl der Vorladungen als des Holzes beziehe und zum bessern Verständnisse vielleicht das Wort »Meßgeräthe« gebraucht werden könne; soviel die geachteten Kiepen betrifft, deren Erwähnung Herr Halle an dieser Stelle vermißt, so müssen diese von dem Verkäufer gehalten werden.

Im Uebrigen wird der Inhalt der Instruction von der Versammlung gebilligt.

II. Auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 31. v. Mts., handelt es sich um die weitere Verfügung über das der hiesigen Stadt zugehörige Haus *N* ass. 2828 am großen Marstalle.

Nach dem Referate des Herrn Grotrian, Namens der Finanz-Commission, wird dieses Haus gegen ein jährliches Mietgeld von 22 \mathfrak{g} mit vierteljähriger Kündigung von dem Armenboten Reitemeyer bewohnt und läuft der desfallige Contract mit Michaelis d. J. ab. Es ist schon lange die Absicht gewesen, dieses Haus zu verkaufen; doch ist der Verkauf bis dahin hinausgeschoben, daß das daneben gelegene, der hiesigen Stadt ebenfalls zugehörige und einstweilen noch dem Gerichtsbienner Müller als Dienstwohnung zugewiesene Haus *N* ass. 2829 der hiesigen Stadt zur Verfügung gestellt sein würde, um alsdann beide Häuser zusammen verkaufen zu können.

Mit der fernern mietweisen Ueberlassung des erstern Hauses an den Reitemeyer unter den bisherigen Bedingungen erklärt sich die Commission einverstanden und beschließt die Versammlung auf den etwas weiter gehenden Vorschlag des Herrn Oberbürgermeister Caspari:

zu solcher Mietverlängerung bis überhaupt zu der verfügbaren Veräußerung auch des Hauses *N* ass. 2829 die Zustimmung zu ertheilen.

III. In einem von dem Referenten der Baudeputation, Herrn Graß, verlesenen Schreiben vom 15. d. Mts., äußert sich der Stadt-Magistrat über die in diesem Jahre vorzunehmende Neupflasterung in hiesiger Stadt.

Nach dem auf den Grund des Reglements vom 12. August 1851 zwischen dem Stadt-Magistrate und der Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Uebereinkommen wurden in diesem Jahre der Werder und der Rätghenhagen neu zu pflastern sein. Zum Zwecke der Neupflasterung in hiesiger Stadt sind jährlich 3000 \mathfrak{g} ausgesetzt; da aber sehr viele Straßen der Neupflasterung bedürfen, und es darauf ankommt, die zu Gebote stehenden Mittel zunächst an der Stelle zu verwenden, wo es am meisten Noth thut, und mit denselben zugleich möglichst viel auszurichten, so ist von dem Stadt-Magistrate und der Herzogl. Bau-Direction die Aenderung in der Reihenfolge

der neu zu pflasternden Straßen in Erwägung gezogen und in Vorschlag gebracht, daß in diesem Jahre der Straßenzug vom Gewandhause bis zur Hutfiltern-Brücke neu und zwar mit Harzsteinen gepflastert, dagegen die Neupflasterung des Werders und des Râthgenhagens und zwar mit andern, insbesondere von jenem Straßenzuge genommenen, zuvor jedoch gehörig aptirten Steinen im nächsten Jahre ausgeführt werde.

Der hierauf gestützte Antrag des Stadt-Magistrats:

die Versammlung möge beschließen, daß in diesem Jahre die Neupflasterung des Werders und des Râthgenhagens ausgeführt und dagegen der Straßenzug vom Gewandhause bis zur Hutfilternbrücke neu gepflastert werde, wird noch dadurch motivirt, daß der lebhaftere Verkehr auf diesem Straßenzuge, insbesondere auch zur Meßzeit, es dringend wünschenswerth erscheinen lasse, gerade an dieser Stelle mit einer Neupflasterung möglichst bald vorzugehen, da es nun einmal nicht thunlich sei, die eben so sehr und fast noch mehr zu berücksichtigende Strecke über die Gildenstraße, den westlichen Theil der Südstraße und die Knochenhauerstraße augenblicklich in Angriff zu nehmen, weil die beabsichtigte Verbreiterung jenes Theils der Südstraße einstweilen noch hindernd in den Weg trete.

Die Commission giebt der Versammlung anheim, unter den obwaltenden Umständen mit dem obigen Antrage des Stadt-Magistrats sich einverstanden zu erklären, zumal alsdann auch wenigstens diese Neupflasterung mit dem Altstadtmarkte in Zusammenhang komme.

Herr Kahlert kann nicht dringend genug empfehlen, dem oben schon angeedeuteten Straßenzuge, vom Bahnhofe ab nach der Stadt hinein rücksichtlich einer Neupflasterung die ernsteste Aufmerksamkeit zu schenken, bescheidet sich aber, daß derselben zur Zeit noch das angegebene Hinderniß entgegenstehe.

Herr Oberbürgermeister Caspari erkennt an, daß die in dem Schreiben des Stadt-Magistrats und von dem Herrn Kahlert bezeichnete Straßenstrecke eine vorzugsweise Berücksichtigung verdiene, weist aber zugleich darauf hin, daß die Neupflasterung des Straßenzuges von dem Gewandhause bis zur Hutfilternbrücke auch noch in der Beziehung von wesentlicher Bedeutung sei, weil daselbst bereits ein Canal gelegt worden, dessen Wirksamkeit und Nützlichkeit erst nach geschehener Neupflasterung gehörig gewürdigt werden und alsdann Veranlassung geben könne, zu ermitteln, ob nicht auch an anderen Stellen in hiesiger Stadt eine gleiche Canalanlage von Erfolg und Nutzen sein werde.

Von mehren Seiten in der Versammlung wird bei dieser Gelegenheit noch die Bemerkung gemacht, daß bei den Ausbesserungen des Pflasters in mehren Straßen in einer Weise verfahren sei, die nicht ganz zweckmäßig und vortheilhaft erscheine, da bei der zum Theil sehr großen Ausdehnung dieser Ausbesserungen eine Neupflasterung mit einem nicht viel bedeutendern Kostenaufwande würde beschafft werden können, die Ausbesserungen selbst doch aber nur eine geringe Abhilfe gewährt hätten.

Im Uebrigen wird durch den Beschluß der Versammlung zu dem Antrage des Stadt-Magistrats die Zustimmung ausgesprochen.

Endlich macht der Herr Vorsitzende der Versammlung eine schriftliche Eingabe des Herrn Wieweg bekannt, in welcher derselbe bittet:

ihn von seinen Verpflichtungen als Stadtvorordneter zu entlassen.

Zur Begründung dieses Gesuchs wird von dem Herrn Vorsitzenden insbesondere hervorgehoben, daß die Thätigkeit des Herrn Wieweg durch dessen geschäftliche Ver-

hältnisse, zumal in Folge eines jüngst eingetretenen Todesfalles in der Familie, zur Zeit dergestalt in Anspruch genommen werde, daß es demselben in der That unmöglich sei, seinen Functionen als Stadtverordneter die bisherige Aufmerksamkeit und Theilnahme zu widmen. In diesen Gründen, welche der Herr Vorsitzende weiter entwickelt, findet derselbe, so leid es ihm auch thue, den Herrn Wieweg, der eine so lange Reihe von Jahren in der Stadtverordneten-Versammlung für die Interessen der hiesigen Stadt gestrebt und gewirkt habe, aus dieser Versammlung ausscheiden zu sehen, eine genügende Rechtfertigung dafür, demselben die nachgesuchte Entlassung zu gewähren. Gleichwohl werde Herr Wieweg, abgesehen von der ihm nach der revidirten Städte-Ordnung im Allgemeinen obliegenden Verpflichtung, gern bereit sein, auch außerhalb dieser Versammlung stehend, mit Rath und That, wenn solches von ihm gefordert würde, dem Interesse der hiesigen Stadt nützlich zu werden.

Herr Oberbürgermeister Caspari fügt noch die Bemerkung hinzu, daß nach den Äußerungen der betreffenden Aerzte der Gesundheits-Zustand des Herrn Wieweg dermaßen angegriffen sei, daß auch hierin ein entscheidendes Motiv für die Berücksichtigung und Annahme des Entlassungs-Gesuchs gefunden werden könne und müsse.

Außer den Herren Graß, Steinmeyer und Helfft, welche anerkennen, daß durch das Ausscheiden des Herrn Wieweg der Versammlung ein sehr nützlich, achtungswerthes Mitglied entzogen werde, ergreift auch Herr Uhde das Wort und hält es für eine Pflicht der Dankbarkeit Seitens der Versammlung, dem Herrn Wieweg in der Zuschrift über sein Entlassungs-Gesuch zu erkennen zu geben, daß ihn die Versammlung mit schmerzlichem Bedauern aus ihrer Mitte scheiden sehe. Eine solche Anerkennung erscheine geboten, da dem Herrn Wieweg eine lange Reihe von Verdiensten um die hiesige Stadt, deren Interesse er stets mit großer Liebe und regem Eifer zu fördern und zu verfolgen gesucht und durch seine Intelligenz und Schärfe der Auffassung, in welcher Beziehung derselbe unstreitig eins der begabtesten Mitglieder dieser Versammlung gewesen sei, zu vertreten gewußt habe, anzurechnen sei.

Nach diesen Verhandlungen beschließt die Versammlung:

die Annahme des Entlassungs-Gesuchs des Herrn Wieweg, und erklärt sich damit einverstanden, daß dem Herrn Wieweg dieser Beschluß, unter dem Ausdrücke des Bedauerns über sein Ausscheiden, mitgetheilt werde.

Von dem obigen Beschlusse, rücksichtlich der Annahme des Entlassungs-Gesuchs des Herrn Wieweg soll auch der Stadt-Magistrat in Kenntniß gesetzt werden, um die Wahl eines neuen Mitgliedes dieser Versammlung zu veranlassen.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich, unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

Der Herr Vorsitzende Desterreich eröffnet die Sitzung und wird das Protocoll der Sitzung vom 21. Juni verlesen und genehmigt.

Die Herren Helfft, Warrentropp und Kellner sind verreist, die Herren Aronheim und Köpcke durch dringende Geschäfte verhindert.

Herr G. Kloss, welcher erschienen war, entfernte sich nach Erscheinen der beschlußfähigen Anzahl ebenfalls wegen eines dringenden Geschäftes.

Bei der Abwesenheit des auf einer Reise befindlichen Herrn Stadtsecretairs Carsten's übernimmt Herr Häusler die Protocollführung.

Der Tagesordnung gemäß wird

I. zur Wahl zweier Mitglieder zur Assistentz im Militair-Aushebungstermine geschritten. Die Herren Rischbieter und Denecke werden mit 12 und 15 Stimmen erwählt. Die nächstmeisten (9) Stimmen erhält Herr Steinmeyer.

II. Herr Grotian berichtet Namens der Finanz-Commission über die von dem Stadt-Magistrate beantragte Prolongation zweier Pachtcontracte. Der eine bezieht sich auf ein zum Schulgebäude des westlichen Bezirks gehöriges Wiesenstück in der Größe von 1 Morgen 96 □ Ruthen, welches der Schafmeister Langemann für 12 fl jährlich in Pacht hat und auf fernere 6 Jahre zu demselben Pachtgelde in Pacht behalten will. Der andere Contract bezieht sich auf einen Keller unter dem Schulgebäude östlichen Bezirks, welcher für 4 fl jährlich an den Maurer und Obsthändler Gerecke vermiethet ist. Beide Contracte werden, der letztere auf 4 Jahre dem Antrage der Commission gemäß prolongirt.

III. Herr Grotian berichtet ferner über verschiedene vom Magistrate propozirte Verwilligungen von Beihilfen zu Auswanderungen.

IV. Der Herr Vorsitzende berichtet ferner über eine Proposition des Stadt-Magistrats, laut welcher nach dem Berichte des Stadtbaumeisters bei einer an dem Gebäude der Freischule auf der Leopoldstraße vorgenommenen Reparatur sich gezeigt hat, daß die Schwellen und Fußböden zum Theil in Folge von Schwammbildung verfault gewesen und daß deshalb eine Erneuerung dieser Theile mit einem Kostenaufwande von 192 fl 14 gr 1 q nöthig geworden ist.

Diese vom Stadt-Magistrate angeforderte Summe wird verwilligt.

V. An die Stelle des aus der Versammlung ausgeschiedenen Herrn Bieweg ist von der ersten Classe des zweiten Wahlbezirks der Kaufmann Herr Georg Wilhelm Bierbaum zum Stadtverordneten gewählt, derselbe hat indeß in einer Eingabe beantragt, ihn nach §. 24 der Städteordnung von der Uebernahme dieses Amtes zu dispensiren, da er ohne eine unverantwortliche Vernachlässigung seines Handelsgeschäftes, das ihn zu öftern größeren, wochenlangen Reisen und während seines Hierseins zu einer außerordentlichen und unausgesetzten Thätigkeit nöthige, den Geschäften eines Stadtverordneten nicht die Zeit und die Kräfte widmen könne, welche dadurch in Anspruch genommen würden.

Der Herr Vorsitzende, welcher über den Antrag berichtet, bemerkt dazu: die Städteordnung gehe von dem Grundsatz aus, daß ein jedes Gemeindemitglied verpflichtet sei, einen Theil seiner Zeit dem städtischen Gemeinwesen zu widmen, und setze zugleich

voraus, daß dazu auch ein jeder Bürger im Stande sei. Um indeß die mit einer absoluten Anwendung des Grundsatzes im einzelnen Falle möglicher Weise verbundenen Härten zu vermeiden, sei ausnahmsweise eine Dispensation von dieser Verpflichtung statuiert, wenn sie zu erheblichen Nachtheilen für den Gewählten führen würde. Die Versammlung werde daher zu entscheiden haben, ob der vorliegende Fall dergestalt ausnahmsweise sei. Er könne dieses nicht annehmen, da wenn der Gewählte auf Geschäftsreisen abwesend sei, oder wenn er wirklich dringende Geschäfte habe, darin eine genügende Entschuldigung begründet sei, regelmäßig aber diese Fälle nicht eintreten würden.

Die Herren Lüdecke und Nieß halten zwar die angeführten Gründe auch nicht für stichhaltig, erklären sich aber doch für Genehmigung der Ablehnung, da es für die Versammlung nur ein Nachtheil sein könne, wenn Jemand, der keine Lust zur Uebnahme des Amtes habe, dazu gezwungen werde.

Herr Fud el hält zwar die von Herrn Bierbaum hinsichtlich seines Geschäftes gemachte Angabe für richtig, indeß die Ablehnung dadurch nicht für gegründet, da ein jedes Mitglied der Versammlung seinen eigenen Geschäften mehr oder weniger Abbruch thun müsse.

Von Herrn Bierbaum sei übrigens nicht zu erwarten, daß, wenn sein Gesuch abgelehnt werde, er seine Pflichten als Mitglied der Versammlung nicht streng erfüllen werde.

Herr Fabricius wünscht zur Beurtheilung des Antrags nähere Auskunft über die Geschäftsthätigkeit des Herrn Bierbaum, will aber lieber keinen Zwang eintreten lassen, da dieses weder für die Versammlung von Nutzen sein, noch nach außen hin einen guten Eindruck machen werde.

Herr Ude weist darauf hin, daß es die Aufgabe der Versammlung nur sei, als Richterin über die Zulässigkeit der vorgebrachten Ablehnungsgründe nach Maßgabe des Gesetzes zu entscheiden. Sache der Wähler sei es, die Fähigkeit oder den guten Willen des zu Wählenden zu prüfen. Die Versammlung würde, wenn sie von jenem Gesichtspunkte abginge, in die Rechte der Wähler eingreifen. Uebrigens lehre die Erfahrung, daß auch diejenigen, welche vielleicht aus zu großer Bescheidenheit eine Dispensation von dem ihnen zugedachten Amte zu erlangen versucht hätten, dennoch, wenn ihre Ablehnung nicht genehmigt sei, sich ihrer Geschäfte mit Eifer und Pflichttreue annahmen.

Auch die Herren Lissebon und Wankelius sprechen sich, da auch sie die angeführten Gründe nicht für genügend halten, gegen die Genehmigung der Ablehnung aus.

Der Antrag des Herrn Lüdecke, dem Gesuche des Herrn Bierbaum zu willfahren, wird hiernach von der Versammlung fast einstimmig abgelehnt.

VI. Zum Schluß wird über verschiedene Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts beraten.

Der Herr Vorsitzende schließt nach Erledigung der Tagesordnung die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 6. September 1855.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protokoll über die letzte Sitzung am 17. v. Mts. wird von dem Protokollführer Herrn Häusler verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Helfft, Kellner, Köpcke, Graß und Bierbaum, welcher Letztere nach einer Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 3. d. M. nunmehr zur Uebernahme des Amtes eines Stadtverordneten sich bereit erklärt hat, wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Vor dem Uebergange zur angeordneten Tagesordnung erhält Herr Grotrian das Wort, um als Referent der Finanz-Commission über ein Schreiben vom 23. Juni d. J. Vortrag zu machen, in welchem der Stadt-Magistrat der Versammlung anheim giebt, dem bisherigen öffentlichen Nachtwächter, Wollarbeiter Heinrich Böhme hieselbst, eine jährliche lebenslängliche Unterstützung im Betrage von 6 fl aus der Stadtcasse zu bewilligen. Nach einer dem Stadt-Magistrate Seitens Herzogl. Polizei-Direction zugegangenen Benachrichtigung ist der Böhme jetzt 62 Jahre alt und seit dem Monate April 1840 als öffentlicher Nachtwächter im Dienste, dergestalt körperlich schwach und fränklich, daß er als Nachtwächter nicht wohl beibehalten werden kann. Mit der Herzoglichen Polizei-Direction hält es der Stadt-Magistrat für billig und zulässig, daß dem Böhme, der seinen Dienst als Nachtwächter stets tadellos versehen hat, eine kleine jährliche Unterstützung für seine Lebenszeit ausgesetzt werde, und da in ähnlichen Fällen, jedoch nach längerer Dienstzeit, eine derartige Unterstützung wohl bis zu dem Betrage von jährlich 12 fl zugestanden sei, so wird im vorliegenden Falle vom Stadt-Magistrate eine jährliche Unterstützung von 6 fl in Vorschlag gebracht.

Die Commission glaubt die proponirte Unterstützung der Versammlung zur Genehmigung empfehlen zu dürfen und wendet gegen einen Antrag des Herrn Lissebon: daß die jährliche Unterstützung des Böhme auf 12 fl bestimmt werden möge,

da bei einem 15jährigen, treu und gewissenhaft erfüllten Nachtwächterdienste eine jährliche Unterstützung von 6 \mathfrak{R} zu unbedeutend und gering sei, ein jährlicher Betrag von 12 \mathfrak{R} doch wenigstens wohl zur Bezahlung der Miethe verwendet werden könne und eine bessere Aufmunterung für das betreffende Dienstpersonal hervorrufe, — ein, daß, wenn in andern Fällen nach längerer Dienstzeit eine jährliche Unterstützung nur bis zu dem Betrage von 12 \mathfrak{R} üblich gewesen sei, aus der Bewilligung einer gleichen Summe für Böhme für spätere ähnliche Fälle Konsequenzen entstehen würden, die ohne zu große Belästigung der Stadt-Casse nicht wohl durchführbar und wünschenswerth erscheinen möchten.

Auf Anregung des Herrn Vorsitzenden erfolgen noch einige Worte in Bezug auf diese Angelegenheit von Seiten des Herrn Oberbürgermeisters Caspari: Bisher sei überhaupt nur auf eine 25jährige Dienstzeit Rücksicht genommen, um einem Nachtwächter eine dauernde Unterstützung zu gewähren, während in anderen Fällen die Entlassung eines Nachtwächters mit der Bewilligung einer regelmäßigen Unterstützung nicht verbunden gewesen sei. Seine Unterstützung sei in den vorgekommenen Fällen auf den jährlichen Betrag von 12 \mathfrak{R} ermessen und wenn schon nach dem Verlaufe einer kürzern Dienstzeit eine Unterstützung verwilligt werden solle, so werde im vorliegenden Falle eine Summe von 6 \mathfrak{R} genügen, um für längere Dienstzeiten eine verhältnißmäßige Steigerung eintreten lassen zu können, ohne über den Betrag von 12 \mathfrak{R} hinausgehen zu müssen. Obnehin sei der Arbeiter Böhme nicht vollständig arbeitsunfähig; es habe derselbe auch für seine bisherigen Dienstleistungen als Nachtwächter die ausgesetzte Remuneration bekommen und der ihm jetzt zuge dachte, wenn auch nur geringe Zuschuß zu seinem sonstigen Verdienste bringe denselben in eine günstigere Lage, als andere Arbeiter, die, wenn sie zu ihrer Arbeit nicht mehr tauglich wären, ohne irgend welche dauernde Unterstützung entlassen würden. Eine zu große Liberalität in der Bewilligung solcher Unterstützungen möchte zu Konsequenzen führen, die in ihrer Anwendung auf spätere ähnliche Fälle oft nicht für ganz erfreulich und zulässig gehalten werden dürften.

Durch die Abstimmung wird der Antrag des Herrn Lissebon abgelehnt, dagegen die Proposition des Stadt-Magistrats angenommen, mithin dem Böhme für seine Lebenszeit eine jährliche Unterstützung von 6 \mathfrak{R} aus der Stadt-Casse bewilligt.

Von den Gegenständen der Tagesordnung kommt

1. die Veranlagung des Salzquantums, welches die hiesige Stadt zu nehmen hat, auf die einzelnen Einwohner, zur Berathung, indem über diese das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 14. Juli d. J. zur Sprache gebrachte Angelegenheit Herr Häusler, Namens der Statuten-Commission, Bericht erstattet:

Nach dem Gesetze, den Salzdebit betreffend, vom 30. Juni 1853, wird der geringste jährliche Bedarf für jeden Kopf der Bevölkerung im Durchschnitte überhaupt zu 12 \mathfrak{L} angenommen und danach der geringste Bedarf für die Bevölkerung jedes Gemeindebezirks festgestellt — §. 5. —; hat eine Gemeinde diesen geringsten Bedarf aus der für sie angewiesenen Niederlage nicht entnommen, so hat dieselbe den Niederlagepreis für das zu wenig entnommene Quantum aus der Gemeinde-Casse an die Herzogl. Salz-Debits-Casse einzuzahlen — §. 6. —; die Vertheilung der für eine Gemeinde bestimmten Salzmenge auf die einzelnen Bewohner ist regelmäßig nicht erforderlich, sie kann aber, in den Städten bei Uebereinstimmung des Stadt-Magistrats

und der Stadtverordneten, geschehen und wird in solchem Falle durch die Stadtverordneten ermessen — §. 10. — In dem von dem Herrn Referenten verlesenen Schreiben des Stadt-Magistrats wird nun mitgetheilt, daß die früher vereinbarte und vorläufig auf den Zeitraum bis zum Ablaufe des gegenwärtigen Jahrs bestimmte Einrichtung von Salzellereien in hiesiger Stadt das unerwartete Resultat geliefert habe, daß für das vergangene Jahr eine Summe von 1200 R und darüber aus der Stadt-Casse habe gezahlt werden müssen, weil eine diesem Werthe entsprechende geringere Quantität an Salz aus der Salzniederlage entnommen sei, als für die hiesige Stadt angesetzt gewesen, und zu befürchten stehe, daß für das laufende Jahr eine noch beträchtlichere Summe aus der Stadt-Casse zu vergüten sein werde. Der Grund von diesen Ergebnissen wird von dem Stadt-Magistrate in den häufig vorgekommenen, bedeutenden Salzeinschwärzungen gefunden und es wird, um die hiesige Stadt gegen derartige Benachtheiligungen wirksamer zu schützen, von dem Stadt-Magistrate vorgeschlagen:

vom Beginne des nächsten Jahres an die im §. 10 des vorgedachten Gesetzes angedeutete Maßregel zur Anwendung zu bringen, d. h. eine Vertheilung des für die hiesige Stadt bestimmten Salzquantums auf die einzelnen hiesigen Einwohner vorzunehmen.

Für solchen Fall würde die bisherige, mit einem nicht unbedeutenden Kostenaufwande für die hiesige Stadt verbundene Einrichtung von Salzellereien aufgehoben und der Vertrieb des Salzes vielleicht den Kaufleuten übertragen werden können.

Die Commission ist nach dem Referae des Herrn Häusler darüber mit dem Stadt-Magistrate einverstanden, daß das für die hiesige Stadt so nachtheilig gewordene Resultat rücksichtlich des Salzdebüts eben nur aus Salzeinschwärzungen hervorgegangen sei, da die durchschnittliche Berechnung eines Salzbedarfs von 12 L auf den Kopf, zumal in einzelnen Gewerbszweigen eine bedeutend größere Salzquantität verbraucht werde, nach den in anderen Staaten gemachten Erfahrungen, als nicht zu hoch gestellt anzunehmen sein werde. Die Vertheilung des für die hiesige Stadt bestimmten Salzquantums auf die einzelnen hiesigen Einwohner sei indessen mit einer großen Belästigung für die städtischen Behörden verbunden und werde mancherlei Beschwerden und Reclamationen Seitens der einzelnen Personen hervorrufen. Die Veranlagung würde nach den häuslichen, wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnissen der hiesigen Einwohner geschehen müssen, zu welchem Zwecke eine neue Commission aus der Versammlung zu erwählen sein werde, die diese sehr schwierige Aufgabe zu lösen habe. Wenn nun aber auch die Vertheilung und Veranlagung eines Salzquantums auf die einzelnen hiesigen Einwohner ausgeführt se, so würden wiederum aus der Controlirung der verbrauchten Salzquantitäten und aus der eventuellen Einziehung des Geldbetrages für das zu wenig verbrauchte Salzquantum große Weitläufigkeiten und vielerlei Beschwerden entstehen. Die Grundlage für eine derartige Controle und für die weitem Operationen würden Salzbücher bilden müssen, die jeder einzelne bekomme, um in dieselben die bezogenen Salzquantitäten eintragen zu lassen und durch dieselben nachzuweisen, daß das auf ihn veranlagte Salzquantum von ihm auch wirklich entnommen sei.

Die Commission erkennt an, daß der Ausfall in dem Verbräuche von Salz, den die Stadt-Casse schon im verflossenen Jahre zu decken gehabt habe, allerdings zu bedeutend gewesen sei, als daß nicht Maßregeln ergriffen werden sollten, um dergleichen

Nachtheilen kräftiger vorzubeugen; allein es dürfte, um dieses Ziel zu erreichen, ein anderes Mittel nicht unversucht gelassen werden, ehe zu der sehr belästigenden und umständlichen Einzelveranlagung des Salzes geschritten würde. Die Salzeinschwärzungen geschehen wohl nicht von den Personen, die für ihre einfachen Haushaltungen Salz verbrauchten, selbst kaum von den Salzverkäufern, sondern hauptsächlich von solchen Personen, die für ihren Gewerbebetrieb größerer Mengen von Salz bedürften. Zu den letztern gehörten insbesondere die Knochenhauer, Schweinefleischhändler und Bäcker und auf diese würde daher vorzugsweise die Aufmerksamkeit hinsichtlich des Bezuges von Salz zu lenken sein. Es lasse sich gerade gegen diese Gewerbetreibenden um so wirksamer eine strenge Controle ausüben, als aus den betreffenden Registern über die Schlacht- und Mahlaccise der Umfang ihres Gewerbebetriebes zu erkennen und daraus abzuleiten sei, welche Quantitäten von Salz ihnen für ihren Gewerbebetrieb nöthig sein würden. Eine Vergleichung des desfallsigen Ergebnisses mit der Größe des aus der Salz-niederlage entnommenen Quantum würde es wahrscheinlich machen, ob von jenen Gewerbetreibenden Salz eingeschwärzt sei. Sofern daher die Controle überhaupt und insbesondere gegen die genannten Gewerbetreibenden mit möglichster Genauigkeit und Strenge durchgeführt werde, würde auf diesem Wege den Salzeinschwärzungen nicht ohne Erfolg begegnet werden können, und bevor daher zu der von dem Stadt-Magistrate vorgeschlagenen neuen Einrichtung durch Vertheilung und Veranlagung des Salzes auf die einzelnen hiesigen Einwohner übergegangen werde, möge die Versammlung im eigenen Interesse der städtischen Behörden und zugleich des gesammten Publikums zu dem Antrage die Zustimmung aussprechen:

daß es versuchsweise noch ein Jahr lang bei der jetzt bestehenden Einrichtung hinsichtlich des Salzdebüts in hiesiger Stadt belassen und der Stadt-Magistrat ersucht werde, die Herzogl. Polizei-Direction zu veranlassen, in der Ausübung der Controle gegen Salzeinschwärzungen mit der thunlichsten Strenge zu Werke zu gehen und die Controle namentlich gegen die Knochenhauer, Schweinefleischhändler und Bäcker durch Einsicht der Accise-Register zu richten.

Würde durch Anwendung dieser Mittel und Wege das Interesse der hiesigen Stadt nicht besser zu wahren sein, so werde alsdann nichts Anderes übrig bleiben, als die vom Stadt-Magistrate proponirte Einrichtung zur Ausführung zu bringen. Dabei möge es dann einer spätern Berathung und Beschlußnahme vorbehalten werden, auf welche Weise die gewiß sehr schwierige Salzveranlagung zu bewerkstelligen und ob es möglich sein werde, den Salzverkauf unter sichernden Controle-Bestimmungen den hiesigen Kaufleuten zu übertragen und dadurch die Ausgabe von 500 fl an die derzeitigen Salzeller der Stadt-Casse zu ersparen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erblickt in den Vorschlägen der Commission kein wirksames Schutzmittel gegen die durch Salzeinschwärzungen der hiesigen Stadt zuzufügenden Nachtheile. Schon jetzt werde die Controle gegen Salzeinschwärzungen, da mit der Abfassung von Salzdefraudanten für die Controle-Beamten ein pecuniärer Vortheil verbunden sei, mit der größten Aufmerksamkeit und Strenge ausgeübt und gleichwohl müßten derartige Defraudanten so häufig und in solchem Maße vorkommen, daß die hiesige Stadt für zu wenig entnommenes Salz im vergangenen Jahre 1200 fl zu zahlen gehabt hätte und nach den eingezogenen Erkundigungen für das laufende Jahr voraussichtlich an 2000 fl zu zahlen haben würde. Die Salzdefraudanten möchten

zum Theil von den Gewerbtreibenden begangen werden, aber auch von Personen, die vor den Thoren wohnten und nur zu leicht Gelegenheit fänden, das defraudirte Salz durch Mittelspersonen in die hiesige Stadt einführen und hier verkaufen zu lassen. Was die Ueberwachung der von der Commission gedachten Gewerbetreibenden betreffe, so erscheine es auf der einen Seite nicht genügend gerechtfertigt, von vorn herein einzelne aus der Gesamtheit herausgenommene Personen einer vorzugsweisen, besondern Controle zu unterwerfen, auf der andern Seite werde aber eine solche Controle sich sehr schwer mit Erfolg durchführen lassen, weil eine Salzeinschwärzung meistens nur dadurch sich würde erweisen lassen, daß Jemand unmittelbar bei der Einführung von Salz betroffen worden. Eine solche Einführung von Salz könnte allenfalls verhindert, oder doch wenigstens sehr erschwert werden, wenn alle durch die Stadthore kommende Transporte jeder Art, selbst die Körbe, Bündel u. s. w. einpassirender Personen auf das Genaueste durchsucht würden; allein zu solchen Maßnahmen würde das gegenwärtige Aufsichtspersonal in den Thoren nicht ausreichen und außerdem würde daraus die unerträglichste Belästigung für das Publikum entstehen. Unter diesen Umständen könne von einer Verschärfung oder strengern Durchführung der bisher geübten Controle nicht wohl die Rede sein und es würde, wenn die Vorschläge der Commission zur Annahme kämen, nur das Resultat sich ergeben, daß die hiesige Stadt bei der einstweiligen Beibehaltung der jetzigen Einrichtung nur noch ein Jahr länger, vermuthlich aber in noch größerm Maße, die Nachtheile zu tragen haben würde, welche derselben bis jetzt durch einzelne Salzdefraudanten zugefügt seien, und daß schließlich doch zu der von dem Stadt-Magistrate schon jetzt proponirten Einrichtung, gegen welche an und für sich die Commission nichts zu erinnern gefunden habe, übergegangen werden würde und müßte. In dieser Voraussicht sei es um so gerathener und nothwendiger, sofort eine Vertheilung und Veranlagung des Salzquantums im Einzelnen vorzunehmen.

Die desfallsige Ausführung werde auch nicht so schwierig sein, wie gefürchtet zu werden scheine; sie sei ja auch in anderen Orten gesehen und werde daher auch hier sich bewerkstelligen lassen. Zumeist komme es darauf an, das Salzquantum nicht gerade für einen Einzelnen, sondern für eine ganze Haushaltung zu bestimmen. Würde dabei für die einfachen häuslichen oder wirthschaftlichen Verhältnisse selbst in Etwas unter das gesetzliche Quantum von 12 F pro Kopf herabgegangen, so bliebe die alsdann noch überschießende Salzmenge auf die betreffenden Gewerbetreibenden, die größere Quantitäten verbrauchten, zu theilen. Nur diese letztere Veranlagung möchte einige Schwierigkeiten haben; allein es würde in dieser Beziehung z. B. bei den Knochenhauern und Bäckern, die von denselben gezahlten Schlacht- und Mahl-Accise-Beträge Anhaltspunkte gewähren, nach welchen die Abschätzung des ihnen zuzutheilenden größern Salzquantums erfolgen könnte. Im Uebrigen würde die Aufstellung der Verzeichnisse derjenigen Personen, auf welche die für die hiesige Stadt bestimmte Salzmenge im Einzelnen zu theilen sein werde, und die Ausfertigung der derselben zu ertheilenden Salzbücher durch einen Schreiber besorgt werden können. Die Salzbücher würden einen Ausweis darüber geben, ob der Besitzer desselben die für ihn berechnete Salzquantität entnommen habe; zu diesem Behufe seien von den Salzverkäufern die verkauften einzelnen Quantitäten in das Salzbuch einzutragen, und da zu einer solchen Eintragung die Kaufleute am geeignetsten erscheinen möchten, so sei vom Stadt-Magistrate auch aus diesem Grunde darauf Bedacht genommen, den Salzverkauf den Kaufleuten zu überweisen, wozu sich letztere in ihrem eigenen unmittelbaren Interesse

leicht verstehen würden. Die Kaufleute würden, ebenfalls auf den Grund eines Salzbuches, das von ihnen zu verkaufenden Salz aus der Herzogl. Salzniederlage zu entnehmen haben.

Herr Visséon ist der Meinung, daß die hiesigen Kaufleute schwerlich geneigt sein möchten, den Salzverkauf unter den Formen, die so eben angedeutet worden, zu übernehmen, da es in der That sehr umständlich sei, jede verkaufte kleinere Salzquantität sofort in den Salzbüchern der Käufer zu vermerken; eine gleiche Notiz würden die Kaufleute zu ihren eigenen Geschäftsbüchern zu nehmen haben und dadurch würde der Salzvertrieb so weitläufig werden, daß nur für diesen Zweck von den Kaufleuten eine besondere mit dem Nutzen aus dem Salzverkaufe nicht im Verhältnisse stehende Geschäftshülfe angenommen werden müßte. Außerdem aber würden selbst diese Formen die hiesige Stadt gegen Unrechtfertigkeiten und Nachtheile nicht schützen, wenn sich schließlich Differenzen zwischen den Büchern der Käufer und Verkäufer herausstellten, da es doch nicht billig erscheinen würde, den desfallsigen Schaden dem einen oder andern jener beiden Theile aufzubürden.

Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt hingegen, daß sich Unrechtfertigkeiten überhaupt nicht ganz würden abstellen lassen können, wie denn ungeachtet der frühern, sehr streng gehandhabten Zollcontrole doch Schmuggeleien vorgekommen seien; es werde nur darauf ankommen, Umgehungen des Gesetzes über den Salzdebit, so weit irgend thunlich, vermeidlich zu machen, damit nicht das größere, rechtliche Publicum durch die Betrügereien einzelner Personen allzusehr zu leiden habe.

Die Herren Warrentrapp, Aronheim, Fabricius und Nieß sprachen sich für das rücksichtlich des Salzdebts in hiesiger Stadt von dem Stadt-Magistrate vorgeschlagene neue Verfahren aus. So deutet Herr Warrentrapp an, daß der Salzverbrauch Seitens der Knochenhauer und Bäcker ebenfalls zu controliren sein möchte, daß es aber noch andere Gewerbetreibende, z. B. die Seifensieder, gebe, die bei dem Sodabezuge von den Sodafabrikanten leicht Gelegenheit haben möchten, Salz in die hiesige Stadt einzuschwärzen.

Herr Aronheim findet die nach dem Vorschlage der Commission beabsichtigte besondere Controle gegen einzelne Gewerbetreibende nicht gesehlich gerechtfertigt und hält die Formen, die für den Verkauf von Salz einzuführen wären, für nicht zu belastigend, da kleine Differenzen wohl zu übersehen, größere oder häufigere Differenzen oder gar Fälschungen der Salzbücher leichter aufzuklären und nachzuweisen sein würden, und falls die Kaufleute nicht geneigt wären, den Salzverkauf zu übernehmen, letzterer durch besondere Salzseller bewirkt werden könnte. Von Herrn Fabricius wird hervorgehoben, daß Salzeinschwarzungen nicht bloß auf Seiten der Gewerbetreibenden, sondern auch auf Seiten der eigentlichen Consumenten vorkommen möchten; die größern Nachtheile, die die Stadt-Casse bisher zu ertragen gehabt habe und ferner zu erleiden haben werde, müßten Veranlassung werden, anderweite besser sichernde Massregeln zur Anwendung zu bringen, und die Ausführung der jetzt vom Stadt-Magistrate vorgeschlagenen dürfte nicht auf zu große Schwierigkeiten stoßen, da es insbesondere an Kaufleuten nicht mangeln würde, die geneigt wären, mit dem Salzverkaufe sich zu befassen. Herr Nieß bezweifelt, daß auf andere Weise, als von dem Stadt-Magistrate vorgeschlagen worden, der Salzdebit in hiesiger Stadt möchte geregelt und gesichert werden können, glaubt im Uebrigen, daß auch außer den Kaufleuten Personen zu finden wären, welche die Fähigkeiten haben würden, die nöthigen

Formen bei dem Salzverkaufe zu erfüllen, und denselben dabei durch Mittheilung von Listen oder Büchern zu Hilfe gekommen werden könnte.

Von Herrn Häusler wird eine weitere Rechtfertigung des Commissions-Antrages versucht und dabei noch angeführt, daß eine Verschärfung der bisher geübten Controle gewiß möglich und von gutem Erfolge sein werde. Dieselbe sei insbesondere mit Grund gegen die oben genannten Gewerbetreibenden speciell zu richten, wenn sich aus der Erforschung des Umfanges ihres Gewerbebetriebes aus den Accise-Rollen und einer Vergleichung mit den von ihnen entnommenen Salzquantitäten ergeben würde, daß sie nicht soviel Salz bezogen hätten, als bei ihnen anzunehmen gewesen wäre. Schon die dem Publikum bemerklich zu machende Anordnung einer möglichst strengen Controle werde eine heilsame Furcht gegen die Salzdefraudanten erzeugen und der Stadt-Casse die bisher erlittenen Nachtheile ersparen. Es werde im Interesse ebenso wohl der städtischen Behörden, als der gesammten hiesigen Einwohnerschaft liegen, einstweilen auch mit der Einführung der beabsichtigten neuen Maßregeln Anstand zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt sich mit der Commission darüber einverstanden, daß erst alsdann zu neuen Maßregeln solle übergegangen werden, wenn eine dringende Veranlassung dazu vorhanden sei. Eine solche scheine aber schon jetzt geboten zu sein, nachdem die frühere Art und Weise des Salzdebüts in hiesiger Stadt zu so unerfreulichen und nachtheiligen Resultaten geführt habe, ungeachtet die Controle mit einer Aufmerksamkeit und Strenge geübt sei, die sich nicht noch mehr steigern und verschärfen lasse. Durch die bloße Androhung verschärfter Controle-Maßregeln würden sich aber die Defraudanten von Salzeinschwärzungen nicht abhalten lassen und nur gegen einzelne Personen von vorn herein solche außerordentliche Maßregeln anzuwenden, sei gehässig und mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht vereinbar.

Herr Fudel hat gegen die Propositionen des Stadt-Magistrats einzuwenden, daß das einzuschlagende neue Verfahren ohne allseitige große Belästigung nicht ausführbar sei, insbesondere würden die Abwägungen ihre sehr bedeutenden Schwierigkeiten haben und mannigfache Reclamationen hervorrufen, z. B. Seitens solcher Personen, die sich speisen lassen und daher für sich wenigstens nicht unmittelbar das gesetzliche Salzquantum verbrauchen. Allerdings werde sich die Controle nicht leicht verstärken lassen, allein es könnte in dieser Urlegenheit vielleicht ein anderes, wenn auch exceptionelles Auskunftsmittel mit gutem Erfolge angewandt werden, wenn nämlich das Publicum durch eine öffentliche Bekanntmachung unter Zusicherung entsprechender Belohnungen aufgefordert würde, wahrgenommenen Salzdefraudationen zur Anzeige zu bringen, gleichwie z. B. für die Ermittlung des Thäters eines Diebstahls eine Belohnung ausgesetzt zu werden pflege. Der Salzdefraudant habe auf keine bessere Behandlung Anspruch, als der Dieb, und wie meistens um die Salzeinschwärzungen mehrere Personen wissen würden, so würden auf die angedeutete Art und Weise Salzeinschwärzungen am sichersten zu verhüten sein.

Herr Steinmeyer findet eine Abweichung der Ansichten der Commission von denen des Stadt-Magistrats nur darin, daß erstere noch zur Zeit nicht zur Anwendung der neuen Maßregeln übergehen möchte, ohne im Uebrigen eine Erinnerung gegen dieselben erhoben zu haben. Wie aber der Vorschlag des Herrn Fudel nicht wohl zu empfehlen sei, so würden auch auf andere Weise selbst bei der strengsten Controle die Salzeinschwärzungen nicht zu verhindern sein, im Gegentheile lehre die

Erfahrung, daß ungeachtet der schärfsten Controle-Maßregeln doch Umgehungen der Zoll- und Accise-Gesetze möglich geworden seien und die desfallsigen Schliche und Künste mehr und mehr sich ausgebildet haben. Nicht bloß im Großen, sondern auch, wie schon Herr Fabricius bemerkt habe, mit Kleinigkeiten würden die Salzeinschwarzungen betrieben; es freue sich Mancher, wenn er auch nur die geringste Kleinigkeit der Aufmerksamkeit der betreffenden Controle-Beamten entzogen habe. So würden namentlich auch im Winter, wo noch auf andern Wegen, als durch die Thore, in die Stadt einzudringen sei, die Salzeinschwarzungen leicht auszuführen sein. Wenn daher voraussichtlich auf keine andere Weise solchen Defraudationen wirksamer zu begegnen wäre, und dies werde durch Ermahnungen und Verschärfungen der Controle nicht möglich sein, so werde sich schon jetzt die Proposition des Stadt-Magistrats zur Annahme empfehlen. Die Ausführung derselben werde nicht schwieriger sein, als an andern Orten und für den Salzverkauf selbst würden sich schon geeignete Personen finden, wobei es allerdings wünschenswerth sei, die bisherige Ausgabe an die Salzseller, wenn möglich, zu vermeiden.

Der Herr Vorsitzende giebt als Mitglied der Statuten-Commission zu erkennen, daß es bei der Mittheilung der Ergebnisse ihrer Prüfungen nicht die Meinung gewesen sei, der Proposition des Stadt-Magistrats entschieden entgegen zu treten, daß es derselben nur darauf angekommen wäre, die etwaigen Einwendungen gegen die beabsichtigten neuen Maßregeln rücksichtlich des Salzdebits in hiesiger Stadt zur Sprache zu bringen und durch einen Austausch der Ansichten über diese Angelegenheiten zu veranlassen und zu versuchen, ob sich nicht andere Maßregeln auffinden lassen würden.

Die fernere Aeußerung des Herrn Aronheim ist gegen die Auffassung der Sache Seitens des Herrn Jüdel gerichtet. Die Veranlagung der hiesigen Einwohner zu einem gewissen Salzquantum, meint der Herr Redner, werde mit so großen Schwierigkeiten nicht verknüpft sein und Reclamationen nicht in der gefürchteten Masse hervorrufen, wenn bei der Vertheilung der Salzbedarf des Einzelnen möglichst gering berechnet werden würde. Auch werde den Personen, die nicht einmal das geringste gefehliche Salzquantum für sich verbrauchen könnten, die Gelegenheit nicht entzogen bleiben, das auf sie veranlagte Salz Andern zu überweisen.

Das von dem Herrn Jüdel angedeutete Auskunfts-mittel, um Salzeinschwarzungen zu gefährlich zu machen und dadurch zugleich zu verhindern, sei nicht zu empfehlen. Es möge immerhin, wenn ein Verbrechen begangen sei, für die Ermittlung des Thäters dieses bestimmten Verbrechens eine Belohnung öffentlich ausgeschrieben werden; indessen erscheine es nicht motivirt und angemessen, durch das Aussetzen von Belohnungen im Nachspüren danach zu veranlassen, ob überhaupt ein Verbrechen begangen worden, weil dadurch der Frieden der ganzen Bevölkerung untergraben und gestört werden würde.

Der Herr Vorsitzende, den Schluß der Debatte ankündigend, bemerkt, die Versammlung habe zunächst durch Abstimmung zu entscheiden: ob statt der bisherigen, rücksichtlich des Salzdebts in hiesiger Stadt bestehenden Einrichtung, die ursprünglich nur bis zum Ausgange des laufenden Jahrs beschlossen worden, die anderweite von dem Stadt-Magistrate jetzt proponirte Maßregel der Vertheilung und Veranlagung des Salzes im Einzelnen zur Anwendung gebracht werden solle, wogegen über die Art und Weise der Ausführung dieser Maßregel, ob namentlich der Salzverkauf besondern Salzsellern zu überlassen sein werde oder den hiesigen Kaufleuten übergeben

werden könne, einer weitern Mittheilung des Stadt-Magistrats entgegen gesehen werden dürfe.

Herr Häusler schließt sich der frühern Erklärung des Herrn Vorsitzenden an, daß die Statuten-Commission nicht die Absicht habe, ihre Vorschläge so entschieden vertreten zu wollen, kommt aber noch einmal auf seine bisher ausgesprochene Ansicht zurück, daß noch nicht alle Maßregeln genügend erschöpft seien, um den Salzeinschwärmungen Einhalt zu thun. Die genauere Beaufsichtigung und Controlirung der betreffenden Gewerbetreibenden, die strenge Beobachtung des etwaigen Verkehrs mit Salz vor den Thoren, die Nachforschung, ob nicht auf einzelnen Gärten oder in Häusern vor den Thoren Niederlagen von Salz sich befinden möchten, würden zu manchen für die Zukunft ersprießlichen Entdeckungen führen. Und wenn das Publikum erfahren würde, welche Nachtheile der Stadt-Casse bisher aus den Salzeinschwärmungen erwachsen seien, so werde sich dadurch Mancher veranlaßt sehen, von ihm bekannt werdenden Salzdefrauden Anzeige zu machen, um ähnlichen die Gesamtheit betreffenden Nachtheilen vorzubeugen. Deshalb möge unter Anwendung der von der Commission angeordneten strengern und speciellern Control-Maßregeln noch ein Jahr der Versuch gemacht werden, es bei der jetzt bestehenden Einrichtung zu belassen; denn wäre erst einmal das neue Verfahren eingeführt, so würde dasselbe eine dauernde Belästigung werden, und gleichwohl das Einschwärzen von Salz in unverminderter Weise nicht unterbleiben.

Herr Oberbürgermeister Caspari spricht sich wiederholt dahin aus, daß die Bekanntmachung der Nachtheile, welche durch das Einschwärzen von Salz der Stadt-Casse zugefügt seien, auf das Publicum keinen Einfluß äußere, dasselbe nicht veranlassen werde, auf dergleichen dem Interesse der hiesigen Stadt widerstrebende Defrauden und Hintergehungen Acht zu geben, wie sich solches hinlänglich bei den Veranlagungen zur Gemeinde- und Armensteuer ausgewiesen habe. Auf die Verhinderung und Ermittlung von Salzdefrauden sei bisher schon die möglichste Aufmerksamkeit und Mühe gewandt, indem z. B. auch zwischen den hiesigen und den Hannoverischen Behörden wegen etwaiger Salzversendungen verhandelt worden sei. Das jetzt vom Stadt-Magistrate vorgeschlagene neue Verfahren sei nicht so beschwerlich und belästigend, als etwa die genaue Visitation aller durch die Thore in die hiesige Stadt einpassirenden Personen und Sachen. Durch letztere Maßregel würde das gesammte Publikum empfindlich betroffen werden, während die Führung der Salzbücher doch immerhin nur eine und zwar nicht zu erhebliche Belästigung der Salzverkäufer sein würde.

Nach hiermit geschlossener Debatte wird zur Abstimmung geschritten und wird:

1) die Proposition des Stadt-Magistrats, daß vom 1. Januar k. J. an unter Aufhebung der bisherigen Einrichtung eine Vertheilung und Veranlagung des für die hiesige Stadt bestimmten Salzquantums im Einzelnen vorgenommen werde, mit großer Stimmenmehrheit von der Versammlung angenommen, während sich im Uebrigen nach dem Anheimgeben des Herrn Vorsitzenden die Versammlung damit einverstanden erklärt, daß

2) der Stadt-Magistrat ersucht werde, die speciellen Vorschläge über die Ausführung des neuen Verfahrens an die Versammlung gelangen zu lassen und namentlich darüber eine Mittheilung zu machen, ob der Salzverkauf besondern Salzsellern überlassen bleiben müsse oder auf die hiesigen Kaufleute übertragen werden könne.

II. Zufolge des Berichts des Herrn Rahlert, Namens der Finanz-Commission,

hat der Provisor der Schillschen Invaliden-Stiftung für mancherlei Reparaturen und Verbesserungen des Stiftungs-Gebäudes bei dem Stadt-Magistrate auf den Grund eines Kostenanschlages des Stadtbaumeisters um die Verwilligung einer Summe von 650 fl aus städtischen Mitteln angehalten. In der eingegangenen Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 19. Juni d. J. ist zu erkennen gegeben, daß es wünschenswerth sein werde, das Stiftungsgebäude zu erhalten und dadurch die Stiftung selbst vor ihrem Untergange zu bewahren, wenngleich das Schillsche Denkmal davon nicht berührt, sondern fortbestehen werde. Gleichwohl erscheint es dem Stadt-Magistrate bei den nicht günstigen Vermögensverhältnissen der hiesigen Stadt zu bedenklich, die angeforderte Summe auf die Erhaltung des Stiftungs-Gebäudes aus städtischen Mitteln zu verwenden, zumal die Stiftung selbst der hiesigen Stadt von gar keinem Nutzen sei. Ein eigentliches Interesse an der Erhaltung jener Stiftung werde übrigens das ganze Land haben und gestützt hierauf wird von dem Stadt-Magistrate der Versammlung anheimgegeben:

der Herzogl. Landesregierung den Vorschlag zu machen, die Stiftung als eine vom Staate dependirende Anstalt mit der Befugniß zu übernehmen, die Stelle des in derselben zu verpflegenden Invaliden zu besetzen, für das Mal aber zur Wiederinstandsetzung des reparaturbedürftigen Gebäudes die Summe von 150 fl aus der Stadt-Casse zu verwenden.

Diese Proposition wird, abgesehen von der Verwilligung der 150 fl aus der Stadt-Casse von der Commission der Versammlung zur Annahme empfohlen, indem die Commission rücksichtlich der beantragten Ablehnung der obigen Geldverwendung der Meinung ist, das selbst dieses Opfer für die Stadt-Casse ein zu bedeutendes sein würde.

Herr Aronheim spricht sich für den Antrag des Stadt-Magistrats und namentlich auch für eine Verwilligung von 150 fl aus, um die nothwendigsten Reparaturen an dem Stiftungsgebäude sofort vornehmen lassen zu können. Freilich sei zur Zeit der Errichtung des Schillschen Denkmals die mit demselben verbundene Invalidenstiftung ohne hinlängliche Veranschaulichung der für die Zukunft daraus entspringenden Folgen unter die Obhut der hiesigen Stadt genommen; allein da dies nun einmal geschehen sei, so dürfe dieselbe auch jetzt nicht fallen gelassen werden, insbesondere nicht in dem Augenblicke, in welchem beabsichtigt würde, sie der Herzogl. Landesregierung zur Verfügung zu stellen.

Herr Fabricius, im Wesentlichen mit Herrn Aronheim einverstanden, möchte den Versuch gemacht sehen, ob nicht die Herzogl. Landesregierung zu veranlassen sein würde, die Stiftung ohne ein weiteres diesseitiges Opfer unter ihre Fürsorge zu nehmen.

Der Herr Vorsitzende legt darauf Gewicht, daß einige Reparaturen an dem Dache sofort vorgenommen werden müßten und nicht länger verschoben bleiben könnten, über die Verhandlung mit der Herzogl. Landesregierung wegen der Uebernahme der Stiftung aber längere Zeit vergehen würde. Auf jene nothwendigen Reparaturen, welche zur einstweiligen, für die Dauer der Verhandlung mit der Herzogl. Landesregierung schon durch den Anstand gebotenen Erhaltung des Stiftungsgebäudes dienen würden, möchten etwa 150 fl zu verwenden sein.

Von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari wird mitgetheilt, daß die Invaliden-Stiftung eigentlich nie eine städtische Anstalt gewesen sei. Der Herr v. Bechelde habe die Stiftung durch Privatsammlungen in's Leben gerufen und durch seine Ver-

wendung und Vorstellung, daß die Erhaltung der Stiftung für die Zukunft vollkommen gesichert sei, es zu erlangen gewußt, daß derselben die Rechte milder Stiftungen zugesprochen seien. Als sich schließlich aber doch ergeben, daß die nöthigen Geldmittel zur Erhaltung der Stiftung nicht vorhanden seien, habe die hiesige Stadt die Fürsorge für die Stiftung, für welche bisher jährlich 50 fl besonders verwilligt worden, thatsächlich übernommen, ohne daß eine Verpflichtung dazu vorgelegen habe. Eine solche Verpflichtung sei daher auch jetzt nicht für die hiesige Stadt begründet, obwohl es nicht angemessen und anständig erscheine, das Gebäude ganz verfallen zu lassen und damit die Stiftung preis zu geben, ohne den Versuch gemacht zu haben, für letztere einen anderweiten Schutz zu finden.

Die Herren Barrentrapp und Nieß sind im Allgemeinen auch mit den nöthigsten Verwendungen zum Zwecke der Erhaltung des Stiftungs-Gebäudes einverstanden, halten jedoch dafür, daß dazu eine Summe von 150 fl nicht erforderlich sein werde; Herr Nieß will übrigens nicht mehr auf die Erhaltung des Stiftungs-Gebäudes verwendet wissen, als nach den bisher aus der Stadt-Casse geleisteten Zuschüssen thunlich sein werde, da die Stiftung von der hiesigen Stadt nicht gegründet sei, zu der hiesigen Stadt in keiner nähern Beziehung stehe und das Andenken an die Persönlichkeit des Schill und seiner Krieger gerade durch das Denkmal geehrt sein und bleiben solle.

Herr Lüdcke giebt anheim, die Angelegenheit der Bau-Commission zu überweisen, um durch dieselbe den muthmaßlichen Kostenbetrag, der wenigstens zu den Dachreparaturen als nothwendig sich herausstelle, prüfen zu lassen.

Als ein den Ansichten und Wünschen der Herren Borredner wahrscheinlich entsprechendes Auskunftsmittel schlägt der Herr Vorsitzende vor, zu beschließen:

daß wegen der Uebernahme der Schill'schen Invaliden-Stiftung Seitens der Herzogl. Landes-Regierung die geeigneten Anträge von dem Stadt-Magistrate möchten gestellt und zu der einstweiligen Erhaltung des Stiftungs-Gebäudes nur so viel bis zu der Summe von 150 fl möchte verwandt werden, als nothwendig sein würde, um das Dach des Gebäudes für den bevorstehenden Winter genügend herzustellen.

Zu einem solchen Beschlusse vereinigt sich die Versammlung durch Stimmmehrheit.

III. Namens der Schul-Commission macht Herr Uhde der Versammlung Vortrag über die Einrichtung einer Handwerker-Fortbildungsschule in hiesiger Stadt, über welche sich der Stadt-Magistrat in einer Mittheilung vom 20. Juni d. J. näher ausgesprochen hat. Es ist die Einrichtung einer solchen Schule von dem Stadt-Magistrate bei dem Gewerberathe in Anregung gebracht, von letzterm sehr günstig aufgenommen und insoweit ihrer Vollenbung näher gerückt, daß für die Aufbringung der hauptsächlichsten Kosten einer solchen Schule in den hiesigen Gilden die nöthige Deckung gefunden ist. Nur die Einräumung eines Schullocals und die Heizung und Erleuchtung desselben auf städtische Kosten ist dem Gewerberathe dabei von dem Stadt-Magistrate in Aussicht gestellt. Der letztere beantragt die Zustimmung der Versammlung dazu:

daß die Schullocale in der Bürgerschule östlichen Bezirks für die Handwerker-Fortbildungsschule benutzt und die durch die Heizung der Schulclaf-

sen während der Unterrichtsstunden, welche am Sonntage von 2 bis 5 Uhr Nachmittags und am Montage und Donnerstage 7½ — 9½ Uhr Abends stattfinden sollen, entstehenden Kosten, sowie die Kosten der Beleuchtung des Unterrichts-Local's, wenigstens bis dahin, daß es sich herausstellt, daß die von den Schülern zu zahlenden Unterrichtsgelder auch zur Befreiung dieser Kosten mit zureichen, auf die Stadt-Casse übernommen werden und daß eine Gasbeleuchtung in den Unterrichtlocalen auf Kosten der Stadt-Casse eingerichtet werde.

Die Commission glaubt diesen Antrag ohne Weiteres der Versammlung zur Annahme empfehlen zu dürfen, da die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit einer solchen Handwerker-Fortbildungsschule außer Zweifel sein werde.

Herr Du enstedt bekräftigt diese Empfehlung im Interesse der hiesigen Handwerker und der gesamten Stadt auf das Dringendste.

Von der Versammlung wird die Zustimmung zu dem Antrage des Stadt-Magistrats in allen Punkten durch Beschluß ertheilt.

IV. Auf Grund eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 11. April d. J. erstattet Herr Uhde, Namens der Schul-Commission, Bericht über eine anderweite Regulirung der Gehalte der Gemeinde-Schullehrer und die damit in Verbindung stehende Erhöhung des Schulgeldes für die Gemeindeschulen.

Seit dem Jahre 1848 ist bezüglich der Salarirung der Gemeindeschullehrer in hiesiger Stadt nach einem damals festgestellten Reglement verfahren, welches die derzeitigen 27 Lehrer in fünf Gehalts-Classen vertheilt und die Gehaltsätze auf jährlich 200 fl bis zu 400 fl bestimmte. Die Vertheilung der Lehrer und die Bestimmung der Gehaltsätze war so geordnet, daß

4	Lehrer	der 1. Classe	375 — 400 fl ,
4	„	2. „	325 — 375 „
5	„	3. „	275 — 325 „
6	„	4. „	250 — 275 „
8	„	5. „	200 — 250 „

Gehalt beziehen, die Lehrer innerhalb der einzelnen Classen alle drei Jahre eine Zulage von 25 fl erhalten und nach und nach von der untern in die höhern Gehalts-Classen einrücken sollten. Gegen diese Anordnungen ist von den sämtlichen Gemeindeschullehrern Vorstellung erhoben, indem angedeutet worden, daß insbesondere aus dem Grunde, weil jede höhere Gehalts-Classe mit demselben Satze anfangs, mit welchem die niedrigeren schließen, nicht leicht ein Lehrer vor Erreichung seines 72. Lebensjahres zu dem höchsten Gehalte gelangen würde. Der Schulvorstand, welchem die Vorstellung der Schullehrer zur Prüfung und Erklärung mitgeteilt worden, hat sich für eine Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer dringend verwandt und mit dem Stadt-Magistrate ist auch die Commission darüber einverstanden, daß das bestehende Reglement den Wünschen und billigen Ansprüchen der Lehrer zumal bei den jetzigen Geldverhältnissen und Anforderungen an die Lehrer nicht mehr entspreche. Um nun die Lehrer in eine günstigere Lage zu bringen, hat der Schulvorstand vorgeschlagen, die bisherige Classeneintheilung aufzugeben und einen jeden Lehrer, seine Tüchtigkeit vorausgesetzt, alle drei Jahre eine Zulage von 25 fl zu gewähren, bis derselbe den höchsten Gehalt von 450 fl beziehe. Durch Annahme dieses Vorschlages würde zwar den

Wünschen und Interessen der Lehrer am besten entsprochen werden; allein die finanziellen Verhältnisse der hiesigen Stadt und die künftigen unausbleiblichen anderweitigen Verwendungen für die Gemeindeschulen würden es nach Ansicht des Stadt-Magistrats nicht gestatten, auf jenen Vorschlag einzugehen, da sich bei der Befolgung desselben die Zahlungen an Gehältern schon im Jahre 1864 auf 11,050 fl und im Jahre 1873 auf 12,725 fl belaufen würden, während solche jetzt die Summe von 8800 fl ausmachen. Dagegen proponirt der Stadt-Magistrat:

daß die Eintheilung in Gehalts-Classen, gleichwie in allen Zweigen des Staatsdienstes, so auch für die Gemeindeschullehrer beibehalten und die seit dem Jahre 1848 auf 30 gestiegene Lehrerzahl mit den beigelegten Gehaltsätzen in folgende Classen vertheilt werde:

4	Lehrer der 1. Classe mit	425 und 450 fl ,
5	„ „ 2. „ „	375 „ 400 „
6	„ „ 3. „ „	325 „ 350 „
7	„ „ 4. „ „	275 „ 300 „
8	„ „ 5. „ „	200, 225 und 250 fl ,

wobei es auch im Wesentlichen bei der alle drei Jahre stattgefundenen Verbesserung des Gehalts um 25 fl innerhalb der einzelnen Classen verblieben ist. Wenn diese neue Ordnung mit dem nächsten Jahre ins Leben trete, so würde die Ausgabe für die Stadt-Casse sich sofort um 375 fl , nach drei Jahren um 1075 fl und nach wiederum drei Jahren um 1200 fl gegen den jetzigen Zuschuß vermehren. Mit dieser Proposition, welcher sich auch der Schulvorstand accommodirt hat, ist die Commission nicht ganz einverstanden; sie hat zweierlei daran auszusetzen: Einerseits hält die Commission dafür, daß der Unterschied in der Zahl der Lehrer zwischen der 1. und 5. Classe zu groß, der geringere Gehalt in zu reichlichem Maße vorhanden sei und eine solche Vertheilung der Lehrer das Aufsteigen derselben von der niedrigeren Classe zu einer höhern zu lange verzögere. Andererseits wird von der Commission die Ansicht ausgesprochen, daß eine Zulage von nur 25 fl nicht merklich genug sei und keine besondere Verbesserung bewirke. Die Commission erachtet es für angemessener und richtet einen anderweiten Antrag darauf:

die bisherige Zahl der Gehalts-Classen von 5 auf 6 zu erhöhen, in jede Classe fünf Lehrer zu setzen und die Gehaltsätze mit jeder Classe um 50 fl steigen zu lassen, wonach die Gehalte auf 200, 250, 300, 350, 400 und 450 fl sich berechnen würden, und ferner die Beförderung aus einer niedern in eine höhere Classe von der Befähigung der Lehrer abhängig sein zu lassen, so daß nur derjenige Lehrer, der sich durch seine Dienstführung auszeichne, Ansprüche auf Beförderung in eine höhere Gehalts-Classen sich begründe.

Es werde anzunehmen sein, daß in jedem Jahre ein Lehrer ausscheiden, mithin nach fünf Jahren eine Gehaltsverbesserung um 50 fl eintreten und nach 25 Jahren der höchste Gehaltsatz mit 450 fl erreicht sein würde. Die hiedurch erwachsenden Kosten würden auf 9750 fl , also nur um 950 fl jährlich höher, als zur Zeit sich belaufen. Gegen diesen Antrag hat, nach Mittheilung des Herrn Referenten, auch der Herr Oberbürgermeister Caspari, der zu den Commissions-Verhandlungen eingeladen worden, seinerseits nichts Wesentliches zu erinnern gehabt.

Behuf Herbeischaffung und Deckung der durch solche Gehaltsverbesserungen entstehenden Mehrkosten ist vom Stadt-Magistrate eine Erhöhung des Schulgeldes in den hiesigen Bürgerschulen in Erwägung gezogen. Zu einer solchen Erwägung konnte schon der Umstand führen, daß seit der neuen Organisation der Bürgerschulen im Jahre 1830 bis auf die Gegenwart die Einnahme an Schulgelde von 5920 fl auf 4700 fl sich vermindert hat, während die Verwendungen für die Schulen immer erheblicher geworden sind. Letzteres hat nach Ansicht des Stadt-Magistrats insbesondere auch darin seinen Grund, daß zur Zeit höhere Anforderungen an die Gemeindeschulen gestellt werden, und wenn es auch nicht billig und nicht zulässig erscheint, die Ausgaben für die Schulen durch das Schulgeld decken zu wollen, so ist bei dem jetzigen Stande des Schulwesens doch wohl Veranlassung gegeben, eine anderweite Ausgleichung zwischen den Einnahmen und Ausgaben zu versuchen, die nur durch eine entsprechende Erhöhung des Schulgeldes und durch Verminderung der Erlasse an Schulgeld wird herbeigeführt werden können. Diese Maßnahme ist durch das weitere Ergebniss gerechtfertigt, daß das Schulgeld für die hiesigen Bürgerschulen immer noch geringer sich herausstellt, als in andern größeren deutschen Städten und sogar als in der hiesigen Waisenhauschule, nachdem für letztere das Schulgeld vor Kurzem um 1 fl jährlich für jede Classe erhöht worden ist und da doch die hiesigen Bürgerschulen mit der Waisenhauschule auf derselben Stufe stehen. Der Stadt-Magistrat beantragt deshalb, im Einverständniß mit dem Schulvorstande:

daß das Schulgeld in jeder Classe der hiesigen Bürgerschulen von Michaelis d. J. an um 1 fl jährlich erhöht werde, wodurch die Mehrausgaben für die Verbesserung der Gehalte der Lehrer gedeckt werden würden.

Endlich ist noch in dem Schreiben des Stadt-Magistrats darauf hingewiesen, daß von der seit dem Jahre 1830 eingeführten Begünstigung, nach welcher von 3 oder 4 Geschwistern, die zu gleicher Zeit die Schule besuchen, das jüngste, beziehungsweise das älteste Kind, von fünf Geschwistern aber die beiden jüngsten, vom Schulgelde befreit werden, sobald die Ältern darauf antragen, von Jedermann gewissermaßen als von einem guten Rechte Gebrauch gemacht worden, während doch nur die Absicht gewesen ist, den bedürftigen Eltern dabei zu Hilfe zu kommen. Der Stadt-Magistrat giebt in dieser Beziehung anheim:

die Befreiung des dritten und folgenden Kindes von mehreren zugleich die Schule besuchenden Kindern vom Schulgelde auf den Fall der Bedürftigkeit der Eltern zu beschränken.

Die Commission erklärt sich mit diesen Anträgen einverstanden und giebt deren Annahme der Versammlung anheim.

Auf die Anfrage des Herrn Vorsitzenden, ob die Versammlung geneigt sei, sofort zur Berathung dieser Angelegenheit überzugehen, oder ob sie bei der Wichtigkeit derselben nicht vorziehen würde, die Sache einstweilen für sich in weitere Erwägung zu nehmen und in einer nächsten Sitzung ihre Ansichten zu äußern, spricht sich die Versammlung für letzteres aus, in der Erwartung, daß alsdann noch einmal die Hauptpunkte von der Commission würden zum Vortrage gebracht werden.

V. Der Herr Vorsitzende macht der Versammlung Mittheilung aus einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 29. v. Mts., inhalts dessen, nach Maßgabe des §. 5 der neuen Feuerlösch-Ordnung für die hiesige Stadt vom 15. Juli d. J. zur

Aufstellung und Berichtigung des Verzeichnisses der Mitglieder des Löschvereins, sowie der Verzeichnung und Beaufsichtigung der Löschgeräthschaften von der Herzogl. Polizei-Direction in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate in dem Mechanicus Albert Schmidt eine geeignete Person gefunden ist. Der Letztere hat sich auch bereit erklärt, gegen eine jährliche Remuneration von 50 fl die desfallige Geschäftsführung zu übernehmen. Die Zahlung jener Remuneration würde aus der Stadt-Casse erfolgen und in dieser Beziehung beantragt der Stadt-Magistrat:

für die gedachte von dem Schmidt von Michaelis d. J. an zu übernehmende Geschäftsführung eine jährliche Remuneration von 50 fl aus der Stadt-Casse zu bewilligen.

Die Versammlung spricht ohne weitere Debatte diese Bewilligung durch Beschluß aus.

Schließlich fordert der Herr Vorsitzende die Bau-Commission auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Versammlung bald von dem restaurirten Saale im Neustadt-Rathhause Gebrauch machen könne.

Die Sitzung wird hierauf, unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung, von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 13. September 1855.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Der zum ersten Male in dieser Versammlung erschienene Herr Bierbaum wird von dem Herrn Vorsitzenden Namens der Versammlung willkommen geheissen.

Die Abwesenheit der Herren Helfft, Quenstedt und Kellner die verreist sind und der Herren Aronheim, Graß und Steinmeyer, welche durch dringende Geschäfte am Erscheinen in der heutigen Sitzung verhindert sind, wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Auf die Mittheilung des Herrn Vorsitzenden, daß die Aufnahme der Berichtserstattung und Berathung über den von dem Herrn Wankelius schon vor geraumer Zeit gestellten Antrag, die Erweiterung und Reorganisation der Realschule betr., in die Tagesordnung beabsichtigt, jedoch übersehen sei, wird von der Versammlung kein Widerspruch dagegen erhoben, daß jene Angelegenheit ebenfalls in der heutigen Sitzung zur Verhandlung zugelassen werde.

Das Protokoll über die letzte Sitzung am 6. d. Mts. wird von dem Protokollführer verlesen und mit einer von dem Herrn Nieß gewünschten Aenderung der Versammlung genehmigt.

1. Unter Bezugnahme auf die Verhandlung in der letzten Sitzung über eine anderweite Regulirung der Gehalte der Gemeindeschullehrer und die damit in Verbindung stehende Erhöhung des Schulgeldes für die Gemeindeschulen trägt Herr Uebe, Namens der Schul-Commission, der Versammlung noch einmal die Hauptpunkte vor,

auf welche es für die weitere Berathung und endliche Beschlußnahme ankommen würde. Da nach Ansicht des Herrn Referenten nur durch eine Erhöhung des Schulgeldes um einen Thaler jährlich für jede Classe und durch eine Beschränkung der Befreiungen vom Schulgelde, wie solche bisher bei dem gleichzeitigen Schulbesuche mehrerer Kinder einer Familie zugestanden worden, die Mittel herbeigeschaft werden könnten, um eine Verbesserung der Gehalte der Lehrer ohne zu große Opfer möglich zu machen, so würden zwar jene beiden Fragen zunächst zur Erörterung und zum Beschlusse verstellt werden müssen, indessen bleibe die Entscheidung über die beabsichtigte Verbesserung der Lehrergehälter immer der wesentlichste Theil der Verhandlungen. Aus einer Vergleichung der beiden vorliegenden, — von dem Herrn Redner nochmals mitgetheilten und in ihren finanziellen Unterschieden näher erläuterten —, Vorschlägen des Stadt-Magistrats und der Commission ergebe sich, daß den Lehrern nach der Gehalts-Berechnung der Commission etwa 75 fl mehr zugewendet würden, als nach der vom Stadt-Magistrate proponirten Gehalts-Bestimmung. Freilich komme dieser Mehrbetrag nur den Lehrern in den von der Commission vorgeschlagenen vier ersten Classen zu Gute, während sich die Gehaltsätze in den beiden untern Classen um etwas geringer herausstellten, als für eine gleiche Zahl von Lehrern nach dem Vorschlage des Stadt-Magistrats der Fall sein würde. — Nach den inzwischen kund gewordenen Ansichten und Wünschen der Lehrer seien dieselben im Wesentlichen mit dem Vorschlage der Commission einverstanden, nur möchten sie denselben dahin noch ergänzt sehen, daß für die beiden untern Classen die Gehaltszulage von 25 fl je nach Verlauf von drei Jahren beibehalten werde, weit nach dem Maße der Gehalts-Beträge eine Zulage selbst von nur 25 fl schon ganz angenehmt sei, eine Anstellung als Lehrer doch in der Regel nicht vor dem 30. Lebensjahre eintrete und der Anstellung sehr bald eine Verheirathung nachzufolgen pflege, so daß schon in den ersten Jahren nach der Anstellung eine solche Gehaltszulage ganz ersprießlich sein werde. Es habe sich, wird gegen diesen Einwand von der Commission vorgetragen, allerdings thatsächlich gezeigt, daß in der neuern Zeit eine Anstellung als Lehrer meistens erst um das 30. Lebensjahr erfolgt sei; allein dieses Ergebnis könne nur Ausnahmeverhältnissen zugeschrieben werden. Unter Andern liege der Grund davon in den Schulamts-Candidaten selbst, die in dem hiesigen Vorseminare ihre weitere Ausbildung suchten und die Zeit erwarteten, wann sie angestellt werden würden, ohne sich zu bemühen, ein anderweites Unterkommen für sich zu finden. Daher habe sich in den letzten Jahren die Zahl solcher Candidaten sehr vermehrt gehabt; wenn aber jetzt der Zugang zu dem Lehrerstande erkennbar geringer geworden sei, so werde das angemessenere Verhältniß zur Geltung kommen, daß die Candidaten schon mit dem 25. Lebensjahre zu einer Anstellung gelangen würden. Für Lehrer dieses Alters dürften die geringeren Gehaltsätze nach dem Vorschlage der Commission genügen und dürfte es zweckmäßig erscheinen, vorzugsweise auf die Verbesserung der Gehälter der ältern, zu größeren Ansprüchen an das Leben getriebenen Lehrer Bedacht zu nehmen. Gleichwohl habe die Commission nichts Erhebliches dagegen zu erinnern, wenn innerhalb der von ihr vorgeschlagenen letzten beiden Gehalts-Classen die bisher üblich gewesene Zulage von 25 fl nach dreijähriger Dienstzeit beibehalten, oder aber, nach dem persönlichen Vorschlage des Herrn Referenten, dem Stadt-Magistrate eine Summe von 125 bis 150 fl zur Disposition gestellt werde, um eintretenden Falls je nach den Verhältnissen der jenen beiden Classen angehörigen Lehrer eine

Gehaltszulage von jährlich 25 fl gewähren zu können. Hierdurch würde sich die Erhöhung der Gehalte auf 975 fl , + 150 fl , also bis auf 1100 fl belaufen. — Ein anderweiter Vorschlag der Lehrer, diese in fünf Gehalts-Classen mit je sechs Lehrern zu vertheilen und die Gehalte in den einzelnen Classen auf 250, 300, 350, 400 und 450 fl festzusetzen, werde nicht zu berücksichtigen sein, weil danach die Gehalts-Erhö-
 hung im Ganzen von 8800 fl , nach ihrem jetzigen Betrage, auf 10,500 fl , also um 1700 fl höher steigen würde und dafür die aus einer nur zu 1200 fl veranschlagten Schulgeld-Erhö-
 hung herzunehmenden Mittel nicht ausreichten.

Rückfichtlich der in Frage stehenden Erhöhung des Schulgeldes erhält zunächst Herr Denecke das Wort:

Daß die Gehalte der Lehrer verbessert würden, sei gewiß wünschenswerth und billig, da jetzt höhere Anforderungen an dieselben gestellt würden und sie dafür auch angemessener salarirt zu werden verdienten. Eine solche Gehaltsvermehrung aber durch eine Erhöhung des Schulgeldes decken zu wollen, erscheine wenigstens zur Zeit, wo die Preise aller Lebensbedürfnisse sich gesteigert hätten, gerade für die Bürgerschulen nicht empfehlenswerth, weil vielleicht drei Vierteltheile der diese Schulen besuchenden Kinder weniger bemittelten Vätern angehörten. Mit der Waisenhauschule verhalte es sich etwas anders, da diese zum größten Theile von Kindern bemittelter Vätern besucht würde. Wenn daher auch jetzt schon mit der Verbesserung der Gehalte der Lehrer vorgegangen werden möchte, so sei lieber zu dem Auskunftsmittel zu schreiten, den nöthigen Betrag der Gehaltsvermehrung einstweilen der Stadt-Casse zu entnehmen und später erst die Schulgelds-Erhö-
 hung eintreten zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Caspari: Die augenblicklichen Theuerungsverhältnisse könnten immerhin wohl zur Zeit gegen eine Schulgelds-Erhö-
 hung, deren Beantragung vom Stadt-Magistrate übrigens schon im Frühjahr d. J., wo günstigere Hoffnungen und Aussichten auf eine gute Erndte vorhanden gewesen, beschlossen sei, geltend gemacht werden; voraussichtlich werde aber die Schulgelds-Erhö-
 hung, da bis Michaelis d. J. schwerlich noch die nöthigen Anordnungen und Einrichtungen getroffen werden könnten, bis Ostern d. J., mit welchem Zeitpunkte wiederum die drückendere Periode vorübergegangen sein werde, verbleiben müssen; selbst aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen werde die beabsichtigte Erhöhung des Schulgeldes die Aufwandskräfte der betreffenden Personen nicht übersteigen und denselben nicht zu fühlbar werden. An und für sich erscheine die Maßregel genügend gerechtfertigt und durch die Umstände gewissermaßen geboten, da die Bürgerschulen rücksichtlich des Unterrichts jetzt höhere Anforderungen zu erfüllen hätten und erfüllten, als früher, in andern Städten das Schulgeld höher sich belaufe, als hier, und auch schon in der hiesigen Waisenhauschule zur Zeit mehr Schulgeld bezahlt werde, als in den Bürgerschulen. Die Erhöhung des Schulgeldes habe den Besuch jener Schule nicht vermindert; im Gegentheile sei der Zubrang zu der Waisenhaus-Schule eher größer geworden und dürfe auch hierin, ganz entsprechend den Ansichten und Wünschen der dirigirenden Lehrer und des Schul-
 directors, eine Veranlassung gefunden werden, auch für die Bürgerschulen das Schul-
 geld zu erhöhen, damit es nicht den Anschein gewinne, als wenn der Unterricht in der Waisenhaus-Schule ein besserer sei, als in den Bürgerschulen. Würden übrigens

nach gegenwärtiger Erhöhung des Schulgeldes, wie wohl zu erwarten stehe, Ermäßigungs- oder Erlaß-Gesuche vorkommen, so würde je nach den Umständen der betreffenden Personen eine billigere Ermäßigung in den einzelnen Fällen einstweilen Platz greifen.

Die Herren Uhde, G. Klotz und Nieß sprechen sich ebenfalls für eine Erhöhung des Schulgeldes in den Bürgerschulen, die, wenn sie nicht schon mit Michaelis d. J. ins Leben treten, doch vielleicht mit Neujahr eingeführt werden könnte, aus, zumal ein vierteljährlicher Mehrbetrag von 6 *gr* nicht für zu empfindlich oder zu drückend gehalten werden dürfe. Auf der andern Seite und vorzugsweise sei aber zu bedenken, daß die Schullehrer bei der jetzigen Theuerung verhältnißmäßig mehr zu leiden hätten, wenn ihnen die zugedachte Gehaltsverbesserung länger noch vorbehalten bleibe, als die Personen, welche zur Zahlung jenes geringen Mehrbetrags an Schulgelde angestrengt sein würden.

Die Versammlung beschließt:

daß das Schulgeld in jeder Classe der hiesigen Bürgerschulen von Michaelis d. J. an, oder doch sobald als sonst thunlich, um 1 *℥* jährlich erhöht werde.

Hiernächst handelt es sich um die fernere Proposition des Stadt-Magistrats:

die Befreiung des dritten und folgenden Kindes von mehreren zugleich die Schule besuchenden Kindern vom Schulgelde auf den Fall der Bedürftigkeit der Aeltern zu beschränken.

Herr Röpké wünscht, daß die Befreiung allen den Aeltern, welche darum nachsuchen würden, in den angedeuteten Fällen, die ohnehin wohl nur zu den Ausnahmefällen zu rechnen wären, zugestanden werden möge, da Niemand sich um die Erlangung der derartigen Vortheile bemühen werde, für den es nicht Noth thue, und außerdem das Zugeständniß oder Nichtzugeständniß solcher Befreiung einer zu willkührlichen Beurtheilung überlassen bleibe.

Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Uhde und Lüdcke versichern, daß in den allermeisten Fällen, die gar nicht so selten vorkämen, von den betreffenden Aeltern ohne Unterschied jene Befreiung als ein gutes Recht in Anspruch genommen, die Beurtheilung der Bedürftigkeit oder Nichtbedürftigkeit übrigens nicht schwieriger sei, als die Entscheidung über andere Gesuche um Erlaß an Schulgelde, und bei den neuern Berathungen der Stadthaushalts-Stats wiederholt dahin gestrebt worden, Ermäßigungen oder Erlasse an Schulgelde nur unter den dringendsten Verhältnissen zuzugestehen.

Durch den Beschluß der Versammlung wird die vorgedachte Proposition des Stadt-Magistrats angenommen.

Endlich wird von dem Herrn Vorsitzenden der Hauptpunkt zur weitem Verhandlung gestellt und es dreht sich für denselben die Frage darum, einerseits ob überhaupt eine Verbesserung der Schullehrer-Gehalte vorgenommen werden, andererseits in welcher Weise die Verbesserung geschehen solle, ob nach dem Vorschlage des Stadt-Magistrats oder der Commission, etwa in Verbindung mit dem besondern Antrage des Herrn Uhde.

Gegen die Verbesserung der Gehalte überhaupt erfolgt aus der Versammlung von keiner Seite ein Widerspruch.

Die Art und Weise und das Maß giebt dem Herrn Oberbürgermeister Caspari zur folgenden weitem Erörterung Veranlassung:

Für die vorgeschlagene Verbesserung der Verhältnisse der Schullehrer durch Gehalts-Erhöhungen habe der Stadt-Magistrat die finanziellen Kräfte der hiesigen Stadt nicht unberücksichtigt lassen dürfen und dabei nicht übersehen können, daß auch noch andere wichtige Einrichtungen, z. B. die Anlegung einer Wasserleitung, die Erneuerung des Straßenpflasters, sehr bedeutende Ausgaben machen würden. Deshalb sei aber auch um so ernstlicher erwogen, ob für die hiesigen Gemeindeschulen noch ein Mehres gethan werden könne, als bisher schon sowohl für die Bürgerschulen, wie für die Freischulen geschehen sei, und auf welche Weise der etwaige Mehraufwand einigermaßen zu decken sein werde. Die Verbesserung der Schullehrer-Gehalte sei geboten erschienen und zum Zwecke derselben in der Erhöhung des Schulgelbes ein entsprechendes Deckungsmittel gefunden. Bezüglich des auf ungefähr 1200 fl veranschlagten Mehrbetrages an Schulgelde werde es sich aber erst im Verlaufe der nächsten Jahre herausstellen, ob jene Summe werde gewonnen werden, da in der ersten Zeit wohl häufiger Ermäßigungen und Erlasse möchten gewährt werden müssen. Gegenüber diesen finanziellen Bedenken sei der Vorschlag des Stadt-Magistrats eher sofort ausführbar, als der der Commission, weil jener nicht auf einmal einen so großen Zuschuß zu dem Schullehrer-Gehalte in Anspruch nehme. Sollte daher der Commissions-Vorschlag in der Versammlung Annahme finden, so möge zugleich derselbe als das demnächst zu erreichende Ziel hingestellt, der Stadt-Magistrat aber nicht veranlaßt werden, denselben sofort zur Ausführung zu bringen. — Um übrigens dem Vorschlage des Stadt-Magistrats eine vielleicht zu wünschende Erweiterung zu geben, könnte das Zahlenverhältniß etwa dahin modificirt werden, daß in die erste Gehaltsklasse fünf Lehrer gebracht würden und die letzte Gehaltsklasse auf sieben Lehrer beschränkt würde. Die Gehalte selbst seien durchweg immer noch nicht von dem Betrage, daß nicht von den Lehrern eine Gehaltszulage von 25 fl nach drei Jahren lieber gesehen werden sollte, als eine Zulage von 50 fl nach 5 Jahren. Zudem spreche auch die Erfahrung aus der neuesten Zeit nicht dafür, daß von 30 Lehrern alljährlich Einer ausscheiden, mithin schon nach 5 Jahren eine Gehalts-Verbesserung von 50 fl erfolgen werde, da seit dem Jahre 1848 nur drei Lehrer nicht einmal verstorben, sondern nur pensionirt seien. Nach dem Vorschlage des Stadt-Magistrats seien auch die Lehrer von vornherein davon in Kenntniß gesetzt, wann sie auf die bestimmten Gehaltszulagen zu rechnen haben würden, und sei besser für die in den untern Gehaltsklassen stehenden Lehrer gesorgt, da die Anstellungen nicht in einem so zeitigen Lebensalter vorkämen, als daß nicht bald Verheirathungen nachfolgen würden. Darum sei endlich an dem bisherigen Verfahren, innerhalb der einzelnen Gehaltsklassen nach dreijähriger Dienstzeit eine Zulage von 25 fl von selbst eintreten zu lassen, von dem Stadt-Magistrate festgehalten, zumal die Beurtheilung der Fähigkeit oder Würdigkeit eines Lehrers mit größern Bedenken und Schwierigkeiten verbunden sein würde. Noch weniger werde aber der Antrag beim Stadt-Magistrate Anklang finden, daß alljährlich 125—150 fl für Zulagen von 25 fl zur Verfügung gestellt bleiben, da dieses Auskunftsmittel nicht bloß zur Folge

hätte, daß von den Lehrern jährliche Gesuche um Gehaltszulagen einlaufen würden, sondern auch der ganzen Eintheilung in Gehaltsclassen nicht entsprechend wäre. — Hiernach erscheine, wenn insbesondere die angedeutete Aenderung, daß in die erste Classe fünf und in die letzte Classe sieben Lehrer gesetzt würden, gut geheißen werde, der Vorschlag des Stadt-Magistrats, mit dessen Ausführung alsdann auch vielleicht schon zu Neujahr k. S. der Anfang gemacht werden könnte, empfehlenswerther, als der Vorschlag der Commission, rücksichtlich dessen, falls derselbe dennoch angenommen werden sollte, dem Stadt-Magistrate die Bestimmung des Zeitpunktes überlassen werden müsse, von welchem an die Ausführung desselben thunlich sein werde.

Herr Uhde findet nichts dagegen einzuwenden, daß der Vorschlag der Commission nach und nach, jedoch sobald als thunlich und in dem Maße zur Ausführung gebracht würde, als die für die Verbesserung der Gehalte der Lehrer zunächst aus dem erhöhten Schulgelds-Beträge bestimmten Geldmittel vorhanden wären, so daß alsdann auch die Summe, welche zur Ausführung des Antrages des Stadt-Magistrats als verfügbar jährlich vorausgesetzt seien, auf die Ausführung des Commissions-Vorschlages verwendet würden. Die von der Commission ihrem Vorschlage unterstellte Annahme, daß mit je fünf Jahren eine Gehaltszulage erfolgen werde, habe als Durchschnitts-Berechnung wohl einige Wahrscheinlichkeit für sich, da, wenn auch von den 30 Lehrern nicht regelmäßig jährlich Einer auscheiden werde, doch die Dienstfähigkeit eines Lehrers überhaupt nicht gerade über das 60. Lebensjahr hinausgesetzt werden dürfe und unter den Lehrern in vorgerücktern Lebensaltern hin und wieder in kürzerer Zeit mehre Fälle vorkommen würden, welche sei es durch den Tod oder auch nur durch die Pensionirung eines Lehrers das Aufücken in eine höhere Gehaltsklasse beförderten. Nicht angemessen erscheine es der Commission aber auch ferner noch, für Gehaltszulagen allein eine gewisse Dienstzeit entscheiden zu lassen. Dadurch werde insbesondere dem weniger tüchtigen und weniger eifrigen Lehrer ein großer für die Schule nachtheiliger Vorschub geleistet, so bequem es auch sei, bei Gehaltsverbesserungen lediglich auf das Dienstalter Rücksicht zu nehmen. Die größere Schwierigkeit, unter guten Lehrern den in jeder Beziehung befähigten Lehrer sicher zu erkennen, sollte von dem entgegengesetzten Verfahren nicht abhalten, da es bei den Lehrern vorzugsweise auf die persönlichen Qualificationen, namentlich auch auf den Eifer, auf das Gemüth eines Lehrers ankomme. Abgesehen davon, daß die alleinige Berücksichtigung des Dienstalters auf den Lehrerstand im Allgemeinen nachtheilig einwirke, indem dadurch das Streben nach Ausbildung und Auszeichnung geschwächt werde, führe jenes Verfahren auch nur zu leicht dazu, bei der Versetzung eines Lehrers in eine höhere Gehaltsklasse auf das Dienstalter zu viel Gewicht zu legen. Sollte es von der Versammlung für wünschenswerth und angemessen gehalten werden, die Verhältnisse der geringer salarirten Lehrer noch etwas mehr zu verbessern, so habe die Commission nichts dagegen einzuwenden, daß den Lehrern in den beiden untern Gehaltsclassen nach der von der Commission vorgeschlagenen Eintheilung eine Zulage von 25 fl nach Ablauf von je drei Jahren gewährt werde, wogegen der Antrag, dem Stadt-Magistrate zu dem im Wesentlichen gleichen Zwecke eine jährliche Summe von 125–150 fl zur Disposition zu stellen, damit fallen gelassen sein solle.

Herr Overbürgermeister Caspari ist der Meinung, daß die Verbesserung der

Gehalte der Lehrer nach dem Vorschlage der Commission nicht sobald werde zur Ausführung kommen, da es dem Schulvorstande und dem Stadt-Magistrate durchaus wünschenswerth erscheinen müsse, von Anfang an bei einer anderweiten Feststellung der Lehrergehälter nach einem bestimmten Grundsatz zu verfahren und selbst die ange-deutete allmälige Durchführung des Commission's-Vorschlages zu vermeiden, weil durch dieselbe den Lehrern wiederum nur Gelegenheit gegeben würde, mit Gesuchen um Gehaltszulagen einzukommen, sobald von ihnen in Erfahrung gebracht wäre, daß sich in Folge der Erhöhung des Schulgeldes wohl schon ein entsprechender Fonds angesammelt hätte; der Vorschlag des Stadt-Magistrats werde eine frühzeitigere, sofort mit der Erhöhung des Schulgeldes beginnende Ausführung gestatten. Soviel die Versetzung eines Lehrers aus einer niedrigeren in eine höhere Gehaltsklasse betreffe, so werde dabei zwar auch auf das Dienstalter Rücksicht genommen werden, vorzugsweise aber die größere Würdigkeit entscheidend bleiben, was um so sicherer zu erwarten sei, als der Schulvorstand, der das finanzielle Interesse hierbei nicht zu vertreten habe, das Aufrücken in eine höhere Gehaltsklasse bestimme, obwohl auch der Stadt-Magistrat selbst sich in dieser Beziehung nicht durch andere Rücksichten leiten lassen werde.

Herr Lüdcke erklärt sich, bevormortend, daß auf ihn die Entscheidung in der vorliegenden Angelegenheit keinen Bezug habe, für den Vorschlag der Commission mit der angedeuteten Erweiterung desselben, daß für die beiden untern Gehaltsklassen die dreijährigen Zulagen von 25 fl beibehalten werden. Früher sei es den Lehrern leichter möglich gewesen, sich durch Ertheilung von Privatunterricht in nicht unerhebliches Einkommen neben ihrem Gehalte zu verschaffen; jetzt werde ihre Thätigkeit mehr von ihren Dienstgeschäften in Anspruch genommen. Dafür müßten aber auch die Lehrer jetzt rücksichtlich ihrer Gehälter in eine thunlichst bessere Lage gebracht werden, damit sie nicht mit Nahrungssorgen, die ihre geistigen Kräfte nur lähmen würden, zu kämpfen hätten.

Herr Rischbieter hält es für billig und gerecht und mit den finanziellen Kräften der hiesigen Stadt auch für verträglich, den Lehrern eine noch umfangreichere Gehaltsverbesserung, als bisher vorgeschlagen worden, zuzugestehen, indem er beantragt:

den Gehalt der Lehrer in den von der Commission vorgeschlagenen sechs Classen im niedrigsten Satze von 250 fl bis zu dem höchsten Satze von 500 fl hinauf festzustellen,

und zur Rechtfertigung dieses Antrages noch hervorhebt, daß selbst die angestellten Schreiber kaum einen geringeren Gehalt bezögen.

Nach erfolgtem Schlusse der Debatte wird, nachdem der Herr Vorsitzende die zur Entscheidung stehenden Anträge in einer Zusammenstellung der Versammlung noch einmal vorgetragen hat, zur Abstimmung geschritten, und diese ergiebt:

daß der Antrag des Herrn Rischbieter abgelehnt,

daß dagegen der Vorschlag der Commission mit 14 unter 20 Stimmen angenommen wird.

Diesem Vorschlage wird jedoch durch den fernern Beschluß der Versammlung noch die Erweiterung gegeben:

daß für die beiden untern Gehaltsklassen das bisherige Verfahren beibehalten werde, nach welchem den in diesen Gehaltsklassen stehenden Lehrern, nach dem Ablaufe einer dreijährigen Dienstzeit eine Gehaltszulage von 25 \mathfrak{R} zukomme;

und wird endlich noch von der Versammlung beschlossen:

an den Stadt-Magistrat das Ersuchen zu richten, sich mit den diesseitigen Beschlüssen einverstanden zu erklären und in solchem Falle die entsprechende Verbesserung der Lehrergehälter sobald und insoweit zur Ausführung zu bringen, als es die für diesen Zweck in Aussicht stehenden Geldmittel gestatten würden.

II. Ueber den von dem Herrn Wankelius in der Sitzung am 11. Mai v. J. gestellten und motivirten Antrag auf Erweiterung und Reorganisation der Realschule, Namens der Schul-Commission, Herr Uhde Bericht:

Nach den eingezogenen Erkundigungen sei schon einige Male bei Herzogl. Staats-Ministerium darauf angetragen, daß dem hiesigen Realgymnasium als derjenigen Anstalt, in welcher die Schüler für ihren demnächstigen eigentlich bürgerlichen Beruf ihre Vorbereitung und Ausbildung erhalten sollten, eine Umgestaltung gegeben werden möge, durch welche den angedeuteten Unterrichtszwecken genügender, als bisher, entsprochen würde. Da durch derartige Anträge bisher nichts erreicht worden sei und überhaupt nichts zu erreichen sein werde, so lange das Real-Gymnasium in seiner jetzigen Verbindung mit den übrigen Gymnasien, denen als Unterrichts- und Vorbildungs-Anstalten für angehende Staatsdiener der Staat eine vorzugsweise Aufmerksamkeit zuwenden würde, bleibe, so werde das Realgymnasium nur alsdann seiner eigentlichen Bestimmung mit besserem Erfolge entgegengeführt werden können, wenn dasselbe zu einer städtischen Schulanstalt gemacht würde. Die Verbindung zwischen dem Real-Gymnasium und den andern Gymnasien sei eine ziemlich lockere und werde sich auch rücksichtlich der finanziellen Verhältnisse nicht zu schwer lösen lassen, da die Einkünfte dieser Anstalten zum Theil aus kirchlichen Mitteln und aus Legaten flössen. Was davon in seiner jetzigen Verbindung dem Realgymnasium zugewendet würde, sei nicht genügend, um die allerdings nicht unbedeutenden Kosten einer solchen Realschule, die mit Sammlungen mancher Art, mit einem physikalischen Cabinet, mit einem chemischen Laboratorium ausgestattet werden müßte, entsprechend decken zu helfen. Zu einem größern Kostenaufwande für das Real-Gymnasium werde sich, wie schon aus den demselben zugewiesenen mangelhaften Localitäten zu vermuthen sei, der Staat nicht wohl verstehen, und wenn auf der anderen Seite zugestanden werden müsse, daß die überwiegende Zahl der das Real-Gymnasium besuchenden Schüler dem höhern, eigentlich bürgerlichen Berufe sich zu widmen beabsichtige, so werde, solle und müsse eine dieser Bestimmung entsprechende Realschule gegründet und erhalten werden, der Antrag gerechtfertigt erscheinen:

dem Stadt-Magistrate anheimzugeben, die Uebernahme des Real-Gymnasiums Seitens der hiesigen Stadt unter den möglichst günstigen Bedingungen bei Herzoglichem Staats-Ministerium in Vorschlag zu bringen, zu fördern und zu bewirken.

Herr Wankelius ist mit diesem Antrage ganz einverstanden, indem er hofft, daß auf diesem Wege eine den jetzigen Anforderungen besser genügende Real-Schul-anstalt werde ins Leben gerufen werden können.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält es für ganz angemessen, daß eine solche Realschule unter die Einwirkung der städtischen Behörden gestellt werde, und glaubt versichern zu dürfen, daß der Stadt-Magistrat, obwohl zur Erhaltung einer Realschule ungeachtet einer billigen Auseinandersetzung mit der Herzogl. Landesregierung wegen der Uebernahme des Real-Gymnasiums nicht unbedeutende Zuschüsse aus städtischen Mitteln zu leisten sein würden, den Antrag der Commission gern berücksichtigen werde.

Durch die Abstimmung wird der Antrag der Commission zu einem Beschlusse der Versammlung erhoben.

III. Der nach §. 52 der revidirten Feuerordnung für die hiesige Stadt vom 1. Juli d. J. zu bildenden Commission, welche über die Gesuche um Abweichung von den gegebenen Bauvorschriften zu entscheiden hat, wird nach einer Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 29. v. Mts. als Mitglied Herr Oberbürgermeister Caspari beitreten und in Behinderungsfällen von dem Herrn Stadtrath Mack vertreten werden; Seitens der Versammlung werden in diese Commission die Herren Rischbieter, Denecke und Häusler durch Stimmenmehrheit gewählt.

IV. Ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 3. v. Mts. nimmt Bezug auf einen Beschluß der Versammlung in der Sitzung vom 15. Juni v. J., nach welchem das Haus N 57 am Brüdern-Kirchhofe unter den damals angebotenen Bedingungen auf Kosten der Stadt-Casse angekauft, mit dem Abbruche dieses und des Hauses N 55 daselbst aber bis zu erfolgter, weiterer Vereinbarung Anstand genommen werden sollte. Auf Veranlassung dieses Beschlusses ist vom Stadt-Magistrate inhalts des vorgedachten Schreibens das Haus N 57 angekauft und wird dasselbe zu Michaelis d. J. zu weiterer Verfügung übergeben werden; die einstweilige Nutzung des Hauses von letzterm Zeitpunkte an, ist durch contractmäßige Verabredung mit den bisherigen Miethern des Hauses und dem Pächter des zu dem Hause gehörigen Landes gesichert, wobei die Miether jedoch den Wunsch ausgesprochen haben, es möge ihnen die bisherige Miethe um 1 fl ermäßigt werden. — Das Haus N 55, welches, wie schon bei den frühern Verhandlungen vorgekommen, zwar aus den Mitteln der Brüdern-Kirche, jedoch eigentlich in Verfolgung des schon damals gehegten Plans der Verschönerung des Brüdern-Kirchhofs im Interesse der hiesigen Stadt für 736 fl angekauft ist, würde nach einer Bestimmung des Herzogl. Staats-Ministeriums gegen Erstattung des Kaufpreises von der Stadt zu übernehmen sein, sobald eine anderweite Disposition über dasselbe von Seiten der Stadt getroffen werden würde. — Der Besitzer des Hauses N 56 am Brüdern-Kirchhofe hat für dasselbe den Kaufpreis von 3000 fl gefordert; dieser Preis ist dem Stadt-Magistrate zu hoch erschienen und es ist deshalb für jetzt von dem Ankaufe jenes Hauses abgesehen. — Nachdem nun einmal der Abbruch der drei Häuser N 55, 56 und 57, in früherer oder späterer Zeit, beschloffen worden und zu diesem Zwecke wenigstens die beiden Häuser N 55 und 57 ange-

kaufte sind, so hält es der Stadt-Magistrat für gerathen, den Abbruch der letztern beiden Häuser nicht mehr bis zu dem Erwerbe des Hauses *N* 56 hinauszuschieben. Beide Häuser *N* 55 und 57 befinden sich in schlechter baulicher Beschaffenheit und möchten bald einmal Reparaturen erfordern können, deren Kosten mit Rücksicht auf den bevorstehenden Abbruch der Häuser möglichst zu vermeiden sein dürften; insbesondere ist schon neuerlich von nothwendigen Reparaturen in dem Hause *N* 55, welches der Besitzer des Hauses *N* 56 in Miethe genommen und seinerseits anderweit vermietet hat, die Rede gewesen. Außerdem gewährt die Vermietzung jener beiden Häuser keine genügend gesicherte Nutzung, indem es für den Fall einer Kündigung Seitens des einen oder des andern Miethers, oder einer sonstigen Contracts-Aufhebung zweifelhaft bleibt, ob sofort ein neuer gleich guter Miether wieder gefunden werden würde; auch in dieser Beziehung hat sich gerade rücksichtlich des Hauses *N* 55 ein solcher Fall neuerlich in Aussicht gestellt. Um nun die Stadt vor desfallsigen zweifachen Nachtheilen zu bewahren und um der umständlicheren Verwaltung der Häuser überhoben zu sein, spricht sich der Stadt-Magistrat für einen Abbruch der Häuser *N* 55 und 57 zu Ostern k. Jrs. aus. — An diese Mittheilungen und Erwägungen sind vom Stadt-Magistrate folgende Anträge geknüpft, die der Versammlung zur Genehmigung und Zustimmung unterbreitet werden:

1. daß das Haus *N* 57 und das dazu gehörige Stück Land an die bisherigen Personen unter den im Wesentlichen unverändert gelassenen frühern Bedingungen einstweilen von Michaelis d. J. an vermietet, resp. verpachtet bleibe, dem Ermenen des Stadt-Magistrats überlassen werde, ob den Miethern die erbetene Ermäßigung am Miethgelde zuzugestehen sei, und rücksichtlich des Stückes Land eine vortheilhaftere Verpachtung oder etwa ein Verkauf mit Nächstem versucht werde;
2. daß die beiden Häuser *N* 55 und 57 um Ostern k. J. abgebrochen und zu diesem Behufe die laufenden Miether gekündigt werden;
3. daß der Brüdern-Kirche das Kaufcapital für das Haus *N* 55 mit 736 fl zu Ostern k. Jrs. aus der Stadt-Casse erstattet und das an dem Hause *N* 57 laut Hypothekenbuchs auf halbjährige Kündigung stehende Capital der 600 fl in Golde und 100 fl in Courant auf Ostern k. J. gekündigt und alsdann aus der Stadt-Casse gezahlt werde.

Nach kurzer Erörterung dieser in dem Schreiben des Stadt-Magistrats enthaltenen Mittheilungen und Anträge giebt Herr Grotian, als Referent der Finanz-Commission, der Versammlung anheim:

die Propositionen des Stadt-Magistrats zu billigen und zu genehmigen.

In der über diese Angelegenheit entstehenden Debatte sprechen sich die Herren Fabricius, Halle und Röppe gegen einen frühzeitigern Abbruch der Häuser *N* 55 und 57, als des Hauses *N* 56, aus, indem dieselben der Ansicht sind, daß erst durch den Abbruch der drei Häuser zu gleicher Zeit die beabsichtigte Verschönerung erreicht und durch den Abbruch nur der Häuser *N* 55 und 57 die dortige Localität gegen den jetzigen Zustand eher noch verschlechtert werde; dabei nehmen die Herren Fabricius und Halle auch Rücksicht auf den Besitzer des Hauses *N* 56, der durch

den Abbruch der beiden Nachbarhäuser einigermaßen leiden werde, und hebt insbesondere noch Herr Fabricius hervor, daß die hiesige Stadt durch die fernere Nutzung der Häuser wegen des Kaufcapitals genügend gedeckt sein werde.

Im entgegengesetzten Sinne äußern sich Herr Oberbürgermeister Caspari, Herr Grotzian und Herr Lissebon und geben gegen eine fernere Conservirung der beiden Häuser *N* 55 und 57 ihre Bedenken zu erkennen, da Ausgaben und Verluste leicht nöthig werden und eintreten könnten; eine noch größere Verschlechterung der Localität sei nicht zu besorgen, da insbesondere das baufällige Haus *N* 55 einen sehr üblen Anblick gewähre, und eine Rücksichtnahme auf den Besitzer des Hauses *N* 56 nicht begründet, da dieser noch kürzlich erklärt habe, sein Haus werde durch den Abbruch der beiden Nebenhäuser nicht gefährdet.

Ein Antrag des Herrn Fabricius:

die beiden Häuser *N* 55 und 57 so lange stehen zu lassen, bis auch das Haus *N* 56 abgebrochen werden könne,

kommt nicht weiter zur Entscheidung, indem die Versammlung durch Stimmenmehrheit: die drei Propositionen des Stadt-Magistrats zu genehmigen beschließt.

Nach einer Erinnerung Seitens des Herrn Häusler an die Erledigung der Angelegenheit wegen Erweiterung des Zuganges zum Brüdern-Zeughofe von der Schützenstraße her, Sitzung vom 15. Juni v. J., wird die heutige Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden, unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung, geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 27. September 1855.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Denecke und Helfft, welche verreist, der Herren Fabricius und Röpcke, welche durch Unwohlsein, und der Herren Rieß und Graß, welche durch dringende Geschäfte am Erscheinen in der heutigen Sitzung verhindert sind, wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Herr G. Kloss entfernt sich, nach Rücksprache mit dem Herrn Vorsitzenden, aus der Versammlung wegen besonders dringender Geschäfte.

Wegen Abwesenheit des Herrn Lohbecke liegt eine Entschuldigung nicht vor.

Das Protokoll über die letzte Sitzung am 13. d. Mts. wird von dem Protokollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Der Herr Vorsitzende kündigt der Versammlung an, daß er gegen den Schluß der heutigen Sitzung zur Wahl eines neuen Mitgliedes der Statuten-Commission an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Vieweg auffordern werde, da es bei dem Vorliegen einiger wichtiger Angelegenheiten wünschenswerth und angemessen sei, die ursprüngliche Mitgliederzahl der Statuten-Commission (zur Zeit noch durch die Herren Cronheim, Häusler, Helfft, Lissebon, Desterreich und Warrentropp vertreten) wieder herzustellen.

Tagesordnung:

1. Nach dem Vortrage des Herrn Grottrian, Namens der Finanz-Commission, hat der Stadt-Magistrat mittelst Schreibens vom 8. d. Mts. eine Punction zu einer Uebereinkunft der hiesigen Stadt mit den Besitzern des Hauses **N^o 479** an der Straße

am Bruchthore, Hoffsteinhauer- und Maurermeister Wilhelm Götter und Zimmermeister Heinrich Hermann, wegen Abtretung eines Theils von demjenigen städtischen Terrain, welches die sechs städtischen Fischhälter in sich faßt, mitgetheilt. Die genannten beiden Hausbesitzer Götter und Hermann, haben sich damit einverstanden erklärt, daß zwischen der hiesigen Stadt und ihnen ein Vertrag nach Maßgabe der aufgestellten Punctation abgeschlossen werde. Auch ist der Fischmeister Thies hieselbst, gewillt, die städtische Fischerei mit den Fischhaltern auch unter den durch jenen Contracts-Abschluß in Etwas sich verändernden Verhältnissen ferner noch unter den frühern Bedingungen in Pachtnutzung zu behalten.

Die Commission findet die in der Punctation enthaltenen Vertrags-Bestimmungen den in der Sitzung dieser Versammlung am 3. Mai d. J. vorgekommenen Verhandlungen und gefassten Beschlüssen ganz entsprechend und hält dafür, daß durch dieselben die hiebei in Frage kommenden Interessen der hiesigen Stadt in jeder Beziehung genügend berücksichtigt seien; sie sieht sich daher zu dem Antrage veranlaßt:

die Versammlung wolle zu einem desfalligen förmlichen Contracts-Abschlusse die Zustimmung ertheilen und sich zugleich auch für eine Verlängerung des zwischen der hiesigen Stadt und dem Fischmeister Thies bestehenden Pachtcontracts wegen der städtischen Fischerei mit den Fischhaltern von Michaelis d. J. an auf sechs Jahre definitiv aussprechen.

Von der Versammlung wird die beantragte Zustimmung und Genehmigung zu dem Contracts-Abschlusse mit Götter und Hermann und zu der Verlängerung des Thies'schen Pachtcontracts ohne weitere Debatte durch Beschluß ertheilt.

II. Mit einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 4. d. Mts. ist ein Bericht des Bauconducteurs Götter, welcher mit der Leitung der städtischen Begebauten beauftragt ist, übersandt. In diesem Berichte sind unter Beifügung einer entsprechenden Zeichnung Vorschläge zur Regulirung eines Theils des Weges von der Magdeburger Straße über St. Leonhard nach der Leipziger Straße, und zwar vom Magnifikirchhofe bis zum Wege vom Steinhore, gemacht. Der bezeichnete Weg hat, nach der Mittheilung des Götter, eine sehr verschiedene Planums-Breite, die zwischen 28 bis 50 Fuß schwankt. Die letztere Breite kann nach Ansicht des Götter füglich auf 40 Fuß beschränkt werden, wodurch nicht nur die Kosten der Instanderhaltung des Weges vermindert würden, sondern auch der Weg selbst ein besseres Ansehen gewinnen würde. Eine Gelegenheit, die Wegebreite auf dieses geringere Maß von 40 Fuß zurückzuführen, ist dadurch geboten, daß der Anlieger Gärtner Heinrich Wolters, sich bereit erklärt hat, das bei solcher Verringerung der Wegesbreite vor seinem Garten liegen bleibende, auf 40 □ Ruthen berechnete Terrain käuflich anzunehmen. Außerdem will Wolters, der ihm für die käufliche Ueberlassung jenes Terrains gestellten Bedingung entsprechend, eine bessere und egalere Befriedigung seines Grundstücks nach dem Wege zu herstellen, was von Götter aus Schönheits-Rücksichten ebenfalls für wünschenswerth gehalten wird. — An einer andern Stelle, zwischen dem Wege und dem Grundstücke des Gärtners Bültemann, liegt ein 10 □ Ruthen großer Platz, welcher für den Weg selbst nicht genutzt werden kann: zum Ankaufe dieses Platzes und zur Herstellung einer angemessenen Befriedigung hat sich der Bültemann erboten. — Ist als Ankaufspreis für die eine, wie für die andere abzutretende Grundfläche auch nur der Betrag von 6—8 *z*

pro □ Ruthe geboten, so hält doch Götter einen solchen Preis nicht für zu niedrig, weil den beiden Käufern durch die Zurichtung des anzunehmenden Terrains und durch die Herstellung einer neuen Befriedigung bedeutende Kosten erwachsen würden. — Der Stadt-Magistrat giebt in seinem Schreiben anheim, diese Vorschläge des Bau-conducteurs Götter zu billigen und anzunehmen.

So viel die künftliche Abtretung von Vegeterrain an den Gärtner Bültemann betrifft, so findet die Bau-Commission nach dem Vortrage des Herrn Lissebon, als Referenten, an und für sich nichts dagegen einzuwenden, sie ist nur der Meinung, daß der Preis von 8 ggr pro □ Ruthe gar zu gering sei, und glaubt, daß ein Kaufpreis von 1 R pro □ Ruthe ohne Unbilligkeit gefordert werden dürfe, zumal das betreffende Terrain ohne große Kosten und Umstände nutzbar gemacht werden könne.

Da übrigens die Commission an eine bestimmte höhere Preis-Forderung und Vergütung ihr Votum nicht geknüpft wissen will: so beschließt die Versammlung:

den Stadt-Magistrat unter Mittheilung der erklärten Zustimmung zu dem Verkaufe des fraglichen Vegeterrains an den Gärtner Bültemann, der allerdings aber gehalten sein solle, eine angemessene Befriedigung herzurichten, zu veranlassen, eine höhere Preisforderung bis zu 1 R pro □ Ruthe zur Geltung zu bringen.

Die Verminderung der Wegesbreite auf 40 Fuß vor dem Wolters'schen Garten hält die Commission nicht für empfehlenswerth, da die jetzige zum Theil größere Breite keinen unangenehmen Anblick gewähre und beizubehalten rathsam sein möchte, um wegen der stärkern Baumpflanzungen in dem gegenüber gelegenen Bieweg'schen Garten, durch welche die Straße einigermaßen verschattet und feucht gehalten werde, dem Wege den reichlichen Luftzug nicht abzuschneiden. Außerdem werde das Terrain, welches nach dem Vorschlage des Bauconducteurs Götter dem Wolters abgetreten werden sollte, zur Lagerung von Material benutzt werden können, welches demnächst zur Besserung des sich von hier abzweigenden und nicht allzu breiten Weges nach dem Steinthore angefahren werden müßte. Endlich könne dem Wolters selbst an dem Erwerbe des fraglichen Terrains nicht zu viel gelegen sein, weil ihm die Bearbeitung des Bodens, der nach seinem Grundstücke zu etwas hinansteige, ziemlich lästig sein werde.

In Uebereinstimmung mit der Baucommission fällt der Beschluß der Versammlung dahin aus:

daß dem Gärtner Wolters die 40 □ Ruthen von dem Vegeterrain nicht abzutreten seien.

III. Ein ferneres Schreiben des Stadt-Magistrats vom 4. d. Mts. berührt die Verhältnisse der hiesigen Speise-Anstalt für Bedürftige.

Das bisher der Speise-Anstalt eingeräumt gewesene Haus N^o 2824 am Ruhfäutchenplatze ist, wie schon seit längerer Zeit von vielen Seiten ausgesprochen worden, einigermaßen haufällig und von so mangelhafter Einrichtung, daß den Vorsteherinnen dieser Anstalt der Erwerb eines bessern Locals dringend nothwendig erscheinen mußte. Ein solches ist jetzt in dem von dem Vorstande der Speise-Anstalt erkauften vormal's Mehner'schen Hause, N^o 50 am Burgplatze, gefunden. Der Kaufpreis desselben beläuft sich auf 7000 R , halb in Golde, halb in Courant; zur theilweisen Berichtigung des Kaufpreises sind dem Vorstande von der Commission, welche im Jahre 1853 eine Sammlung veranstaltet hat, um Bedürftige vermittelst der Speise-Anstalt zu unterstüt-

gen, etwa 1600 fl überwiesen, welche aus jener Sammlung noch übrig geblieben sind; ferner hat auch das Herzogl. Staats-Ministerium, den Ankauf jenes Hauses genehmigend, dem Vorstande der Speise-Anstalt zu gleichem Zwecke 500 fl verwilligt. Es würde sonach noch eine Kauffumme von etwa 5200 fl zu decken sein und dafür hat der Vorstand der Anstalt eine Beihilfe aus der Stadt-Casse erbeten, welche dazu dienen sollte, die jährliche Verzinsung der Hälfte der restbleibenden Kauffumme von 5200 fl Courant zu ermöglichen. Dabei ist von dem Vorstande vorgetragen und nachgewiesen, daß zu den voraussichtlich erforderlichen Baulichkeiten in dem erkauften neuen Hause und zu den weiteren nöthigen Anschaffungen eine Schenkung von 1000 fl gemacht und verfügbar sei, und hat Fräulein Louise Löbbecke sich verpflichtet, für die Verzinsung der zweiten Hälfte der 5200 fl nöthigenfalls persönlich zu haften, weil in dem erkauften Hause mit der Speise-Anstalt zugleich zwei Privatunternehmungen, die Bildungsanstalt für weibliche Dienstboten und der Arbeitsaal, wie bisher, vereinigt bleiben sollten und es für die letztern beiden, die Corporationsrechte nicht erlangt haben, an einer legitimen Vertretung fehlt. Nachdem insoweit der Ankauf des Mehner'schen Hauses für die Speise-Anstalt und die mit derselben verbundenen beiden Privatanstalten unterstützt und die Erhaltung dieser Anstalten gesichert worden, glaubt der Stadt-Magistrat, bei dem segensreichen Wirken insbesondere der Speise-Anstalt, eine Beihilfe aus städtischen Mitteln nicht versagen zu dürfen. Eine solche soll nach Ansicht und Vorschlag des Stadt-Magistrats gewährt werden dadurch, daß

- 1) der Service von dem unter *M* ass. 50 am Burgplatze belegenen Hause von Michaelis d. J. an abgesetzt werde;
- 2) zur Bezahlung der Zinsen, Reparaturkosten und Brandcassen-Gelder eine Summe von 120 fl jährlich in den Stadtcassen-Etat als bleibende Unterstützung für die Speiseanstalt für Bedürftige aufgenommen und mit der Zahlung schon von Michaelis d. J. an begonnen werde;
- 3) daneben die bisher alljährlich der Speise-Anstalt ausgesetzten 200 fl bleiben, jedoch nach wie vor von jedesmaliger specieller Verwilligung abhängig gemacht werden.

Der Stadt-Magistrat giebt der Versammlung anheim:
zu diesen Propositionen die Zustimmung zu erteilen.

Als Referent der Finanz-Commission spricht sich Herr Fiedel über die vorstehend mitgetheilten Verhältnisse aus und bestätigt, daß bei der Baulälligkeit des bisher von der Speise-Anstalt benutzten Hauses die vorhandenen Localitäten zu mangelhaft und zu schlecht seien, als daß dieselben dem Bedürfnisse der Anstalt ferner genügen könnten. Daher sei es Seitens des Vorstandes der Anstalt ein durchaus gerechtfertigter Wunsch, in den Besitz besserer Localitäten zu gelangen, um das Bestehen der Anstalt auch für die Zukunft zu sichern, und selbst die hiesige Stadt habe ein dringendes Interesse an der Erhaltung der Speise-Anstalt. Wenn nun jetzt die Gelegenheit geboten sei, ein geeignetes Haus für dieselbe zu acquiriren, und zwar unter anderweiten Zubußen, die nicht so leicht und insbesondere nicht in solchem Umfange wieder verfügbar werden dürften, so werde die hiesige Stadt in ihrem eigenen Interesse die erbetene Beihilfe nicht versagen können, ohne sich der Eventualität auszusetzen, später einmal für die Speise-Anstalt ein bedeutend größeres Opfer bringen zu müssen. Durch die zur Verwendung kommenden 1600 fl aus der Sammlung im Jahre 1853 und durch die

von Herzogl. Staats-Ministerium verwilligten 500 fl werde, abgesehen von den geschenkten 1000 fl , welche zur ersten Einrichtung des erkauften Hauses bestimmt seien, ein ansehnlicher Theil des Kaufpreises gedeckt. Ebenso komme der Speise-Anstalt die Verpflichtung des Fräuleins Louise Lbbecke zu Statten, für die Deckung der Hälfte der übrig bleibenden Kaufsumme, wenn auch zunächst im Interesse der beiden Privatanstalten, der Bildungs-Anstalt für weibliche Diensthöten und des Arbeitszimmers, nöthigenfalls persönlich zu haften. Unter solchen Umständen würden die Vorschläge des Stadt-Magistrats um so mehr Billigung finden, als durch die nach Maßgabe derselben der Speise-Anstalt zu gewährenden Unterstützungen die Thätigkeit der Vorsteherinnen dieser Anstalt, die sich derselben stets mit regem Eifer angenommen und selbst große Geldopfer für dieselbe nicht gescheuet hätten, wiederholt dankend anerkannt werden würde, und glaube deshalb die Commission:

die Propositionen des Stadt-Magistrats der Versammlung zur Annahme empfehlen zu dürfen:

Herr Lissebon wünscht, daß bei den beantragten Verwilligungen für die bessere Begründung der Speise-Anstalt durch den Erwerb des Mekner'schen Hauses noch auf einen andern Umstand Rücksicht genommen werden möge, sollte dafür auch noch ein Uebrigtes aus der Stadt-Casse zu verwilligen sein. Die Lage jenes Hauses, insbesondere die Straßenecke, die durch dasselbe gebildet werde, trete zu sehr hervor und sei gerade an dieser Stelle ziemlich lebhaften Passage für Fußgänger und Fuhrwerk, namentlich zur Winterszeit hinderlich und gefährlich. Diesem Uebelstande durch das Abschneiden der hervorspringenden Ecke, soweit thunlich, abzuhelfen, sei eine wohlmotivirte Forderung, der bei dieser Gelegenheit Vorschub geleistet und Nachdruck gegeben werden könnte.

Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Steinmeyer, Aronheim und Lüdecke erkennen zwar an, daß es ganz wünschenswerth sei, wenn der Straßenraum durch das Abschneiden der Ecke des Mekner'schen Hauses um etwas verbreitert würde, äußern aber ihr Bedenken dagegen, daß an die beantragten Verwilligungen eine desfallsige Bedingung geknüpft werde, zumal es sich noch nicht übersehen lasse, eines-theils, mit welchem Kostenaufwande die Hinwegnahme der vorspringenden Ecke zu ermöglichen sein werde, anderntheils, ob nicht etwa durch die daraus hervorgehende Beschränkung der Räumlichkeiten des Mekner'schen Hauses die Nutzbarkeit desselben für die Zwecke der Speiseanstalt zu sehr gestört und beeinträchtigt werden würde. Sollte in dieser Beziehung etwas geschehen, so könne höchstens durch eine Verhandlung mit dem Vorstande der Speise-Anstalt unter Zuziehung von Bauverständigen zunächst in Erwägung genommen werden, ob sich das Abschneiden der Ecke an dem in Rede stehenden Hause wohl bewerkstelligen lasse, und eventuell bei dem Vorstande der Speise-Anstalt darauf hingewirkt werden, daß solches auf Kosten der Stadt-Casse wirklich ausgeführt werde.

Dem hierauf erfolgenden Beschlusse, durch welchen die Versammlung zu den drei Propositionen des Stadt-Magistrats die Zustimmung ertheilt, tritt noch auf die desfallsige Fragsstellung des Herrn Vorsitzenden der fernerweite Beschluß der Versammlung hinzu:

daß der Stadt-Magistrat zu ersuchen sei, sich, falls es etwa für angemessen und ausführbar gehalten werde, die Straße durch das Abschneiden der

Esse an dem erkaufteu Hause zu verbreitern, eines bereitwilligen Entgegenkommens Seitens des Vorstandes der Speise-Anstalt zu versichern.

IV. In zwei Schreiben des Stadt-Magistrats vom 22. d. M. sind mit Rücksicht auf die noch immer sehr hoch gebliebenen, vielleicht noch in Etwas gesteigerten Preise aller Lebensmittel, wie aus gleichem Grunde in den letztvergangenen Jahren, so auch für den bevorstehenden Winter Unterstützungen aus städtischen Mitteln beantragt:

1) für die Speise-Anstalt für Bedürftige im Betrage zu 300 R , und

2) für die Kleinkinder-Bewahr-Anstalt im Betrage bis zu 200 R , indem aus der wohlthätigen, segensreichen Wirksamkeit beider Anstalten die Rectification solcher außerordentlichen Unterstützungen, neben der insbesondere für die Speise-Anstalt regelmäßig erfolgten Verwilligung von jährlich 200 R hergenommen ist.

Herr Födel, als Referent der Finanz-Commission, theilt mit, daß im verflossenen Winter aus der Speise-Anstalt 54017 Portionen verkauft, 779 Portionen an die Arbeiterinnen in der Speise-Anstalt und den mit derselben combinirten Anstalten abgegeben und 14081 Portionen verschenkt seien und daß sich die Portion auf etwa $8\frac{1}{2}$ L berechnet habe.

Auf die Befürwortung der Commission werden:

die beantragten Summen von 300 R resp. 200 R , als außerordentliche aus der Stadt-Casse nach Bedarf, zu entnehmende Unterstützungen zum Besten der Speise-Anstalt für Bedürftige resp. der Kleinkinder-Bewahr-Anstalt für den bevorstehenden Winter, durch den Beschluß der Versammlung verwilligt.

V. Ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 10. d. M. enthält die Schlussrechnung über diejenige Summe, welche dem Herzogl. Kriegs-Collegium für Waffen und andere Armaturstücke, die der Volks- oder Bürgerwehr aus dem Herzogl. Zeughaufe geliefert worden, aber theils überhaupt nicht, theils in nicht genügender Beschaffenheit zurückgegeben sind, annoch aus der Stadt-Casse zu erstatten sein würde.

Schon in den Sitzungen am 1. Juni und 27. Juli v. J. sind gleiche Anforderungen des Herzogl. Kriegs-Collegiums zur Verhandlung gekommen und ist eine bereits in der ersten Sitzung bewilligte Summe von 332 R 15 g 6 L aus der Stadt-Casse gezahlt. Die Anforderungen des Herzogl. Kriegs-Collegiums sind damit aber noch nicht vollständig getilgt gewesen; die weiteren Ansprüche haben noch zu umständlichen Verhandlungen des Stadt-Magistrats mit dem Herzogl. Kriegs-Collegium und in höherer Instanz mit dem Herzogl. Staats-Ministerium Veranlassung gegeben. Als Resultat der aufgestellten Berechnungen und der darüber stattgehabten Verhandlungen hat sich ergeben, daß dem Herzogl. Kriegs-Collegium eine Summe von noch 322 R 7 g aus der Stadt-Casse zu vergüten ist, nachdem an dem höher liquidirten Werths- und Schadens-Betrage schon ein erheblicher Nachlaß von Herzogl. Staats-Ministerium gewährt worden. Da nun eine weitere Ermäßigung obiger Summe nicht mehr zu erwarten steht, giebt der Stadt-Magistrat der Versammlung anheim:

die Zahlung der 322 R 7 g aus der Stadt-Casse unter der Bedingung zu genehmigen, daß damit die Forderungen des Staates wegen der bisher für die hiesige Stadt gelieferten Waffen und sonstigen Armatur-Gegenstände aller Art als vollständig berichtigt und endgiltig getilgt betrachtet werden, zugleich aber unter dem Vorbehalte für die hiesige Stadt: daß,

wenn auf die mit zur Ersatzberechnung gezogenen Waffen und sonstigen Armatur-Gegenstände vielleicht noch einige nachträglich würden zurückgeliefert werden, die für diese geleisteten Ersatzpreise an die Stadt-Casse zurückzuzahlen seien.

Die Finanz-Commission hat nach der Berichtserstattung des Herrn Grotzian aus dem Inhalte der Berechnungen und Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen, daß nichts anderes übrig bleibe, als dem Herzogl. Kriegs-Collegium die 322 fl 7 gg aus der Stadt-Casse zu erstatten und ihrem Antrage entsprechend, erfolgt durch den Beschluß der Versammlung:

die Verwilligung jener Summe aus der Stadt-Casse unter der hervorgehobenen Bedingung und dem angedeuteten Vorbehalte.

VI. Aus der vorgenommenen Wahl eines neuen Mitgliedes für die Statuten-Commission ist Herr U h d e mit großer Stimmenmehrheit hervorgegangen.

VII. Der Herr Vorsitzende hat in Folge einer von dem Herrn Overbürgermeister Caspari empfangenen Zusammenstellung und Vervollständigung der Grundsätze, welche nach frühern Beschlüssen der Versammlung, insbesondere in der Sitzung am 14. Februar 1851, bei der Veranlagung der Steuerpflichtigen zur Gemeinde- und Armensteuer und bei der Behandlung von Reclamationen gegen die erfolgten Veranlagungen beobachtet werden sollten, Veranlassung genommen, die Statuten-Commission zu einer weitem Prüfung jener Grundsätze zusammen zu berufen und auch den Herrn Overbürgermeister Caspari zu solcher Berathung einzuladen. Das Resultat dieser gemeinschaftlichen Berathung wird der Versammlung durch den Herrn Vorsitzenden bekannt gemacht und dabei die Ansicht der Statuten-Commission mitgetheilt, daß es angemessen sein werde, die durch den Beschluß der Versammlung von Neuem festgestellten Grundsätze durch den Druck zu vervielfältigen, um dieselben auf solche Weise den Steuerpflichtigen zur Kenntnissnahme und zur Nachachtung zugänglich zu machen.

Ueber einzelne der vorgeschlagenen Grundsätze, in Bezug auf welche selbst zwischen der Statuten-Commission und dem Herrn Overbürgermeister Caspari keine vollständige Einigung erreicht worden ist, entspinnt sich eine ziemlich weitläufige Debatte in welcher mehrere Vorschläge gemacht und besprochen werden ohne jedoch zu endgiltigen Resultaten zu führen, und welche schließlich von dem Herrn Vorsitzenden abgebrochen wird, um solche in einer spätern Sitzung wieder aufzunehmen und zu Ende zu bringen, weil Zeit und Umstände es nicht gestatteten noch in der heutigen Sitzung zu einem endgiltigen Beschlusse zu gelangen.

Es wird hierauf überhaupt auch die heutige Sitzung unter Vorbehalt der Verletzung des Protocolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 4. October 1855.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Steinmeier, der verreist, Nieß, der unwohl ist, und Röpkke und Graß, welche durch dringende Geschäfte abgehalten sind, wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Von dem abwesenden Herrn Uhde liegt eine Entschuldigung nicht vor.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 27. v. Mts wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Vor dem Uebergange zur Tagesordnung bringt der Herr Vorsitzende in Beziehung auf die früheren Verhandlungen in den Sitzungen am 6. und 13. v. Mts. über eine anderweite Regulirung der Gehalte der Gemeinde-Schullehrer noch einen Punkt zur Sprache, welcher der Versammlung zur einer ausdrücklichen Erklärung vorzulegen übersehen worden sei. Dem betreffenden Schreiben des Stadt-Magistrats vom 11. April d. J. sei nämlich das frühere Reglement vom Jahre 1848 beigelegt gewesen und seien in dem letztern einige Abänderungen vermerkt, welche insbesondere in Folge der von dem Stadt-Magistrate vorgeschlagenen neuen Bestimmung der Gehalte und der Gehalts-Classen der Lehrer nothwendig geworden. Da nun aber die Beschlüsse der Versammlung abweichend von den Vorschlägen des Stadt-Magistrats ausgefallen wären, so werde es sich von selbst verstehen, daß danach auch die sonst nothwendigen Reglements-Änderungen modificirt werden müßten. Abgesehen von den diesseitigen Abweichungen rücksichtlich der Bestimmung der Lehrergehälter und der Eintheilung der Lehrer nach gewissen Gehalts-Classen, seien von der Schulcommission Erinnerungen gegen die entsprechenden Reglements-Änderungen nicht erhoben und diese daher still-

schweigend gebilligt. Um dem Stadt-Magistrate gegenüber jedem Mißverständnisse und Zweifel vorzubeugen, würde es angemessen sein, wenn die Versammlung noch nachträglich sich dahin aussprechen würde:

daß eine Abänderung des Reglements vom Jahre 1848 nach Maßgabe derjenige Beschlüsse, welche dießseits rücksichtlich der Feststellung der Lehrer-gehälter und der Gehalts Classen gefaßt seien, genehm gehalten und insoweit das Einverständniß mit dem modificirten Reglement erklärt sein solle.

Eine solche Mittheilung an den Stadt-Magistrat erfährt aus der Versammlung keinen Widerspruch.

Tagesordnung:

1. Mit dem Schreiben vom 16. Juli d. J. sind vom Stadt-Magistrate die Rechnungen über den städtischen Haushalt vom Jahre 1854 zur Prüfung übersandt.

Die Berichtserstattung über diese Angelegenheit erfolgt, Namens der Finanz-Commission, durch Herrn Fud el, welcher unter Bezugnahme auf den, im 35. Stücke des Braunschweigischen Magazins von diesem Jahre neben der Uebersicht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten zu Braunschweig während des Jahres 1854 mit veröffentlichten, „Erecutions-Etat der städtischen Cassen zu Braunschweig im Jahre 1854“ nachstehende Einzelheiten hervorhebt:

Von der wirklich stattgefundenen Gesammt-

Einnahme zu	80571	fl	7	gr	10	℔
ist der Voranschlag zu	79154	fl	14	gr	8	℔

um 1416 fl 17 gr 2 ℔

übertroffen, der letztere Betrag mithin über den Voranschlag hinaus eingegangen; dagegen ist durch die Gesammt-Ausgabe zu 90578 fl 22 gr 5 ℔ der Voranschlag zu 79154 fl 14 gr 8 ℔

um 11424 fl 7 gr 9 ℔

überschritten, mithin ist um so viel mehr vorausgabt als veranschlagt worden. Diese Mehrausgabe ist insbesondere dadurch veranlaßt, daß:

- 1) an Capitalien eine Summe von 4284 fl abgeführt ist, während in dem Voranschlage nur auf eine Summe von 1265 fl gerechnet worden;
- 2) eine Summe von 3703 fl 19 gr als Capital belegt ist, worüber in dem Voranschlage ein Ansatz überhaupt fehlt;
- 3) die Unterhaltung der städtischen Gebäude und die Kosten der Reparatur des Straßenpflasters eine Ausgabe von 4152 fl 9 gr 2 ℔ in Anspruch genommen haben, während in dem Voranschlage eine Summe von nur 1891 fl 11 gr 4 ℔ angenommen ist; und
- 4) die unvorhergesehenen Ausgaben statt auf 650 fl 2 gr 7 ℔ auf insgesamt 3230 fl 4 gr 10 ℔ sich belaufen haben.

Die in dem Erecutions-Etat zu den dortigen Ausgabenposten unter Nr. 1, 2, 8 und 22 rücksichtlich der vorgedachten Mehrausgaben gegebenen specielleren Ausweise, die sich namentlich auf die Ausgaben an Straßenpflasterungskosten für 1852 und 1853 im Betrage von 1275 fl 2 gr 6 ℔, für Armaturstücke der Bürgerwehr im Betrage von 332 fl 15 gr 6 ℔ und für zu wenig genommenes Salz im Betrage von

1213 § 4 gge 10 & beziehen, lassen, nach Ansicht der Commission, die Ueberschreitung des Voranschlages gerechtfertigt und unvermeidlich erscheinen. Zu eigentlichen Erinnerungen gegen die vorgelegten Rechnungen über den städtischen Haushalt hat die Finanz-Commission auch in anderen Punkten keine Veranlassung gefunden und ihrem Antrage:

die Rechnungen über den Stadthaushalt im Jahre 1854 für justificirt zu erklären,

tritt die Versammlung, aus welcher von keiner Seite Einwendungen erhoben werden, durch Beschluß bei.

II. Die in der letzten Sitzung am 27. ~~Nov.~~ v. Mts. ausgelegten Verhandlungen über die Feststellung derjenigen Grundsätze, welche bei der Veranlagung der Steuerpflichtigen zur Gemeinde- und Armensteuer und bei der Behandlung von Reclamationen gegen die erfolgten Veranlagungen beobachtet werden sollen, werden von dem Herrn Vorsitzenden dadurch wieder aufgenommen, daß derselbe eine unter Berücksichtigung der bei den früheren Verhandlungen kund gewordenen Ansichten neu entworfene Einleitung zu dem Regulative, in welchem jene Grundsätze zusammen zu fassen wären, vorliest.

Mit dem Inhalte dieser Einleitung erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Auch finden zwei Ergänzungen des Entwurfs, welche die Verpflichtung der Commissionsmitglieder zur Verschwiegenheit über die Commissions-Verhandlungen und die Feststellung der Präclufivfrist für Reclamationen betreffen und früher gefaßten Beschlüssen entsprechen, in der von dem Herrn Vorsitzenden vorgelegten Fassung keinen Widerspruch.

Von Herrn Häusler ist schon in der letzten Sitzung die Frage angeregt, wie es zu halten sein werde, wenn die Schätzungs-Commissionen eingegangene Reclamationen zwar nicht dem Antrage des Reclamanten vollständig entsprechend, doch insoweit berücksichtigen zu können vermeinen sollten, daß die Reclamanten um eine oder mehrere Classen niedriger zu veranlagten sein würden. Nach Ansicht des Herrn Häusler, der übrigens nicht unerwähnt läßt, daß die Reclamanten häufig, bei einer nur theilweisen Berücksichtigung ihrer Reclamationen durch die Schätzungs-Commissionen, sich beruhigt und zufrieden gestellt hätten, steht ein Verfahren der letztern Art nicht in vollkommenem Einklange mit den bezüglichlichen Bestimmungen der Städteordnung; vielmehr würde in dem Falle, wenn die Commissionen nicht vollständig auf den Antrag der Reclamanten einzugehen vermöchten, die Entscheidung der Stadtverordneten-Versammlung zu veranlassen sein, weil das nur theilweise Eingehen auf eine Reclamation eine Ablehnung derselben in sich begreife und den Reclamanten dadurch eine Instanz abgeschnitten würde. Der Herr Vorsitzende und die Herren Fabricius und Helfft erkennen an, daß die Auffassung des Herrn Häusler den betreffenden Bestimmungen der Städteordnung entsprechender sei, als das bisher wohl von den Schätzungs-Commissionen bei der Behandlung von Reclamationen beobachtete Verfahren, glauben übrigens, daß eben dieses Verfahren oft als practisch sich bewährt, die Behandlung der Reclamationen vereinfacht habe und auch ohne die geringste Verletzung der Städteordnung beibehalten werden könne und dürfe, wenn nur für den Fall, daß die Reclamanten bei einer derartigen Erwägung und Feststellung ihrer Besteuerung sich nicht beruhigen sollten, denselben die Entscheidung der Stadt-Verordne-

ten Versammlung als erste Instanz offen erhalten bleibe. In diesem Sinne und unter dieser Voraussetzung spricht sich auch die Versammlung durch Beschluß dafür aus:

daß die Schätzungs-Commissionen befugt sein sollen, bei einer, nach ihrem Dafürhalten nur theilweise zu berücksichtigenden Reclamation eine derartige vorläufige Entscheidung zu treffen.

Endlich giebt noch Herr Häusler anheim, in den Fällen, in welchen es sich nicht um eine Reclamation, d. h. um eine Herabsetzung des veranlagten Steuersatzes, sondern um einen erbetenen förmlichen Steuer-Erlaß handelt, die einzelnen Schätzungs-Commissionen zu ermächtigen, einen solchen Steuer-Erlaß auszusprechen, wenn sich die Commissions-Mitglieder einstimmig dafür entscheiden würden, um auch das Verfahren über Erlaß-Gesuche in solcher Weise zu vereinfachen und nicht für jeden einzelnen Fall eine Verhandlung in der Stadtverordneten-Versammlung zu veranlassen. Herr Fabricius möchte dieses Verfahren wenigstens dahin geregelt sehen, daß die Commissionen die von ihnen für zulässig gehaltenen willfährigen Entscheidungen über Erlaß-Gesuche nur im Allgemeinen in der Stadtverordneten-Versammlung zum Vortrage zu bringen brauchten, um die Genehmigung dieser Versammlung zu erwirken. Herr Füdél hält dieses letztere Verfahren nicht einmal für erforderlich, erklärt sich vielmehr, wenigstens in den Fällen, in welchen es sich um den Erlaß des Steuersatzes der niedrigsten Steuer-Classe handelt, mit dem Herrn Häusler einverstanden, da aus den meistens sehr klar vorliegenden Verhältnissen sich sehr leicht beurtheilen lasse, ob ein Steuer-Erlaß zu gewähren stehe oder nicht. Anderer Meinung sind Herr Kronheim, der Herr Vorsitzende und Herr Oberbürgermeister Caspari, die es dem Principe nach für bedenklich halten, den Commissionen die Befugniß zuzugestehen, eine ausgeschriebene Steuer auf Ansuchen der Steuerpflichtigen niederzuschlagen, die Zuthellung einer solchen Befugniß auch der Städte-Ordnung, insbesondere den Bestimmungen in den §§. 47 Nr 5 und 62 widerspreche. Der Beschluß der Versammlung fällt, nach den vorgekommenen Erörterungen gegen die Ansicht der Herren Häusler, Fabricius und Füdél aus.

III. Ueber die nachfolgenden Reclamationen gegen die geschehene Veranlagung zur Gemeinde- und Armen-Steuer und über mehre Gesuche um Erlaß der Steuer im laufenden Jahre wird in vertraulicher Sitzung von den Mitgliedern der betreffenden Districts-Commissionen der Versammlung Vortrag gemacht und von dieser Beschluß gefaßt.

Nach Erledigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden, unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung, geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 25. October 1855.

Der Herr Vorsitzende Desterreich eröffnet die Sitzung, in welcher Herr Uhde wegen Unwohlseins, und Herr Graß wegen dringender Geschäfte nicht erschienen sind. Ihr Ausbleiben wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

An der Stelle des durch Unwohlsein am Erscheinen verhinderten Herrn Stadtsecretairs Carstens übernimmt der Unterzeichnete die Protokollführung.

Nachdem das Protokoll der Sitzung vom 4. d. Mts. verlesen und genehmigt ist, eröffnet der Herr Vorsitzende

- 1) daß das Regulativ, die Grundsätze und das Verfahren bei den Abschätzungen zur Communalsteuer betreffend, an den Stadt-Magistrat abgesandt sei, daß es indeß noch einer nachträglichen Erklärung in der Beziehung bedürfen werde, daß auf Fremde, welche zur Communalsteuer herangezogen werden sollen, dasselbe nicht unbedingt Anwendung finden könne.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

- 2) verliest der Herr Vorsitzende eine Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 24. d. Mts., zu Folge deren nach einem Berichte des Inspectors des Pflegehauses und der diesem beistimmenden Erklärung der Pflegehaus-Deputation zur Bestreitung der Bedürfnisse dieser Anstalt der etatmäßige Ansatz von 7700 \mathfrak{f} bei der Theuerung aller Lebensmittel nicht ausreichen werde, und eine Nachverwilligung von 2300 \mathfrak{f} erforderlich ist, auf deren Genehmigung daher ange-
tragen wird.

Die Versammlung erklärt sich zustimmend.

- 3) theilt der Herr Vorsitzende ein an die Versammlung gerichtetes Schreiben des Finanzrevisors Fehnhäusen mit, welcher sich über einen von seinem Nachbar straßenwärts vorgenommenen Vorbau des Hauses desselben beschwert und um Mittheilung der darüber und über die demselben dazu zu ertheilende Erlaubniß der städtischen Behörden in der Versammlung etwa gepflogenen Verhandlungen bittet.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, den Magistrat, da der Versammlung über den Gegenstand Nichts vorgelegt sei, um Auskunft zu ersuchen, und mit den weiteren Verhandlungen darüber die Bau-Commission der Versammlung zu beauftragen.

Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt sofort, daß es sich nicht, wie der Bittsteller anzunehmen scheine, bei dem fraglichen Bau um die Abtretung eines Straßenterrains an den Bau-Unternehmer, sondern nur darum gehandelt habe, ob es diesem gestattet werden solle, bei einer Neuherstellung der Straßenfront seines Hauses diese gerade zu legen, und daß hiergegen nach eingeholtem Gutachten der städtischen Baubeamten im öffentlichen Interesse Nichts zu erinnern gefunden, der Bau-Unternehmer aber zugleich darauf hingewiesen sei, daß er sich mit seinen Nachbarn, falls diese Privatrechte gegen die Ausführung des Baues geltend machen zu können glaubten, zu arrangiren habe. Diese Resolution sei auch dem Bittsteller bekannt geworden. Der Herr Vorsitzende giebt nach dieser Mittheilung anheim, die Sache zur ferneren Berichterstattung der Bau-Commission zu überweisen.

- 4) Herr Cronheim berichtet Namens der Statuten-Commission über eine Proposition des Stadt-Magistrats, die Ausführung der beschlossenen Salzconscription betreffend.

Laut des Schreibens des Stadt-Magistrats läßt sich, da im December d. J. eine neue Volkszählung Statt finden wird, noch nicht genau übersehen, wie groß das von der Stadt zu deckende Salzquantum für nächstes Jahr sein wird. Es hat daher vorläufig das diesjährige Quantum von 4729 Ctr. 20 Pfd. als das auszuschreibende angenommen werden müssen. Bei der Veranlagung sollen folgende Gewerbetreibende: Bäcker, Knochenhauer, Schweinefeischlächter, Gastwirthe, Herbergirer, Restaurateure, Speisewirthe, Schenkwirthe, Conditoren, Victualienhändler, Brauer und Apotheker einer besondern Veranlagung unterworfen werden, wozu der Herr Referent bemerkt, daß in dieses Verzeichniß auch die Köche, sofern sie sich mit Bereitung von Speisen für Gastmähler und dergleichen beschäftigten, aufzunehmen, die ebenfalls Salz gebrauchenden Seifensieder und Tabacksfabrikanten aber deshalb nicht aufzuführen seien, weil nur das zum Genuße für Menschen zu consumirende Salz nach dem Gesetze zu veranlagen sei, daß ferner die Veranlagung der Brauer sich auf den von ihnen ausgeübten Verkauf von Speisen beziehe, und bei den Speisewirthen bei der Veranlagung billige Rücksicht darauf zu nehmen sein werde, daß die von ihnen Speisen empfangenden einzelnen Personen ebenfalls zur Veranlagung gezogen würden.

Für das Veranlagungsgeschäft sollen vom Stadt-Magistrate Listen aufgestellt werden, aus denen der bisherige Consum dieser Gewerbetreibenden und der Umfang ihres Geschäfts, so weit er aus öffentlichen Aufnahmen zu ermitteln ist, insbesondere bei den Knochenhauern, Schweinefeischlächtern und Bäckern aus den Acciseregistern zu ersehen ist.

Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt hierzu, daß diese Listen zugleich die beste Auskunft darüber geben würden, wie es möglich geworden sei, daß die Stadt eine so bedeutende Einbuße an dem zu deckenden Salzquantum habe machen können. So habe, während ein Bäcker, welcher 31,000 Pfd. Roggen- und 46,000 Pfd. Weizenmehl verbacken, 1185 Pfd. Salz aus der Niederlage entnommen ein anderer, welcher 93,000 Pfd. Roggen- und 72,000 Pfd. Weizenmehl verbacken habe, nur 290 Pfd. Salz consumirt, und während ein Knochenhauer, der 51 Ochsen, 79 Schweine, 200 Kälber und 55 Hammel geschlachtet, 900 Pfd. Salz gebraucht habe, ein anderer,

der 79 Ochsen, 35 Schweine, 399 Kälber und 215 Hammel geschlachtet, 160 Pfd., ein dritter aber bei 52 Ochsen, 15 Schweinen, 231 Kälbern und 211 Hammeln nur 60 Pfd. verbraucht.

Herr Häusler nimmt aus diesen Mittheilungen Veranlassung zu dem Antrage, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angemessen erscheine, auf Grund dieser Ermittlungen gegen die Persönlichkeiten, welche sich danach dem dringenden Verdachte des Salzschmuggels ausgesetzt hätten, bei der mit der Verfolgung der Defraudanten beauftragten Behörde die Einleitung einer Untersuchung zu beantragen.

Herr Röpké sieht durch diese Defraudanten weniger das städtische als das Staats-Interesse verletzt, und daher keine Veranlassung für die städtischen Behörden, den Denunciantenweg zu beschreiten, während Herr Fudel darin, daß durch jene Defraudanten gerade die Stadtcasse, welche das Deficit habe decken müssen, gewissermaßen bestohlen sei, ein genügendes Motiv für das vorgeschlagene Verfahren findet.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält es für richtiger, die Sache auf sich beruhen zu lassen, da eine Untersuchung muthmaßlich erfolglos sein werde, indem den Defraudanten allerlei Ausreden, z. B. daß sie ihr Salz im Einzelnen bei den Salzsellern gekauft, oder Vorrath aus früheren Jahren gehabt hätten, zu Gebote stehen würden.

Herr Häusler zieht hiernach seinen Antrag vorläufig zurück.

Die Versammlung erklärt sich mit den Vorschlägen hinsichtlich der Veranlagung der Gewerbetreibenden einverstanden.

Hinsichtlich der Ausführung der Veranlagung giebt der Stadt-Magistrat anheim, eine Commission zu wählen, welche nach vorgängiger Verhandlung mit einem Deputirten des Stadt-Magistrats, auf Grund der vorzulegenden Listen die Veranlagung vornehme. Der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, zu dieser Commission aus jeder Bezirks-Deputation ein Mitglied wählen zu lassen, wird von der Versammlung adoptirt, und fordert hiernach der Herr Vorsitzende die Mitglieder der Deputationen auf, die Wahlen unter sich vorzunehmen und dem Stadt-Magistrate anzuzeigen.

In Betreff der Veranlagung der übrigen einen eigenen Hausstand führenden Einwohner, wegen ihres und ihrer Hausgenossen persönlichen Bedürfnisses, schlägt der Stadt-Magistrat vor, für jeden Kopf das Quantum von 10 Pfd. auszuscheiden, da durch die Veranlagung der Gewerbetreibenden der Rest voraussichtlich werde gedeckt werden.

Bei der Veranlagung der Hausstandsgenossen, wozu außer den eigentlichen Familienmitgliedern, Kostgänger, Pfleglinge, Hauslehrer und dergleichen, Handlungs- und Handwerks-Gehülfen und Lehrlinge und das Gefinde, so weit sie Beföstigung in natura erhalten, gerechnet werden soll, da die Berücksichtigung eines jeden Ab- und Zuganges unausführbar würde, ein alljährlicher Durchschnitt angenommen und auf die im Laufe des Jahrs vorkommenden Veränderungen nur dann Rücksicht genommen werden, wenn in Folge des gänzlichen Aufgebens des Gewerbes, und, wie die Commission hinzuzufügen beantragt, in Folge einer gänzlich veränderten Hauseinrichtung eine wesentliche Umgestaltung des Hausstandes Statt findet.

Diese Veranlagung soll, da sie nur auf einem einfachen Rechenexempel beruht, von dem Stadt-Magistrate ohne weitere Mitwirkung der Stadtverordneten-Versammlung vorgenommen werden.

Von Herrn Kellner wird die Frage angeregt, ob nicht die inscribirtten Armen mit der Veranlagung gänzlich zu verschonen seien, und von Herrn Niesß beantragt, Kinder unter 2 Jahren ebenfalls auszunehmen.

Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt hiergegen, daß erfahrungsmäßig gerade die Armen das meiste Salz gebrauchten, und daß, da es nur darauf ankomme, von ihnen ihren wirklichen Bedarf zahlen zu lassen, eine Besteuerung Seitens der Stadt in der Mafregel nicht liege. Was die Kinder betreffe, so würde eine derartige Ausnahme große Schwierigkeiten in der Veranlagung machen, in der sehr gering angenommenen Quantität aber eine Ausgleichung liegen.

Herr Warrentrapp bemerkt, daß, nach von ihm eingezogenen Erkundigungen, der jährliche Verbrauch für den Kopf sich auf 14 bis 15 Pfd. belaufe, und daß daher eine Benachtheiligung in dem Vorschlage, nur 10 Pfd. zu veranlagern, auch für die Armen nicht liege.

Die Versammlung erklärt sich mit den Vorschlägen des Stadt-Magistrats und der Commission einverstanden.

Ebenso nimmt die Versammlung den Vorschlag, eine stägige Frist für die Reclamation zu bestimmen, an.

Eine Anfrage des Herrn Kahler, wie es mit denen gehalten werden solle, welche nur einen Theil des Jahrs in der Stadt zubrachten, beantwortet der Herr Vorsitzende dahin, daß in der Veranlagung darauf nicht Rücksicht genommen werden könne, und es den Betreffenden überlassen bleiben müsse, das ihnen zugeschriebene Salz an Andere unterzubringen.

Die für die Einrichtung der Salzbücher vom Stadt-Magistrate gemachten Vorschläge: Trennung der Veranlagung für den Gewerbebetrieb und das persönliche Bedürfniß, eine Gebühr von 4 ggr für die Ausfertigung eines neuen Salzbuches, bei etwaigem Verluste, Einforderung der Salzbücher bei Strafe von 8 ggr, werden von der Versammlung angenommen.

Für die Einlieferung wird, nach dem Vorschlage der Commission, eine 14tägige Frist, nach dreimaliger öffentlicher Bekanntmachung, beschlossen.

Was die Salzseller betrifft, so soll, nach dem Vorschlage des Stadt-Magistrats, denselben zur Pflicht gemacht werden, Niemandem ohne Salzbuch irgend eine Quantität verabfolgen zu lassen und einem jeden Käufer eine Bescheinigung in dessen Buche zu ertheilen, sowie jede verkaufte Quantität in ein von ihnen zu führendes Verzeichniß einzutragen.

Die Commission hält indeß die erste Vorschrift für unnöthig, da es jedem Käufer überlassen bleiben könne, sich die Bescheinigung über den Verbrauch des ihm zugeschriebenen Quantum geben zu lassen, und für das Publikum beschwerlich, da manche Fälle vorkommen könnten, in denen der Salzkäufer sein Buch nicht zur Hand haben könne, und nach Entnehmung des aufgelegten Quantum eine fernere Bescheinigung überall unnütz sei.

Die Herren Fabricius und Lissebon erklären sich für die Proposition des Stadt-Magistrats, der erstere, damit das Publikum im eigenen Interesse vor Verlusten bewahrt werde, der letztere, damit eine Uebersicht über den ganzen Salzverbrauch gewonnen werde.

Der Herr Vorsitzende und Herr Kronheim bemerken dagegen, daß man es dem

Publikum überlassen müsse, sich selbst vor Schaden zu hüten, und eine Uebersicht über den Salzverbrauch durch die Listen der Salzseller gegeben werde.

Die Versammlung erklärt sich für den Commissionsantrag und nimmt im Uebrigen die Vorschläge des Stadt-Magistrats an.

Nach dessen fernerer Mittheilung haben sich die Kaufleute einstimmig geweigert den Salzverkauf zu übernehmen, dagegen haben sich die Victualienhändler dazu nicht abgeneigt erklärt, und beabsichtigt der Stadt-Magistrat, den unter ihnen qualificirten Personen die Salzsellereien zu übertragen, fordert aber zugleich die bisher für die Salzsellereien verwandte Summe von 500 R und nöthigenfalls für zwei neue Salzsellereien noch 100 R mehr an, um die Kosten zu bestreiten, da eine unentgeltliche Uebernahme des Salzverkaufs von jenen Personen nicht zu erwarten sei.

Von der Versammlung wird diese Anforderung bewilligt.

5) Herr Födel berichtet Namens der Finanz-Commission über eine Proposition des Stadt-Magistrats, auf Ausschreibung einer extraordinairten Steuer zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen während des bevorstehenden Winters.

Nach der Mittheilung des Stadt-Magistrats hat die Armen-Direction es für nothwendig gehalten, im bevorstehenden Winter die regelmäßigen Unterstützungen der recipirten Armen zu erhöhen und zugleich darauf hingewiesen, daß im nächsten Winter auch solche Personen würden unterstützt werden müssen, die eine regelmäßige Unterstützung aus der Armenkasse bisher nicht genossen hätten. Da ferner auch die Speiseanstalt angezeigt habe, daß sie, wenn auf ihre außerordentliche Wirksamkeit gerechnet werden solle, selbst mit den bisher bewilligten extraordinairten Zuschüssen nicht werde auskommen können, so werde eine Summe von 8000 bis 9000 R zur Deckung dieser außerordentlichen Ausgaben erforderlich sein.

Da zu deren Deckung die Veranstaltung von freiwilligen Gaben, nach den im Jahre 1846 gemachten Erfahrungen als unzulänglich betrachtet werden müßte, so erscheine die Ausschreibung einer außerordentlichen Steuer erforderlich, zugleich aber billig, die nicht 600 R betragenden Einkommen von der Steuer ganz frei zu lassen, und bei den höheren Einkommen noch eine Abstufung in dem Procentsatze eintreten zu lassen.

Der Stadt-Magistrat proponirt hiernach, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären:

1) daß eine extraordinairten Steuer zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen während des bevorstehenden Winters in der Weise ausgeschrieben werde, daß alle diejenigen, deren Einkommen nicht 600 R beträgt, ganz frei gelassen, von 600 R bis 950 R zur Zahlung von $\frac{1}{10}$, die Personen mit 1000 R und darüber zur Bezahlung von $\frac{1}{8}$ des regelmäßigen Steuersatzes herangezogen werden, unter dem Vorbehalte, der Nachzahlung von $\frac{1}{16}$ desselben für alle Personen mit einem Einkommen von 1500 R und darüber, insofern die durch die obigen Sätze gewonnene extraordinaire Einnahme zur Befreiung der Ausgaben nicht genüge;

2) daß die Armen-Direction ermächtigt werde, bei der Unterstützung der recipirten Armen, über die in dem Armenstatute bestimmten Maximalsätze hinaus zu gehen, und auch nicht recipirten Armen Unterstützungen zu Theil werden zu lassen.

Die Commission hat sich nach dem Berichte des Herrn Födel in ihrer Majorität nicht für die vom Stadt-Magistrate proponirte Maßregel einer außerordentlichen Steuer entscheiden können, indem sie davon ausgeht, daß die 15000 R , um welche seit dem Jahre 1851 sich das Vermögen der Stadt vermehrt habe, indem theils durch

eine richtigere Veranlagung der Communalsteuer die Einnahme vergrößert, theils durch Ersparnisse am Etat die Ausgaben verringert seien, als ein Steuerüberschuss zu betrachten sei, welcher zuvor wieder verwandt werden müsse, ehe durch eine außerordentliche Steuer die Steuerpflicht der Bürger angegriffen werden dürfe.

Herr Helfft hat sich für seine Person in der Commission in der Minorität befunden. Er ist der Ansicht, daß man das einmal gebildete Capitalvermögen der Stadt nicht angreifen dürfe, und daß man den in den letzten 4 Jahren gewonnenen Ueberschuss nicht als reine Ersparnisse ansehen dürfe, da das städtische Vermögen, wenn man weiter zurückgehe, in früheren Jahren schon bedeutender gewesen sei. Jedenfalls müsse man einen derartigen Ueberschuss für extraordinaire Fälle aufbewahren, während es sich hier nur um den Jahresbedarf handle. Dennoch könne er sich, da eine außerordentliche Steuer unter den jetzigen Umständen sehr drückend sein würde, nicht für die vom Stadt-Magistrate proponirte Maßregel erklären, beantrage vielmehr, zwar wie die Commission wolle, den Ueberschuss der Stadt-Casse zu verwenden, aber diese Verwendung nur als einen in den nächsten Jahren zurückzuerstattenden Vorschuss anzusehen und eine demgemäße Bestimmung zu treffen.

Herr Overbürgermeister Caspari bemerkt gegen die Ausführungen der Commission, daß zwar der Stadt-Magistrat hätte laviren und mit den augenblicklich vorhandenen Mitteln die außerordentlichen Bedürfnisse vorläufig würde haben bestreiten können, daß er sich dann aber würde genöthigt gesehen haben, den für das nächste Jahr aufzustellenden Stadtcassenerat um die jetzt angeforderte Summe von etwa 10000 \mathfrak{f} zu erhöhen, und zu deren Deckung eine Vermehrung der Communalsteuer für das nächste Jahr in Anspruch zu nehmen. Dabei würden aber die für die geringeren Vermögensklassen jetzt proponirten Erleichterungen weggefallen sein, da man dann ganz nach dem Verhältnisse der ordentlichen Communalsteuer eine Erhöhung der Ansätze sämmtlicher Classen würde eintreten lassen müssen.

Der Vorschlag der Commission, das außerordentliche Bedürfnis von dem vorhandenen städtischen Vermögen zu decken, erscheine unzulässig, da es sich nur um die Befreiung eines laufenden Bedürfnisses handle, und wenn sich auch das städtische Vermögen in den letzten Jahren um Etwas vermehrt habe, diese Ersparnisse doch nicht zu jenem Zwecke angegriffen werden dürften, vielmehr für außerordentliche Ausgaben, die zu dauerndem Nutzen der Stadt gereichten, aufzubewahren seien, wie deren, um vielfach anerkannten Bedürfnissen abzuhelpen, mehre in Aussicht ständen, z. B. Verbesserung des Straßensystems, Einrichtung einer städtischen Wasserleitung, Umwandlung des Realgymnasiums in eine städtische Anstalt, und dergleichen mehr.

Wenn auch die Nachsteuer Manchem unbequem erscheine, so sei sie doch zugleich eine Pflicht, und werde bei den vorgeschlagenen Modificationen für Niemand drückend werden.

In ähnlicher Weise sprechen sich die Herren Steinmeyer, Aronheim, Kellner und der Herr Vorsitzende gegen die Ansichten der Commission aus.

Insbefondere bezeichnet es Herr Aronheim als ganz gleichbedeutend, ob man, um ein laufendes Bedürfnis zu decken, nach dem Vorschlage der Commission das Vermögen der Stadt angreife, oder zu demselben Zwecke durch Contrahirung von Schulden die Nachkommen belaste, was doch mit den einfachsten Grundsätzen einer guten Finanzwirtschaft im Widerspruch stehen würde. Nur zu außerordentlichen Ausgaben, die über das nothwendigste Bedürfnis hinausgingen und zu deren Deckung deshalb

eine Steuer nicht ausgeschrieben werden könne, dürfe man das Vermögen selbst angreifen.

Dessen Conservirung und Vergrößerung aber erscheine um so nothwendiger, als das städtische Aerar durch die Schmälerungen früherer Jahrhunderte sehr unbedeutend sei.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß die Proposition des Stadt-Magistrats auch den Mitgliedern der Statuten-Commission vorgelegen und bei dieser vollständige Billigung gefunden habe. Wenn sie es auch nicht als unzulässig betrachtet hätten, die Ersparnisse früherer Jahre zu verwenden, um ein außerordentliches Bedürfnis zu decken, so habe ein derartiger Vorschlag ihnen doch fern gelegen, da wenn die jetzt vorliegenden Verhältnisse schon bei Feststellung des Voranschlags für das laufende Jahr hätten übersehen werden können, ohne Frage dieser Voranschlag demgemäß festgestellt sein würde, und bei der Geringfügigkeit des städtischen Vermögens, welches in Betracht etwaiger außerordentlicher Ausgaben nur nothdürftig sei, eine Verwendung desselben zu dem hier vorliegenden Bedürfnisse unzulässig erschienen sei.

Für die Ansicht der Commission sprachen sich außer dem Herrn Referenten die Herren Grotian, Kahlert und Röpcke aus, indem sie vorzugsweise davon ausgehen, daß die angesammelten Ersparnisse nicht als Capitalvermögen der Stadt zu betrachten seien, vielmehr weil sie aus Ueberschüssen von den gezahlten Steuern angesammelt seien, den Steuerpflichtigen in Zeiten der Noth wieder zu Gute kommen müßten.

Herr Röpcke ist der Ansicht, daß die Steuerpflichtigen eigentlich das Recht haben würden, das von den gezahlten Steuern nicht Verwandte zurück zu fordern, und daß sie, wenn man jenes aus Gründen der Zweckmäßigkeit nicht thue, doch verlangen könnten, daß nicht eher neue Steuern von ihnen in Anspruch genommen würden, ehe nicht die Verwendung der Ueberschüsse erfolgt sei.

Den letztern Gesichtspunkt bezeichnet der Herr Vorsitzende als einen rein privatrechtlichen, dessen Anwendung auf Verhältnisse des Staats und der Gemeinden eine jede Finanzwirtschaft unmöglich machen würde.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist zum Schlusse noch auf die aus dem §. 146 in Verbindung mit §. 133 der Städteordnung sich ergebende völlige Befehlsherkraft der proponirten außerordentlichen Steuer hin.

Bei der Abstimmung erklären sich von den, außer dem Herrn Vorsitzenden, anwesenden 23 Mitgliedern, da Herr Quenstedt sich im Laufe der Sitzung entfernt hat, 12 gegen und 11 für die zur Abstimmung gestellte Proposition auf Erhebung einer außerordentlichen Steuer. Da hiermit, nach den Erklärungen des Herrn Vorsitzenden und des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, welcher die Vorlage weiterer Massregeln des Stadt-Magistrats vorbehält, die ganze Proposition als erledigt zu betrachten ist, und damit auch der von Herrn Helfft gestellte Antrag seine Erledigung gefunden hat, so wird die Sitzung, unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls für die nächste Sitzung, geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 22. November 1855.

Die heute zum ersten Male in dem, inzwischen restaurirten, Saale des Neustadtrathhauses wieder stattfindende Sitzung giebt dem Herrn Vorsitzenden Desterreich bei Eröffnung derselben Veranlassung, die Ueberzeugung auszusprechen, daß Alle, denen die neue Herstellung dieses Saales gefalle, mit einer dankbaren Anerkennung für diejenigen Personen, durch welche solche Herstellung bewirkt worden, übereinstimmen würden.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 25. v. Mts. wird von dem Herrn Häußler verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Durch eine von dem Herrn Vorsitzenden verlesene Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 4. d. Mts. wird die Versammlung benachrichtigt, daß der Stadt-Magistrat mit dem diesseits beschlossenen und beantragten Regulativ für das Verfahren bei Veranlagung der Gemeinde- und Armensteuer und bei Erledigung der Reclamationen sich einverstanden erklärt habe und das Regulativ in derselben Weise, wie die städtischen Statute drucken lassen und veröffentlichen werde.

Zur weitem Verhandlung in der heutigen Sitzung gelangen die nachfolgenden Angelegenheiten:

1. Namens der in der letzten Sitzung bestimmten Commission erstattet Herr W. Kloss Bericht über die Ergebnisse der Abschätzung der Salzmengen, welche von hiesigen Gewerbetreibenden zum Gewerbebetriebe voraussichtlich werden gebraucht werden. Die vorgenommene Abschätzung hat sich auf die Bäcker, Knochenhauer, Schweinefleischlächter und Saucissenmacher, Gastwirthe, Restaurateurs, Schenkwirthe, Speise-

wirthe, Herbergirer, Victualienhändler und Apotheker erstreckt, da die Conditoren und Brauer, als solche, sofern sie nicht als Restaurateurs und Schenkwirthe zur Veranlagung gekommen sind, für ihren Gewerbebetrieb kein Salz verbrauchen und sonstige zu einem besondern Salzquantum zu veranlagende Gewerbetreibende nicht vorgefunden sind.

Als Unhaltspunkte für die erfolgten Abschätzungen haben nachstehende, auf das eingezogene Gutachten Sachverständiger gestützte Ermittlungen gedient:

- 1) die Bäcker verbrauchen zum Verbacken von 100 K Roggen-Mehl $\frac{1}{2}$ K Salz und von einer gleichen Quantität Weizen-Mehl 1 K Salz; dabei ist noch darauf Rücksicht genommen, daß diejenigen Bäcker, welche Honigkuchen, Zuckerkuchen oder sonstige feine Bäckerwaaren produciren, nach Maßgabe der Quantität dieser Producte allerdings weniger Salz verbrauchen; die Bäcker insgesamt sind hiernach auf 39,925 K Salz abgeschätzt; —
- 2) für das Schlachten eines Ochsen ist nur ein Durchschnittsquantum von $\frac{3}{4}$ K Salz anzunehmen gewesen, während bei dem Schlachten von Kälbern und Hammeln gar kein Salz verbraucht wird;
bei dem Schlachten von Schweinen ist eine dreifache Unterscheidung gemacht, insofern
 - a. für diejenigen, welche mehr Wurst machen und mehr Speck und Schinken einsalzen, als rohes Fleisch verkaufen, eine Salzquantität von 9 K ,
 - b. für diejenigen, welche etwa die eine Hälfte des Fleisches auf obige Weise verarbeiten und die andere Hälfte roh verkaufen, eine Salzquantität von 6 K , und
 - c. für diejenigen, welche weniger als etwa die Hälfte des Fleisches verarbeiten und das übrige Fleisch roh verkaufen, eine Salzquantität von 4 K , für je ein Schwein angenommen ist; die Gesamt-Abschätzung der Knochenhauer, Schweinefeischschlächter und Saucissenmacher nach obigen Grundsätzen hat einen Salzbedarf von 36000 K ergeben; —
- im Uebrigen sind abgeschätzt:
- 3) die Gastwirthe zu insgesamt 14550 K Salz;
- 4) die Restaurateurs zu insgesamt 3775 K Salz;
- 5) die Schenkwirthe zu insgesamt 6300 K Salz;
- 6) die Speisewirthe zu insgesamt 1850 K Salz;
- 7) die Herbergirer zu insgesamt 775 K Salz;
- 8) die Victualienhändler zu insgesamt 3800 K Salz, und
- 9) die Apotheker zu insgesamt 625 K Salz.

Die Summe dieser Salzmenge für die genannten besonders abgeschätzten Gewerbetreibenden ergibt ein Salzquantum von 107,600 K , welches allerdings, wenn auf die Bevölkerung der hiesigen Stadt, nach der letzten Zählung einstweilen noch zu 39410 Seelen angenommen, für den Kopf statt 12 K nur 10 K gerechnet werden, den zu deckenden Betrag von 78,820 K noch um 28,780 K überschreiten würde. Da indessen dieser Mehrbetrag theils in Folge von Reclamationen, theils in Folge von Ausfällen, insbesondere durch solche Personen in Aussicht stehend, die keinen eigenen Hausstand führen, wegen ihrer Beförsichtigung vielmehr lediglich auf Gastwirthe, Restaurateurs u. hingewiesen sind, um ein Erkleckliches sich vermindern wird, so ist

keine Veranlassung gefunden, die Salzeträge für die einzelnen Gewerbetreibenden verhältnissmäßig herabzusetzen.

Die Commission, die sich für dieses Mal zu einer detaillirteren Mittheilung außer Stande sieht und erst nach den Erfahrungen im kommenden Jahre genauere Auskunft über die Salzvertheilung verheißt, giebt der Versammlung anheim:

zu der diesmaligen Salzveranlagung die Zustimmung zu ertheilen.

Die beantragte Zustimmung wird ohne weitere Debatte durch Beschluß der Versammlung ausgesprochen.

II. Herr Grotian berichtet Namens der Finanz-Commission über einige auf die Speise-Anstalt für Bedürftige bezügliche Mittheilungen des Stadt-Magistrats:

1) Nach dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 29. v. Mts. hat der Vorstand der Speise-Anstalt gebeten, ihn, neben der bereits verwilligten außerordentlichen Unterstützung von 300 fl , noch einen Vorschuß von 1000 fl zum Ankaufe von Vorräthen für den bevorstehenden Winter aus der Stadt-Casse zahlen zu lassen, mit der Bestimmung, daß obige Summe aus den eingehenden Erträgen für verkaufte Speisemarken demnächst, soweit als thunlich, zurückerstattet werde. Die Motivirung dieser Bitte dadurch, daß die Speise-Anstalt nicht die disponiblen Geldmittel besitze, um ohne einen solchen Vorschuß die nöthigen Ankäufe machen zu können, zumal fast alle Lebensmittel zur Zeit noch theurer seien, als im verflossenen Jahre, und daß auch gerade aus letztem Grunde darauf gerechnet werden müsse, daß die Speise-Anstalt noch mehr als früher in Anspruch genommen werde, erkennt der Stadt-Magistrat als richtig und zutreffend an. In Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate giebt die Commission der Versammlung anheim und beschließt die letztere ohne weitere Debatte:

der Speise-Anstalt für Bedürftige zur Anschaffung von Vorräthen an Lebensmitteln einen Vorschuß von 1000 fl aus der Stadt-Casse zu verwilligen, unter der Bedingung, daß diese Summe aus dem Erlöse für verkaufte Speisemarken zurückerstattet werde.

2) In einem andern Schreiben des Stadt-Magistrats vom 13. d. Mts. wird mitgetheilt, daß der Vorstand der Speise-Anstalt die Verwilligung eines Zuschusses aus der Stadt-Casse im Betrage von 600 fl zum Ausbaue des gekauften Mehner'schen Hauses beantragt habe, weil der Rest der Hauskaufgelder noch mit dem Stammcapital der Anstalt zu 400 fl gedeckt werden müsse und zur Bestreitung der auf 600 fl veranschlagten Baukosten kein disponibler Fonds weiter zu Gebote stehe. Für die Beurtheilung dieses Antrages kommt der Stadt-Magistrat darauf zurück, daß bei den früheren Verhandlungen über den Ankauf des Mehner'schen Hauses so wenig von der Deckung der Kaufgelder durch das Stammcapital der Speise-Anstalt zu 400 fl , noch von der Verwendung von 600 fl für Baulichkeiten die Rede gewesen sei, welches Beides den Ankauf jenes Hauses immerhin hätte bedenklich erscheinen lassen können. Die Verwilligung des verlangten Zuschusses aus der gerade jetzt so sehr belasteten Stadt-Casse glaubt der Stadt-Magistrat um so weniger empfehlen zu können, als in den der Speise-Anstalt und der Diensthofen-Erziehungs-Anstalt von dem Pastor Gehren kürzlich vermachten Legaten von je 1000 fl die Mittel vorhanden seien, die Baukosten zu bestreiten und den Rest der Hauskaufgelder abzutragen. Wenn auch nach dem Gehren'schen Testamente die bedachten beiden Anstalten nur die Zinsen zu Gute kommen, die Capitalien selbst aber fortwährend als Gehren'sches Legat in den Rechnungen aufgeführt werden sollen, so wird nach Ansicht des Stadt-Magistrats dieser

Bestimmung doch genügend entsprochen, wenn die Capitalien in der Rechnung mit der Bemerkung bezeichnet würden, daß dieselben zum Ankaufe des Mehner'schen Hauses mit verwandt seien. In Verfolg dieser Ansicht hat der Stadt-Magistrat dem Vorstande der Speise-Anstalt vorgeschlagen, von den Gehren'schen Capitalien die Baukosten zu decken, den Rest, sowie das Stammcapital der Speise-Anstalt zu 400 \mathfrak{R} auf die Hauskaufgelder und die Hypothekforderung abzutragen und sodann eine Berechnung darüber aufzustellen, wieviel die Speise-Anstalt und wieviel die Diensthoten-Erziehungs-Anstalt demnächst an Zinsen zu tragen habe. Der Vorstand der Speise-Anstalt hat sich mit diesem Vorschlage im Allgemeinen zwar einverstanden erklärt, insbesondere auch zugegeben, daß das der Diensthoten-Erziehungs-Anstalt vermachte Gehren'sche Capital für das Haus mit verwandt werden könne, jedoch eine gleiche Verwendung des der Speise-Anstalt vermachten Legats bedenklich gefunden, wahrscheinlich weil diese nicht ihre eigene Schuldnerin sein könne, auch eine Conservirung des Gehren'schen Capitals für vortheilhafter gehalten und gemeint, dasselbe höher nutzen zu können und schließlich seinen Antrag auf Verwilligung der 600 \mathfrak{R} wiederholt. Dem gegenüber ist nun aber auch der Stadt-Magistrat bei seiner Ansicht stehen geblieben und giebt derselbe der Versammlung anheim:

die Verwilligung der 600 \mathfrak{R} aus der Stadt-Casse abzulehnen.

Die Commission schließt sich diesem Antrage aus dem von dem Stadt-Magistrate dafür geltend gemachten Gründen! an: die Gehren'schen Legate würden, da sie sonst nur höchstens in $3\frac{1}{2}$ procentigen Landes-schuld-Verschreibungen belegt werden könnten, zweckmäßiger und ohne Verletzung der testamentarischen Bestimmung, auch ohne rechtliche Unzuträglichkeiten auf die mit 4 Procent zu verzinsenden Hauskaufgelder abgetragen werden.

Herr Häusler beantragt:

die Verwilligung der erbetenen 600 \mathfrak{R} aus der Stadt-Casse zum Besten der Speise-Anstalt, giebt zu, daß der Vorstand dieser Anstalt bei der Berechnung der Ausgaben, die mit dem Ankaufe des Mehner'schen Hauses verbunden sein oder aus demselben erwachsen würden, die Veranschlagung um 600 \mathfrak{R} zu gering gemacht habe, hält aber die Vorschläge des Stadt-Magistrats nicht für ausführbar und nicht für zweckmäßig. Würde das der Speiseanstalt legitime Gehren'sche Capital zum Ausbaue des Hauses verwandt, so würde dasselbe dadurch absorbiert werden, während dasselbe nach dem doch gewiß zu beachtenden Willen des Testators zinsbar für die Speiseanstalt belegt werden solle. Die Nutzbarkeit des Capitals durch Verwendung desselben auf die Ausgaben für das gekaufte Haus mache eine Fiction rücksichtlich des Bezuges der Zinsen nothwendig, die in rechtlicher Beziehung nicht unangefochten dastehen. Zweckmäßig sei aber auch nicht einmal die sonst zulässige Verwendung des der Diensthoten-Anstalt vermachten Gehren'schen Capitals zu der Berichtigung der Hauskaufgelder, da diese Anstalt eine Privatkauf höhere Zinsen gebender, z. B. 7 procentiger amerikanischer Werthpapiere ihre Capitalien besser nutzen könne. Außerdem übrigens dürfe die segensreiche Wirksamkeit der Speiseanstalt, deren Erhaltung und thätigste Unterstützung durchaus im Interesse der hiesigen Stadt liege, nicht verkannt werden, und insofern die Anstalt hiernach gewissermaßen eine städtische Anstalt sei und die Verwendung der 600 \mathfrak{R} zum Ausbaue

des Hauses eine Verbesserung des letztern begründe, sei die Verwilligung dieser Summe um so mehr unbedenklich und ungefährlich.

Nachdem noch Herr Overbürgermeister Caspari den Antrag des Stadt-Magistrats unterstützt und auch Herr Südel für denselben sich ausgesprochen hatte, wobei von dem Letztern noch angedeutet worden, daß die Belegung von Capitalien in Werthpapieren, die höhere, als die gewöhnlichen Zinsen trügen, schwerlich mit genügender Sicherheit geschehen könne, — wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag des Herrn Häusler wird von der Versammlung abgelehnt, der Antrag des Stadt-Magistrats angenommen.

3) Auf Veranlassung eines frühern Beschlusses der Versammlung ist zugleich mittelst desselben Schreibens vom 13. d. Mts. vom Stadt-Magistrate ein von dem Stadtbaumeister aufgestellter Kostenanschlag über die Hinwegnahme der in den Straßenraum vorspringenden Ecke an dem von dem Vorstande der Speise-Anstalt erkauften Mehnerischen Hause sammt einem Risse überreicht, durch welchen letztern das Maß der Erweiterung des Straßenraums an jener Stelle näher bezeichnet ist. Die desfalligen Kosten belaufen sich auf 474 fl ; die Verbreiterung der Straße erscheint auch dem Stadt-Magistrate wünschenswerth und hat der Vorstand der Speise-Anstalt mit der projectirten Veränderung des Hauses sich einverstanden erklärt. Der Stadt-Magistrat stellt es zum weitem Ermessen der Versammlung, ob jene Kosten für das nächste Jahr aus der Stadt-Casse bewilligt werden sollen.

Nach dem Vorschlage der Finanz-Commission, gegen welchen auch Herr Overbürgermeister Caspari nichts zu erinnern findet, wird die Berathung dieser Angelegenheit bis zur bevorstehenden Feststellung des nächstjährigen Stadthaushalts-Stats von der Versammlung ausgesetzt.

III. Durch ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 26. v. Mts. wird die Versammlung, unter Bezugnahme auf deren Verhandlungen in der Sitzung am 6. September d. J. benachrichtigt, daß das Herzogl. Staats-Ministerium es abgelehnt habe, die Unterhaltung der Schill'schen Invaliden-Stiftung auf die Staats-Casse zu übernehmen. Hinsichtlich der weitem Verfügung über diese Stiftung von Seiten der hiesigen Stadt hat nach jenem Schreiben der zeitige Provisor vorgeschlagen, durch eine Verwilligung von 150 fl aus städtischen Mitteln und durch Verwendung des Cassen-Vorraths bis zum Betrage von 50 fl es möglich zu machen, daß das Stiftungs-Gebäude noch auf eine längere Reihe von Jahren erhalten bliebe, eventuell aber dem Bewohner eine Miethentschädigung von 25 fl zukommen, das Gebäude selbst abbrechen zu lassen und die darin befindlichen Reliquien dem Museum zu überweisen. Ob die 150 fl zu verwilligen sein würden, ist vom Stadt-Magistrate der Versammlung zur Entscheidung gestellt, dabei auch bemerkt, daß der Stadtbaumeister die Dachreparatur auf 125 bis 160 fl veranschlagt habe, zugleich jedoch die Ansicht ausgesprochen, daß wahrscheinlich bald neue Anforderungen entstehen möchten. Wenn die obige Summe für die Erhaltung des Gebäudes nicht verwilligt würde, so würde, nach dem Dafürhalten des Stadt-Magistrats nichts Andres übrig bleiben, als das Stiftungs-Gebäude abbrechen zu lassen. Für diesen Fall wird vom Stadt-Magistrate anheim gegeben:

dem Invaliden Heims, der zur Zeit der Bewohner des Gebäudes ist, ein für alle Mal eine Miethentschädigung von 25 fl zu bewilligen, auf die Erhaltung des Schill'schen Denkmals und der zugehörigen Umgebung und Umfriedi-

gung die nöthigen Kosten zu verwenden, dasselbe unter annehmbaren Bedingungen unter die Aufsicht eines benachbarten Grundbesizers zu stellen und die in dem Stiftungs-Gebäude befindlichen Gemälde und Büsten der Kunstsammlung auf dem Altstadt-Rathhause, die übrigen Kunstsachen aber dem Museum zu überweisen.

Die Finanz-Commission spricht sich durch Herrn Kahler t unter den obwaltenden Umständen, wie schon bei der frühern Verhandlung, gegen jede außerordentliche Verwilligung für die Erhaltung der Invaliden-Stiftung aus städtischen Mitteln aus, da die hiesige Stadt überall kein Interesse dabei habe, eine Stiftung zu erhalten, die Keinem ihrer Angehörigen besonders zu Gute komme und erheblichere Ausgaben nothwendig mache. Im Uebrigen ist die Commission mit dem Antrage des Stadt-Magistrats, insbesondere mit der Verwilligung einer Miethentschädigung an den Invaliden im Betrage von 25 fl , mit den nöthigen Verwendungen für das Denkmal und mit der vorgeschlagenen Beaufsichtigung desselben einverstanden. Der Commissions-Antrag geht hiernach dahin:

die Versammlung möge die Verwilligung selbst der geringern Summe von 125 fl , um so mehr aber der größeren Summe bis zu 160 fl versagen, die Vorschläge des Stadt-Magistrats dagegen annehmen.

Bei der Verhandlung über diese Angelegenheit kommt zunächst noch zur Sprache, daß die jetzige Umfriedigung des Denkmals aus Ketten bestehe, welche von der Handlung Wullbrand & Seele geliefert, aber noch unbezahlt seien; Herr Stadtrath Seele erklärt, daß er für jetzt die Zurücklieferung oder Bezahlung jener Ketten nicht verlange, dieselben vielmehr zu dem bisherigen Zwecke, so lange das Denkmal bestehen bleibe, als geliehen betrachtet wissen wolle; diese Erklärung wird allseitig bestens acceptirt.

Auf eine weitere Anfrage der Herren Lüdcke und Kronheim, über die Verhältnisse und etwaigen Ansprüche des in dem zur Stiftung gehörenden Hause wohnenden Invaliden, der hiesigen Stadt gegenüber, wegen der ihm bisher zugestandenen Wohnung und über die der Stiftung gemachten Schenkungen, so wie auf eine Aeußerung des Herrn Rischbieter, daß das Stiftungs-Gebäude, namentlich das Dach über demselben, wohl mit dem geringen Kostenaufwande von etwa 60 fl nothdürftig hergestellt werden könne, erwidert Herr Oberbürgermeister Caspari: auf den Vorschlag des derzeitigen Provisors der Invaliden-Stiftung sei die Besetzung der Invaliden-Stelle durch den jetzigen Bewohner Heims vom Stadt-Magistrate genehmigt und sei der Heims auf solche Weise Inhaber und Nutznießer der Wohnung geworden; hieraus könne derselbe eine Verpflichtung der hiesigen Stadt zu einer gleichartigen dauernden Vergünstigung nicht herleiten, zumal wenn die Beschaffenheit des Gebäudes selbst die Nutzbarkeit der Wohnung aufhebe. Eine moralische Verpflichtung zu einer Schadloshaltung des Heims liege ebenfalls nicht vor, da derselbe ein pensionirter Polizeidiener sei und in seiner Pension die nothdürftigsten Mittel zur Bestreitung seines Lebensunterhalts besitze. Dinehin verliere die Schillsche Invaliden-Stiftung mehr und mehr ihre materielle Bedeutung, da es kaum noch Krieger aus dem Schillschen Corps gebe. — Die in dem Stiftungs-Gebäude vorhandenen dem Andenken geweihten Gegenstände seien fast alle von dem Herrn v. Bechelte herbeigeschafft und habe die hiesige Stadt, mit Ausnahme des Rahmens um ein Bild, kaum Verwendungen dafür gemacht. — Soviel die zu den nothwendigsten Reparaturen aufzuwendenden Kosten betreffe, so müsse in dieser Beziehung doch die Veranschlagung des Stadtbaumeisters

zur entscheidenden Grundlage dienen und von diesem seien Kosten im Betrage von mindestens 125 M in Aussicht gestellt.

Durch den Beschluß der Versammlung wird dem Commissions-Antrage gemäß: eine Verwilligung von 160 M oder auch nur 125 M zur Instandsetzung des Stiftungs-Gebäudes,

abgelehnt, im Uebrigen aber:

die Ausführung der Vorschläge des Stadt-Magistrats genehmigt.

IV. Ueber die in der letzten Sitzung am 25. v. Mts. der Bau-Commission überwiesenen Angelegenheit, wegen der Frontveränderung an dem Hause N ass 1970 an der südlichen Wilhelmsstraße, erstattet Herr Lissebon der Versammlung Bericht:

Im October vergangenen Jahrs ließ der pensionirte Bombardeur Regenthal an dem von ihm erkauften Hause N ass. 1970 an der südlichen Wilhelmsstraße eine Frontveränderung beginnen, deren Ausführung die Herstellung einer geradlinigen Fagade des Hauses nach der Straße zu bewirken sollte, dadurch jedoch das Vortreten dieses Hauses gegen das Nachbarhaus N ass 1969 auf 10 Zoll vermehrt haben würde. Gegen dieses eigenmächtig begonnene bauliche Unternehmen schritt damals die Herzogl. Polizei-Direction ein und erhielt der Regenthal, ungeachtet des ihm nicht ungünstigen Gutachtens des Stadtbaumeisters Köllsch, auch vom Stadt-Magistrate unterm 3. November v. J. eine abschlägige Bescheidung. Gleichwohl ließ sich der Regenthal in seinem Vorhaben nicht fñden und veranlaßte noch mehr dadurch, daß die Hausfronte an dem Nachbarhause N ass. 1969 bis auf 13 Zoll vorgeführt worden, den Stadt-Magistrat, die Herzogliche Polizei-Direction unterm 18. November v. J. zu ersuchen, gegen den Regenthal einzuschreiten. Inzwischen ruhte die Sache bis zum September dieses Jahres, um welche Zeit der Regenthal in einer schriftlichen Eingabe an den Stadt-Magistrat die Bitte richtete, ihm die beabsichtigte Ausführung der Frontveränderung an seinem Hause zu gestatten. Auf Grund eines Gutachtens des Stadtbaumeisters Tappe wurde dem Regenthal durch Resolution des Stadt-Magistrats vom 9. v. M., so weit das Interesse der Stadt in Frage komme, zugestanden, mit seiner Hausfronte nach der Seite des Nachbarhauses N ass. 1969 zu, bis auf etwa 10 Zoll, von letzterem Hause ab gerechnet, in den Straßenraum vorzurücken, unter der Bedingung, daß er die Fagade seines Hauses angemessen und vollständig decorire und den durch den Vorsprung seines Hauses entstehenden Winkel durch ein eisernes Gitter oder einen Bretterverschlag abschliesse.

Die Bau-Commission hat auf Veranlassung der Eingabe des Besitzers des Nachbarhauses N ass. 1969, Finanzrevisors Fehnhausen, die Baulichkeit des Regenthal besichtigt und dadurch sich überzeugt, daß der Letztere mit seiner Hausfronte gegen das Fehnhausensche Haus um 13 Zoll vorgegangen sei und den Vorsprung noch durch das Vorlegen des Fallrohrs vergrößert habe. Ein so bedeutendes Vortreten des Regenthalschen Hauses erzeuge nicht bloß einen schlechten Anblick von der Seite des Steinwegs her, sondern habe auch zur Folge, daß ein geräumiger Schmutzwinkel an dem Fehnhausenschen Hause entstehe und dem Besitzer dieses Hauses die Aussicht nach der Fallersleberstraße zu versperrt werde.

Nach Ansicht der Commission sollte vom Stadt-Magistrate dem Regenthal gegenüber jedenfalls darauf gehalten werden, daß der letztere die ihm nachträglich zugestan-

dene Befugniß nicht überschreite, hiermit stimmen auch im Wesentlichen die Herren Aronheim, Rischbieter und Häusler überein, während die Herren Helfst und Südel der Meinung sind, daß dem Regenthal die Ueberschreitung für dieses Mal wohl nachzusehen sei, da eine Abänderung zu große Kosten verursache.

Die Versammlung vereinigt sich endlich auf den Vorschlag des Herrn Aronheim zu dem Beschlusse:

daß der Stadt-Magistrat ersucht werde, diese Angelegenheit unter möglicher Aufrechterhaltung der dem Regenthal gemachten Vorschriften und zugleich unter thünlichster Berücksichtigung des Interesses des Nachbarn Fehnhäusen zur Erledigung zu bringen.

Nach Beendigung dieser Verhandlungen wird die öffentliche Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden für geschlossen erklärt und über die nachfolgenden Gegenstände, Reclamationen und Erlaß-Gesuche mehrerer Personen, rücksichtlich der Gemeinde- und Armensteuer, in vertraulicher Sitzung verhandelt.

Hierauf wird die Sitzung, unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung, von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N^o 16.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 307. der Braunschweigischen Anzeigen de 1855.)

1855.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 29. November 1855.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Gegen das von dem Protocollführer verlesene Protocoll über die letzte Sitzung am 22. dieses Monats wendet Herr Helfft ein, daß er seine Meinung, dem Regenthal das Vorrücken seiner Hausfronte über das zugestandene Maß hinaus nachzusehen, nicht dadurch habe motivirt wissen wollen, daß dem Regenthal aus einer nachträglichen Abänderung zu große Kosten erwachsen würden, sondern unter Anderm dadurch, daß derselbe eine Ueberschreitung von einigen Zollen vorher nicht so genau habe berechnen können, daß die Fagade des Hauses doch in der That eine wesentliche Verbesserung erhalten habe und daß der Nachbar durch die geringe Maßüberschreitung nicht erheblich verletzt würde; im Uebrigen wird das Protocoll von der Versammlung genehmigt.

I. Mittelfst Schreibens des Stadt-Magistrats vom 11. vorigen Monats sind die über den Stadthaushalt für das Jahr 1856 aufgestellten Etats überfandt; Namens der Finanz-Commission erstattet Herr Födel über dieselben Bericht:

Aus dem Abschlusse des Stadtcassen-Etats ergibt sich, daß die Summe aller Ausgaben für die Stadt im kommenden Jahre auf 85,623 fl 6 gr 7 d veranschlagt ist, während die Einnahmen sich nur auf 37,123 fl 6 gr 7 d berechnen, so daß ein Deficit von 48,500 fl entsteht, welches durch eine entsprechende Gemeinde- und Armensteuer zu decken sein würde.

Vor dem Uebergehen des Herrn Referenten zu den einzelnen Einnahme- und Ausgabe-Positionen bemerkt der Herr Vorsitzende, daß er diejenigen Positionen, gegen

welche sowenig von der Commission, als sonst aus der Versammlung Erinnerungen oder Anträge gestellt würden, als von der Versammlung genehmigt ansehen werde.

Soviel nun die auf 37,123 R 6 gr 7 d veranschlagten Einnahmen betrifft, so stellen sich dieselben nach dem Vortrage des Herrn F ü d e l, gegen die Einnahmen im laufenden Jahre zu 36,576 R 21 gr 7 d um 546 R 9 gr höher heraus. Diese Mehreinnahme hat darin ihre Veranlassung, daß das Agio auf die in Golde ausstehenden Capitalien zu einem etwas bessern Course angenommen, die Dividende von den Gas-Actien zu 15000 R , da im laufenden Jahre eine Dividende von $5\frac{1}{2}\%$ gezahlt worden, statt zu 4% zu 5% veranschlagt, der Werthbetrag der Korngefälle höher ausgeworfen ist und der Zuschuß aus Herzoglicher Cammer-Casse zu den Straßen-Reinigungskosten, die im künftigen Jahre mehr als im laufenden Jahre betragen werden, verhältnißmäßig sich steigert. Im Uebrigen sind die Einnahme-Positionen im Wesentlichen dieselben geblieben, wie im laufenden Jahre, da sie überhaupt regelmäßig feststehende sind, und glaubt der Herr Referent der Nothwendigkeit überhoben zu sein, die einzelnen Posten speciell hervorzuheben, da die Commission Erinnerungen nicht zu machen habe.

Gegen diese allgemein gehaltenen Mittheilungen erhebt Herr F a b r i c i u s Einsprache, indem er meint, daß diese Behandlung einer so wichtigen städtische Finanz-Angelegenheit doch zu summarisch sei, und beantragt derselbe:

daß die einzelnen Einnahme-Positionen vorgetragen werden möchten.

Der Herr Vorsitzende hält dies mit dem Herrn Commissions-Referenten für nicht erforderlich, zumal aus den mit der alljährlichen Uebersicht über die Verwaltung der hiesigen städtischen Angelegenheiten im Druck erscheinenden städtischen Etats die im Wesentlichen unverändert bleibenden Einnahme-Posten bekannt seien, fordert aber die Versammlung zu einer Erklärung über den Antrag des Herrn F a b r i c i u s auf, welcher darauf durch Beschluß der Versammlung gegen fünf Stimmen abgelehnt wird.

Die Ausgabe-Positionen werden vom Herrn Referenten einzeln mitgetheilt.

Zu dem ersten Ausgabe-Capitel.

Unter der Rubrik »abzuführende Capitalien« ist hier für den Ankauf der Häuser am Brüdern-Kirchhofe — 1500 R — und an der Süßstraße — 3000 R — unter Berücksichtigung des Werths der Materialien und des Grundes und Bodens eine Ausgabe-Summe von insgesamt 4500 R ausgeworfen. Die Commission ist der Ansicht, daß diese Summe nicht auf den laufenden Etat zu setzen, sondern aus dem sonstigen Vermögen der Stadt zu zahlen sei: der Ankauf der Häuser sei geschehen, um eine für nothwendig erkannte Verbreiterung der betreffenden Straßen möglich zu machen und dieser vorgestekte Zweck sei eine dauernde Verbesserung, deren Kosten nicht der Gegenwart allein aufzubürden, sondern von der Zukunft mitzutragen seien. Ohnehin werde die Stadt-Casse nicht im Stande sein, diese Ausgabe aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten, da auf den Eingang einer Gemeinde- und Armensteuer im Betrage von 48,500 R nicht zu rechnen sein werde, indem in den letzten Jahren von dieser Steuer höchstens die Summe von 45,000 R aufgekommen sei. Für die Deckung der obigen 4500 R aus den laufenden Einnahmen würde eine Veränderung des Stadthaushalts-Etats nothwendig werden und nur etwa dadurch gefordert werden können, daß eine Erhöhung der Steuersätze beschlossen würde; allein zu einer solchen Maß-

regel, sollten die einzelnen Steuerfätze auch nur eine geringe Erhöhung erfahren, gerade unter den jetzigen Zeitverhältnissen, bei den überhaupt ungünstigen Erwerbsverhältnissen und bei den augenblicklich durch die Theuerung aller Lebensbedürfnisse eingetretenen Nothzuständen in hiesiger Stadt zu schreiten, sei in der That nicht rathsam, wie sich denn auch die Stimmung im Publicum selbst gegen die lehthin in Frage gekommene Erhebung einer außerordentlichen Steuer erklärt habe. Dergleichen Schritte seien aber auch nicht geboten, da aus den Vorjahren Vermögensbeträge angesammelt wären, die zur Befriedigung augenblicklicher dringender Bedürfnisse verwendet werden könnten. Bei näherer Betrachtung seien die angesammelten Beträge Ueberschüsse aus den eingegangenen Steuern, deren vollständige Verwendung die bisherigen Anforderungen an die Stadt-Casse nicht nothwendig gemacht hätten und welche daher haben erübrigt werden können. Geldmittel, die auf solche Weise zusammen gekommen, eigentlich nur zur Deckung der laufenden Ausgaben der Stadt-Casse bestimmt seien, fänden um so eher eine angemessene Verwendung, wenn durch dieselben außergewöhnliche Anforderungen gedeckt würden, und es müßte danach hinlänglich motivirt erscheinen, den Ausgabe-Posten zu 4500 R vorläufig, wenigstens aus jenen Steuer-Ueberschüssen zu berichtigen. Da die lehtern übrigens zum größten Theile in 3 oder $3\frac{1}{2}$ procentigen Landesschuldverschreibungen bereits angelegt seien und eine Verwerthung dieser Obligationen zur Zeit ohne erhebliche Nachtheile nicht thunlich sei, so sehe sich die Commission zu dem auch von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari bei Gelegenheit der Commissions-Verhandlungen nicht widersprochenen Antrage veranlaßt:

den Ausgabe-Posten der 4500 R im Etat zu streichen, dagegen den Stadt-Magistrat zu autorisiren, jene Summe bei Herzogl. Leihhause anzuleihen oder auf sonstigem Wege darlehnsweise herbeizuschaffen.

Bei der Verhandlung über diesen Antrag äußert sich zunächst Herr Aronheim gegen die Ansichten der Commission, davon ausgehend, daß der auf den Etat gebrachte Ausgabe-Posten der 4500 R für den Ankauf der betreffenden Häuser zum Zwecke der Straßenverbreiterung zu den laufenden Ausgaben zu rechnen und durch die laufenden Einnahmen, nicht aber aus sonstigem Vermögen der Stadt zu bestreiten sei, und beantragt:

daß die 4500 R in dem vorliegenden Etat als laufende Ausgabe beibehalten werden.

Wenn auch, meint der Herr Redner, der Tilgung jenes Postens auf die eine oder die andere Weise im vorliegenden einzelnen Falle keine so große Bedeutung beigelegt zu werden brauchte, so sei doch hier eine Principienfrage aufgetaucht, deren Erörterung und Auffassung in der von der Commission eingeschlagenen Richtung auf die Vermögensverhältnisse der hiesigen Stadt von bedenklichem Einflusse und von gefährlicher Consequenz werden könnte. Das städtische Vermögen — und es dürfte in dieser Beziehung kein Unterschied gemacht werden zwischen Ersparnissen und anderem Vermögen — werde unter allen Umständen möglichst zu conserviren sein, um dasselbe für wichtigere Zwecke, als der vorliegende, dessen Ausföhrung im nächsten Interesse der Gegenwart beschlossen sei, verfügbar zu halten. Unverkennbar sei die hiesige Stadt, wie aus den mancherlei in der neuern Zeit entstandenen nützlichen Instituten gefolgert werden müsse, in einem glücklichen Aufschwunge begriffen, zu dessen Förderung auch die Aus-

führung des Plans dienen werde, der den mehrermähnten Ausgabeposten veranlaßt habe, und unter solchen Umständen werde jene durch die laufenden Einnahmen zu deckende Ausgabe selbst in Zeiten der Theuerung keine frivole zu nennen sein. Die Uebernahme der 4500 fl auf den laufenden Etat werde eine Veränderung in der Steuererhebung, die von der Commission gefürchtete Steuererhöhung nicht nothwendig machen, wenn nicht andere Verhältnisse, die in Folge der gegenwärtigen Theuerung zu erwartenden größeren Anforderungen an die Stadt-Casse einen Aufwand erheischen würden, welcher zwar nicht durch eine Erhöhung der Steuersätze, wohl aber durch Erhebung einer außerordentlichen Steuer, wie der Stadt-Magistrat lektthin vorgeschlagen habe, noch aufzubringen sein möchte.

Herr Häusler findet unter der Voraussetzung, daß von der Versammlung ausdrücklich ausgesprochen werde, daß auf die Tilgung einer Anleihe von 4500 fl aus den künftigen laufenden Einnahmen Bedacht genommen werden solle, nichts Erhebliches gegen die Aufnahme eines Darlehns einzuwenden. Die Ausgabe sei allerdings, worin er mit dem Herrn Aronheim übereinstimme, eine laufende, indem die Verbesserung der hiesigen Stadt in Bezug auf Straßen und Plätze zu den laufenden Bedürfnissen zu rechnen sei, allein da für das kommende Jahr so bedeutende Ausgaben in Aussicht ständen, daß zu deren Deckung die laufenden Einnahmen kaum ausreichen würden, so empfehle es sich wenigstens der Zweckmäßigkeit wegen, der Stadt-Casse die thunlichste Erleichterung in Befreiung ihrer nächstjährigen Ausgaben zu verschaffen. Um dies zu bewirken, ohne den von dem Herrn Aronheim aufgestellten Gesichtspunkt, das Vermögen der Stadt zur Ausführung wichtigerer Unternehmungen zu conserviren, zu verrücken und ohne dieserhalb zu einer Steuererhöhung oder Erhebung einer außerordentlichen Steuer greifen zu müssen, erscheine als ein angemessenes und zulässiges Auskunftsmittel, wenn die Ausgabe der 4500 fl , statt dieselbe im Ganzen aus den laufenden Einnahmen des kommenden Jahres zu bestreiten, auf die nächstfolgenden drei Jahre vertheilt würde. In diesem Sinne beantrage er:

die Ausgabe der 4500 fl in dem nächstjährigen Etat auf 1500 fl zu ermäßigen und den Stadt-Magistrat zur Erhebung eines Darlehns von 3000 fl unter der Bedingung zu autorisiren, daß letztere Summe in Beträgen von je 1500 fl durch Aufnahme in die Etats für die Jahre 1857 und 1858 zur Rückzahlung gestellt werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, daß er dem Commissions-Antrage nicht widersprochen habe, um den Stadthaushalts-Etat zum Abschlusse gebracht zu sehen und rücksichtlich des Ausschreibens der nächstjährigen Gemeinde- und Armensteuer feste Anhaltspunkte zu gewinnen. In letzterer Beziehung sei er mit der Commission einverstanden, daß die einmal festgestellten Steuersätze unverändert gelassen und nicht erhöht werden möchten; er habe dabei übrigens vorbehalten müssen, falls die Bedürfnisse der Armenverwaltung in diesem und dem kommenden Jahre mehr erfordern würden, als durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden könnte, auf die von dem Stadt-Magistrate proponirte, von der Versammlung abgelehnte Erhebung einer außerordentlichen Steuer zurück zu kommen. Unter diesem Vorbehalte könnte einstweilen, wenn die Versammlung solches beschließen würde, die Berichtigung der 4500 fl durch eine Anleihe beschafft werden, deren frühere oder spätere Rückzahlung von den Umständen abhängig bleibe. Jedenfalls erscheine es angemessen, und sei es eine gerechte An-

forderung an die Finanz-Verwaltung, das Vermögen der Stadt thunlichst zu erhalten und zu vermehren, um dasselbe für Angelegenheiten von größerer Bedeutung, zu deren Durchführung die regelmäßigen Einnahmen der Stadt-Casse nicht ausreichen und deren Wirksamkeit sich weiter in die Zukunft erstrecke, disponible zu haben. Von diesem Gesichtspunkte aus sei die Erhebung einer außerordentlichen Steuer vom Stadt-Magistrate beantragt und es seien in dem Publikum viele Stimmen zu der Aufforderung laut geworden, jenen Antrag zu wiederholen, da in der That die augenblicklichen Lebensverhältnisse eine billige und opferbereite Berücksichtigung wohl verdienten. Und dazu würden auch die hiesigen Einwohner, die wahrlich nicht von zu hohen Steuern gedrückt seien, gern die Hand bieten, da die Geschäfts- und Erwerbsverhältnisse in hiesiger Stadt, sofern dieselben nur mit Einsicht und Betriebsamkeit erfaßt und genutzt würden, günstiger gestaltet wären, als von dem Herrn Födel angedeutet worden.

Der Commissions-Antrag wird durch die Herren Grotzian und Lissebon unterstützt, während die Herren Graß und Steinmeier gegen denselben sich aussprechen, der Letztere insbesondere hervorhebt, daß es sehr bedenklich sei, von der ersten besten Gelegenheit Gebrauch zu machen, um die errungenen Ersparnisse der Stadt wieder anzubringen.

Nach Beendigung der Debatte erklärt der Herr Vorsitzende unter Wiederholung der verschiedenen drei Anträge, daß er zunächst den Commissions-Antrag, sodann den Antrag des Herrn Häusler und endlich den Antrag des Herrn Aronheim zur Abstimmung bringen werde.

Durch Beschluß der Versammlung erfolgt
die Annahme des Commissions-Antrages
mit 14 gegen 12 Stimmen.

Die wenigen Abweichungen in den folgenden Ausgabe-Capiteln 2—6 von dem diesjährigen Etat beziehen sich insbesondere auf die Annahme höherer Preise für Kornprästationen und auf den Wegfall einer Ausgabe für einen Bureau-Gehülfen bei dem Stadtbaumeister unter der Rubrik: „Besoldungen und Pensionen“.

In dem 7. Capitel für Unterhaltung der städtischen Grundstücke ist zur Instandsetzung der Hausflur, des Treppenhauses, des großen Bürgersaales und der angrenzenden Zimmer im Neustadt-Rathhause eine Ausgabe von 1500 fl angesetzt. Die Commission beantragt:

diese Summe aus dem nächstjährigen Etat hinwegzulassen, da jene Reparaturen nicht so nothwendig erscheinen, um dieselben nicht wenigstens noch für das nächste Jahr aussetzen zu dürfen.

Mit diesem Antrage erklärt sich, ohne weitere Debatte, die Versammlung durch Beschluß einverstanden.

Für den Abschluß dieses Ausgabe-Capitels bringt der Herr Oberbürgermeister Caspari die in der letzten Sitzung am 22. d. Mts. der Berathung des Etats vorbehaltene Ausgabe von 474 fl für Beseitigung der vorspringenden Ecke an dem von dem Vorstande der Speise-Anstalt für Bedürftige erkauften, vormals Mehnerschen Hause in Erinnerung.

Gegen die von der Finanz-Commission befürwortete Aufnahme dieser Ausgabe in

den Etat erklärt sich Herr Lissebon, indem er die durch das Abschneiden der fraglichen Ecke zu bewirkende geringe Verbreiterung der dortigen Passage um etwa 4 Fuß für zu unbedeutend und für keine besondere Verbesserung hält; Herr Fabricius theilt diese Ansicht und möchte es lieber bei dem jetzigen Zustande gelassen sehen, wenn es nicht erreichbar sein würde, daß von der dem Hause gegenüber gelegenen Burgcaserne ein entsprechender Theil hinweggenommen würde; Herr Oberbürgermeister Caspari meint, daß die Verbreiterung der an jener Stelle nur 16 Fuß messenden Passage um 4 Fuß immerhin schon von Erheblichkeit sei und durch dieselbe wenigstens so viel Raum gewonnen werde, um den Verkehr für Fußgänger bequemer und ungefährlicher zu machen.

Die Versammlung genehmigt durch Beschluß:

die Aufnahme der Ausgabe-Position von 474 fl in den Etat.

Die Grundabgaben, deren im 8. Capitel Erwähnung geschieht, stellen sich wegen des höhern Preises der Kornprästationen gegen das laufende Jahr um etwas höher heraus.

Die Ausgaben für die Gemeindeschulen, im Capitel 9, sind auf 5450 fl , um 220 fl höher, als im laufenden Jahre projectirt, da solches in Folge von reglementsmäßigen Verbesserungen der Gehalte einiger Lehrer, von Gehaltserhöhungen für die Pedellen und von Verwendungen für die Handwerker-Fortbildungs-Schule, durch Feuerung und Beleuchtung geschehen mußte.

Im 10. Capitel ist für die städtische Polizei- und andere Anstalten eine Summe von 14,728 fl — im laufenden Jahre 14,253 fl — in Ausgabe gestellt, da insbesondere die Straßen-Reinigung contractmäßig einen um 450 fl höhern Aufwand erfordert.

Die Ausgabe für das Schützenwesen — Capitel 11 — ist unverändert geblieben und Ausgaben für eine Bürgerwehr — Capitel 12 — sind nicht ausgeworfen.

Zur Bestreitung der Kosten der Armenpflege sind im 13. Capitel im Ganzen 34,689 fl 2 gr — im laufenden Jahre 33,637 fl 3 gr 9 d — in Ausgabe gestellt, in Bezug auf welche der Stadt-Magistrat in dem Begleitschreiben vom 11. v. M. bemerkt, daß die Armen-Verwaltung im nächsten Jahre allerdings einen größeren Aufwand erforderlich machen werde, zu dessen Deckung die beantragte Erhebung einer außerordentlichen Steuer dienen solle, falls letztere Maßregel von der Versammlung nicht genehmigt werden würde, so müsse eine bedeutende Nachforderung vorbehalten bleiben. Der Herr Referent rechnet zu obiger Ausgabe noch diejenigen 2300 fl hinzu, welche in der Sitzung am 25. v. Mts. für die größten Bedürfnisse des Pflegehauses bewilligt sind, so daß sich jene Position auf 36,989 fl 2 gr feststellt. In dieser Summe sind aber auch zugleich diejenigen 200 fl und 50 fl mit enthalten, welche für die Speiseanstalt, resp. für die Schillische Invaliden-Stiftung auch für das kommende Jahr ausgesetzt sind, jedoch noch einer besondern Bewilligung bedürfen, und giebt die Commission der Versammlung anheim:

die Verwilligung der letztgedachten beiden Posten durch besondern Beschluß auszusprechen.

Die Versammlung genehmigt die fraglichen beiden Ausgabe-Posten.

In den letzten Ausgabe-Capiteln 14 — 18 ist eine weitere Veränderung nicht vorgekommen, als daß für Feuerung, Licht und sonstige Erfordernisse in den städtischen Büreaux 50 fl mehr angesetzt und die sonstigen und unvorhergesehenen Ausgaben auf

1516 $\text{fl. } 14 \text{ gr. } 4 \text{ L.}$, darunter insbesondere für die Salzfeller 500 fl. ausgeworfen sind, während unter dieser Rubrik im Jahre 1854 — 3230 $\text{fl. } 4 \text{ gr. } 10 \text{ L.}$ verausgabt worden und im laufenden Jahre 786 $\text{fl. } 20 \text{ gr. } 1 \text{ L.}$ veranschlagt gewesen sind.

Als Resultat stellt sich heraus, daß die Gesamt-Ausgabe der Stadt-Casse zu 85,623 $\text{fl. } 6 \text{ gr. } 7 \text{ L.}$ nach den heutigen Beschlüssen zunächst um 4500 fl. und 1500 fl. , also um 6000 fl. sich vermindern würde, zu dem alsdann übrig bleibenden Betrage von 79,623 $\text{fl. } 6 \text{ gr. } 7 \text{ L.}$ aber die nach dem heutigen Beschlusse in den Etat aufzunehmenden 474 fl. und die in der Sitzung am 25. v. Mts. verwilligten 2300 fl. hinzugerechnet werden müßten, so daß sich die Gesamt-Ausgabe wieder auf 82,397 $\text{fl. } 6 \text{ gr. } 7 \text{ L.}$ erhöhe, welche, mit der Gesamt-Einnahme von 37,123 $\text{fl. } 6 \text{ gr. } 7 \text{ L.}$ verglichen, die Deckung eines Deficits von 45,274 fl. durch die Gemeinde- und Armen-Steuer nothwendig machen würde.

Nachdem auf Antrag der Finanz-Commission von der Versammlung zu der Ausschreibung einer Gemeinde- und Armen-Steuer im eben gedachten Betrage von 45274 fl. , durch Beschluß die Genehmigung ertheilt worden, wird im Uebrigen der Stadthaushalts-Etat für das Jahr 1856 mit den beschlossenen Modificationen, von der Versammlung als festgestellt anerkannt.

II. In vertraulicher Sitzung werden von den Mitgliedern der betreffenden Commission ein Gesuch eines hiesigen Gemeindegensossen um Zulassung zum selbstständigen Gewerbebetriebe und verschiedene Gesuche fremder Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt der Versammlung zur weitem Beschlußnahme vorgetragen.

Nach Beendigung dieser Verhandlungen wird die heutige Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.